

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Weimarer Republik

Franka Maubach
WEIMAR (NICHT)
VOM ENDE HER DENKEN

Jörn Leonhard
DIE WEIMARER REPUBLIK
ALS METAPHER UND
GESCHICHTSPOLITISCHES
ARGUMENT

Ursula Büttner
AUSGEFORSCHT?
DIE WEIMARER REPUBLIK
ALS GEGENSTAND
HISTORISCHER FORSCHUNG

Andreas Rödder
GUSTAV STRESEMANN
UND DIE PERSPEKTIVE
DER ANDEREN

Dirk Schumann
NACHKRIEGSGESELLSCHAFT.
ERBSCHAFTEN DES
ERSTEN WELTKRIEGS IN
DER WEIMARER REPUBLIK

Kirsten Heinsohn
„GRUNDSÄTZLICH“
GLEICHBERECHTIGT.
DIE WEIMARER REPUBLIK
IN FRAUENHISTORISCHER
PERSPEKTIVE

Philipp Stiasny
JÜDISCHES FILMSCHAFFEN
IN DER WEIMARER
REPUBLIK

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Weimarer Republik

APuZ 18–20/2018

FRANKA MAUBACH

WEIMAR (NICHT) VOM ENDE HER DENKEN
Weimar war von Anfang an und bis zum Schluss eine herausgeforderte, fundamental umkämpfte Demokratie, in der Chancen und Scheitern oft dicht beieinander lagen. So ist ihre Geschichte weder nur von ihrem hoffnungsvollen Beginn noch von ihrem fatalen Ende aus zu verstehen.
Seite 04–09

JÖRN LEONHARD

DIE WEIMARER REPUBLIK ALS METAPHER UND GESCHICHTSPOLITISCHES ARGUMENT
Der Weimar-Vergleich bildet seit 1945 einen elementaren Bestandteil der historisch-politischen Selbstversicherung in Deutschland. In dem Beitrag werden Rhythmen, Mechanismen und Funktionen des Sprechens über Weimar bis in die Gegenwart untersucht.
Seite 11–18

URSULA BÜTTNER

AUSGEFORSCHT? DIE WEIMARER REPUBLIK ALS GEGENSTAND HISTORISCHER FORSCHUNG
Die Erforschung der Weimarer Republik wird niemals an ein Ende kommen. Denn veränderte Untersuchungsmethoden und Deutungshorizonte eröffnen immer wieder neue Perspektiven, und Erkenntnisgewinne werfen neue Fragen auf und lösen Kontroversen aus.
Seite 19–26

ANDREAS RÖDDER

GUSTAV STRESEMANN UND DIE PERSPEKTIVE DER ANDEREN
Gustav Stresemann gilt als „Weimars bedeutendster Staatsmann“ (Jonathan Wright). Seine historische Leistung lag in dem Vermögen, das französische Sicherheitsbedürfnis einzubeziehen und einen Ausgleich zwischen deutschen Interessen und europäischer Ordnung zu suchen.
Seite 27–32

DIRK SCHUMANN

NACHKRIEGSGESELLSCHAFT. ERBSCHAFTEN DES ERSTEN WELTKRIEGS IN DER WEIMARER REPUBLIK
Trotz Erfolgen bei der Bewältigung der unmittelbaren Kriegsfolgen konnte die Weimarer Gesellschaft keinen Konsens in der Kriegsdeutung finden. Die Militarisierung der politischen Kultur hielt die Erinnerung an den Krieg wach und erschwerte die politische Verständigung.
Seite 33–38

KIRSTEN HEINSOHN

„GRUNDSÄTZLICH“ GLEICHBERECHTIGT. DIE WEIMARER REPUBLIK IN FRAUENHISTORISCHER PERSPEKTIVE
Aus frauenhistorischer Sicht ist die Weimarer Republik eher durch Kontinuitäten als durch Brüche gekennzeichnet. In dem Text wird die Frage behandelt, wie sich die in der Verfassung gewährte Gleichberechtigung der Geschlechter politisch, rechtlich und sozial auswirkte.
Seite 39–45

PHILIPP STIASNY

JÜDISCHES FILMSCHAFFEN IN DER WEIMARER REPUBLIK
Für die Weltgeltung des Weimarer Kinos waren vielfach jüdische Filmschaffende verantwortlich. Ein Teil ihrer Filme beschäftigte sich unmittelbar mit jüdischen Stoffen und Antisemitismus; ein größerer Teil wies dagegen keine offensichtlichen Berührungspunkte mit dem Judentum auf.
Seite 46–52

EDITORIAL

„Sorgen Sie dafür, dass die neue deutsche Republik, die wir errichten werden, nicht durch irgendetwas gefährdet werde!“, soll der SPD-Politiker Philipp Scheidemann am Nachmittag des 9. November 1918, zwei Tage vor dem Ende des Ersten Weltkriegs, einer Menschenmenge vom Reichstag aus zugerufen haben. Gefährdet war das demokratische Projekt trotz aller Euphorie des Augenblicks von Beginn an. Von den Rändern des politischen Spektrums immer wieder angefochten und von der Exekutive nicht konsequent verteidigt, konnte die Weimarer Republik den Belastungen durch Kriegsschäden, Reparationsverpflichtungen, Hyperinflation und Massenarbeitslosigkeit letztlich nicht standhalten.

Oft ist es dieses Scheitern, das den Blick auf die 14 Jahre der ersten deutschen Demokratie bestimmt, sei es bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung im Zeichen einer Ursachenforschung, im Abgrenzungsdiskurs von der Kontrastfolie „Weimar“ oder bei der Warnung vor „Weimarer Verhältnissen“ in Zeiten gesellschaftlicher Spannungen und politischer Verunsicherung. Die Attribute, mit denen die Weimarer Republik belegt worden ist, reichen von „ungeliebt“ über „improvisiert“ und „überfordert“ bis hin zu „belagert“. Gedeutet als reine „Zwischenkriegszeit“, als von zwei Katastrophen eingerahmtes Intermezzo, droht sie mitunter im Bild eines „zweiten Dreißigjährigen Kriegs“ vollends in den Hintergrund zu rücken.

Zwar werden Potenziale und Leistungen der Weimarer Demokratie wie das 1918 eingeführte Frauenwahlrecht oder die von Außenminister Gustav Stresemann verfolgte Verständigungspolitik mit den Siegermächten mit Blick auf Kontinuitäten in der deutschen Demokratiegeschichte verstärkt hervorgehoben. Wenn sich im November 2018 die Ausrufung der ersten deutschen Republik zum hundertsten Mal jährt, stellt sich aber die Frage, wie eine offene Betrachtungsweise „Weimars“ jenseits jeglicher Normierung im Rahmen eines Chancen- oder Sonderwegdiskurses aussehen kann.

Anne-Sophie Friedel

WEIMAR (NICHT) VOM ENDE HER DENKEN

Ein skeptischer Ausblick auf das Gründungsjubiläum 2019

Franka Maubach

Der Topos „Weimar“ – seine Füllung wie seine Verwendung – ist seit Kriegsende ein zuverlässiger Seismograf für den Zustand der bundesdeutschen Demokratie. Diese Diagnose geht über den immer noch gern zitierten Titel des 1956 erschienenen Buches des Journalisten Fritz René Allemann, „Bonn ist nicht Weimar“, und dessen zahllose Aufgriffe, Abwandlungen und Anfechtungen hinaus. Von Anfang an und bis heute verstanden und verstehen die politischen und intellektuellen Eliten die Demokratie in diesem Land gerne mithilfe von Weimar.⁰¹

Für die allerjüngste Vergangenheit gilt dies in einer lange nicht mehr erreichten Quantität und Intensität. Das Ergebnis der Bundestagswahl im September 2017, der Einzug der rechtspopulistischen AfD ins Parlament, die über Monate hinweg schmerzhaft stagnierende, zeitweise wie blockiert erscheinende Regierungsbildung, das dräuende Szenario von „Neuwahlen“, das Schüler und Schülerinnen sonst nur aus dem Weimar-Kapitel ihrer Geschichtsbücher kennen – all das stimulierte Kommentatorinnen und Kolumnisten, Intellektuelle und Wissenschaftlerinnen zu Analogiebildungen und historischen Vergleichen, mindestens aber zu unterschwelligem Assoziationen. Und wer am Feierabend auf Sky parallel die Serie „Babylon Berlin“ schaute, an dem zog das phantasmagorische Panorama einer Gesellschaft am Ende vorbei, die ihre Erschöpfung – fernsehtauglich inszeniert – mit dem Sieg der Sünde und der Gewalt auf den Straßen bezahlte. Berlin, 1929.

Während das Scheitern von Weimar nicht nur den Deutschen wieder deutlich, ja plastisch wie selten nach 1945 vor Augen tritt, beschäftigt sich die historische Forschung in den vergangenen beiden Jahrzehnten vor allem mit den Chancen von Weimar. Spätestens seit dem neunzigsten Gründungsdenken der Republik 2009 auch in der

breiteren Öffentlichkeit wahrnehmbar, verweisen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen auf die prinzipielle (Gestaltungs-)Offenheit der Geschichte der Weimarer Zeit: auf die demokratischen Verheißungen und Hoffnungen der ersten Jahre; auf die Möglichkeits- und Handlungsräume, die den historischen Akteuren noch bis zuletzt verblieben; aber auch auf das tatsächlich Erreichte, die Modernisierungsleistungen der sozialen Demokratie wie das 1918 eingeführte, im europäischen Vergleich besonders progressive aktive und passive Frauenwahlrecht oder die Arbeitslosenversicherung von 1927. Statt Weimar immer nur im Rückspiegel, vom Scheitern der Republik und der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 her zu sehen und zu verstehen, fordern sie – mal mehr, mal weniger programmatisch – eine antiteleologische Perspektive, die den offenen Erwartungshorizont der Zeitgenossen und Zeitgenossinnen ernst nimmt.⁰²

Die Dissonanz zwischen Forschungsstand und gesellschaftlicher Debatte, von der der Historiker Andreas Wirsching in einem Radio-Interview im April 2017 sprach, ist frappierend – und erklärungsbedürftig.⁰³ Warum wird die Geschichte der Weimarer Republik immer noch in alternative Erzählungen geschieden, als wären Chancen und Scheitern, Anfang und Ende, Hell und Dunkel, Demokratie und Diktatur so säuberlich voneinander zu trennen? Wäre es nicht an der Zeit, diese Dichotomien durch eine entschiedene Historisierung zu überwinden – eine Historisierung indes, an deren Ende kein antiquarisches Geschichtsbild steht, kein Mosaik, das durch neue differenzierende Details nur immer bunter wird, sondern eine dynamische, zum Nachdenken herausfordernde Geschichtserzählung?

Im Folgenden und im Vorausblick auf das anstehende hundertste Gründungsjubiläum der Weimarer Republik möchte ich argumentieren, dass die

beiden Perspektiven einander nicht – wie in der Debatte gelegentlich suggeriert – ausschließen. Weimar ist nicht nur von seinem Anfang oder von seinem Ende her zu verstehen, vom hoffnungsvollen Beginn oder vom fatalen Scheitern aus zu schreiben. In Anlehnung an den Titel von Ursula Büttners einschlägiger Gesamtdarstellung der Geschichte Weimars und an Vorstellungen einer *contested democracy* könnte man formulieren: Weimar war von Anfang an und bis zum Schluss eine herausgeforderte, ja fundamental umkämpfte Demokratie, in der Chancen und Scheitern oft dicht beieinander lagen.⁰⁴ So entfaltet sich die Geschichte dieses demokratischen Experiments in jeder ihrer Phasen – am Anfang und Ende genauso wie dazwischen – als eine Geschichte spannungsvoller, uneindeutiger Konstellationen.

PERIODISIERUNGSPROBLEME UND DEUTUNGSSTREIT

Eine Ursache für den in Abständen aufbrechenden Interpretationsstreit über die Geschichte Weimars ist ihre Deutungsoffenheit. Was für alle historischen Zeitphasen zu konstatieren ist, gilt für die Jahre zwischen 1918 und 1933 in ganz besonderer Weise. Die Weimarer Republik habe nämlich, so formulierte bereits der Historiker Detlev Peukert in seiner mittlerweile kanonischen Studie 1987, „weder einen klaren Anfang noch ein klares Ende“. Wo Anfang und Ende aber unbestimmt sind, lässt sich auch das Dazwischen nur schwerlich definieren: „Allein im Vergleich mit den mehr als einmal existenzgefährdenden Krisenjahren der

frühen Nachkriegszeit und dann wieder der Weltwirtschaftskrise können die Jahre von 1924 bis 1929 als ‚stabil‘ erscheinen“, so Peukert.⁰⁵

Spätere Kritiker wie der Geschichtswissenschaftler Thomas Mergel mochten dies so lesen, als werde der Weimarer Republik unter dem Rubrum der Diagnose einer krisenhaften Moderne auch noch der letzte Lebenssaft entzogen – ihre stabile Mitte, die goldenen Zwanziger.⁰⁶ Peukert indes, der Ende der 1980er Jahre selbst gegen die damals noch geläufige, wenngleich bereits in die Kritik geratene Sonderwegdeutung antrat, wollte vor allem für die Tatsache sensibilisieren, dass und wie sehr Periodisierungen – als Markierung von Anfang und Ende historischer Entwicklungen und damit von Epochengrenzen – über Deutungsinhalte entscheiden. Daran zu erinnern, erscheint gegenwärtig im Kontext des anstehenden Doppelt- und Dreifachgedenkens an 1918/19 – an Novemberrevolution und Verfassungsgebung, aber auch an Versailles – wieder relevant.

Das gilt aber nicht nur für den Anfang, sondern auch für das Ende der Republik. Mit guten Gründen ließe sich der Schlusspunkt der Weimarer Geschichte weit vor 1933 setzen: 1930, als die Debatte um die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung den Anlass zum Koalitionsbruch gab. Das Regieren qua Notverordnung und Reichstagsauflösung, das danach begann und die drei Kabinette bis 1933 prägte, förderte den Anschluss an die autoritären auszudeutenden Elemente der Weimarer Reichsverfassung, die eben, wie Peukert formulierte, ein „offener Kompromiss“ war – zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Interessen und politischen Fraktionen ebenso wie zwischen Unitarismus und Föderalismus, Kaiserreich und Republik.⁰⁷ Sie ließ, so der Historiker Gunther Mai im Anschluss an Peukert, eine „Entwicklung nach beiden Seiten [offen]: zu einer sozialen, pluralistischen Republik oder zur autoritären, präsidialen Herrschaft“.⁰⁸ Über die durch die Wahlerfolge der Nationalsozialisten bei den Septemberwahlen forcierte Entwicklungsrichtung war 1930 entschieden und der „Übergang zu einer ganz anderen Verfassung“ eingeleitet worden.⁰⁹ In Peukerts Gesamtdarstellung bilden die

01 Zum „Weimar-Komplex“ in der Bundesrepublik vgl. Sebastian Ullrich, *Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959*, Göttingen 2009. Siehe auch den Beitrag von Jörn Leonhard in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

02 Zur Semantik von Krise und Zukunft vgl. die avancierten Forschungen von Rüdiger Graf, *Die Zukunft der Weimarer Republik*, München 2008; ders./Moritz Föllmer (Hrsg.), *Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters*, Frankfurt/M. 2005.

03 Vgl. *Weimarer Verhältnisse? Gespräch mit dem Historiker Andreas Wirsching*, Bayerischer Rundfunk, 21. 4. 2017, www.br.de/radio/bayern2/sendungen/kulturjournal/weimarer-verhaeltnisse-gespraech-mit-dem-historiker-andreas-wirsching-100.html sowie die Beiträge unter www.ifz-muenchen.de/aktuelles/themen/weimarer-verhaeltnisse.

04 Ursula Büttner, *Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur*, Stuttgart 2008. Vgl. Jan-Werner Müller, *Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert*, Berlin 2011.

05 Detlev J. K. Peukert, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne*, Frankfurt/M. 1987, S. 14 f.

06 Vgl. Thomas Mergel, *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 2002, S. 16.

07 Peukert (*Anm. 5*), S. 46 ff., hier S. 48.

08 Gunther Mai, *Die Weimarer Republik*, München 2014, S. 30.

09 Peukert (*Anm. 5*), S. 15.

Jahre von 1930 bis 1933 entsprechend nur noch einen Nachklapp, zumal die Suhrkamp-Reihe, zu der das Buch gehört, diesen Jahren unter dem Titel „Die gescheiterte Zähmung“ einen eigenen, von Gotthard Jasper geschriebenen Band widmete.¹⁰

Dass die Weimarer Reichsverfassung uneindeutig blieb, dass sie heterogene Entwicklungspotenziale enthielt und eben nicht nur in Richtung einer parlamentarischen Demokratie wies, war ein Resultat jener uneindeutigen Situation, in der sie entstand. Ohne den weiteren Kontext jener „revolutionären Nachkriegskrise“ – die Nachwirkungen des Kriegs, die revolutionären, gewaltgeladenen Bürgerkriegswirren in Berlin und anderswo, aber auch die Verhandlungen in Versailles – ist der demokratische Gründungsakt in der kleinen Provinzstadt Weimar nicht zu verstehen. Zwar wurden in den insgesamt 71 Sitzungen zwischen Februar und Juli 1919 zahlreiche programmatische Reden auf die Demokratie gehalten, aber die Unterzeichnung der Verfassung des Deutschen Reichs (nicht: der Deutschen Republik) war unspektakulärer als jede Hochzeit: Reichspräsident Friedrich Ebert ratifizierte sie im Thüringischen Schwarzburg, wo er seinen Urlaub verbrachte und wohin ihm das gesamte Kabinett nachreiste.¹¹ Von diesem eigentlich so zentralen Gründungsakt der Weimarer Republik zeugt bis heute kein Foto. Speisten Ebert und die Kabinettsmitglieder im „Weißen Hirsch“ und setzten ihre Unterschrift beim Erdbeereis unter die Verfassung? Oder wählten sie dafür das Hotel Schwarzburg, wo Ebert nächtigte? Ein historischer Moment mit Gedenkpotenzial war das nicht, ein Gründungsmythos lässt sich daraus kaum gewinnen.

POSITIVES GRÜNDUNGSGEDENKEN ALS DEMOKRATIEBILDUNG

Versuche, Nationalversammlung und Verfassungsgebung als positives Gründungs- und Demokratiegedenken zu etablieren, lassen sich in Vorbereitung des hundertsten Jahrestages und im Kontext des skizzierten Chancendiskurses den-

¹⁰ Vgl. ebd., S. 243–272; Gotthard Jasper, *Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930–1934*, Frankfurt/M. 1986.

¹¹ Daran erinnern in Schwarzburg ein Gedenkstein und ein jährliches „Verfassungsfest“. Vgl. Christian Wiesel, *Staatsgründung beim Erdbeereis*, 7. 8. 2009, www.spiegel.de/einestages/a-948433.html.

noch ausmachen. Auch wenn die Zumutungen und Herausforderungen der jungen Demokratie keineswegs gänzlich ausgeblendet werden, gerät der weitere Kontext von Nationalversammlung und Verfassungsgebung zum peripheren Hintergrund. Das gilt in besonderer Weise für das alles in allem erfreulich vitale Demokratiegedenken am Ort des Geschehens, in Weimar selbst. Hier lassen sich zahlreiche institutionell oder in Publikationen verstetigte Initiativen für eine Demokratiegeschichte ausmachen, die sich nicht mehr am (aus dieser Sicht viel zu lange dominanten, nationalpädagogischen) Diskurs des Scheiterns orientiert, sondern durch ein positives Demokratiegedenken demokratischen Bürgersinn und zivilgesellschaftliches Engagement stimulieren will.

Die Weimarer Initiativen gruppieren sich um den 2013 von verschiedenen Akteuren städtischer Geschichtskultur im Verbund mit Wissenschaftlern gegründeten Verein Weimarer Republik e. V., dem der Jenaer Politikwissenschaftler Michael Dreyer und der Direktor des Weimarer Stadtmuseums Alf Rößner als dessen Stellvertreter vorstehen. Dreyer leitet daneben die 2016 ins Leben gerufene und am Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität angesiedelte Forschungsstelle Weimarer Republik.¹² Häufig in enger Kooperation organisieren Verein und Forschungsstelle Veranstaltungen zur (Weimarer) Demokratiegeschichte, und zahlreiche Publikationen wie Broschüren, Ausstellungskataloge sowie die (politik-)wissenschaftliche Publikationsreihe „Weimarer Schriften zur Demokratie“ flankieren diese Arbeit.¹³ Neben der Sonderausstellung „Demokratie aus Weimar. Die Nationalversammlung 1919“, die seit dem 95. Jahrestag 2014 im Stadtmuseum zu sehen ist, touren derzeit vier betretbare Kuben durch deutsche Einkaufszentren und Bahnhöfe, die die Weimarer Geschichte für ein breites Publikum im Wortsinn zugänglich machen sollen.¹⁴

¹² Siehe www.weimarforschung.uni-jena.de.

¹³ Vgl. Michael Dreyer/Andreas Braune, *Weimar als Herausforderung. Die Weimarer Republik und die Demokratie im 21. Jahrhundert*, Stuttgart 2016; dies., *Republikanischer Alltag. Die Weimarer Demokratie und die Suche nach Normalität*, Stuttgart 2017; dies. (Hrsg.), *Weimarer Republik. Nationalversammlung und Verfassung*, Erfurt 2016; Justus H. Ulbricht (Hrsg.), *Weimar 1919. Chancen einer Republik*, Köln–Weimar–Wien 2009.

¹⁴ Vgl. den Ausstellungskatalog: Alf Rößner (Hrsg.), *Demokratie aus Weimar. Die Nationalversammlung 1919*, Weimar 2015. Zu den Kuben vgl. Stephan Zänker, *Die Weimarer Republik: Deutschlands erste Demokratie – eine multimediale Wanderausstellung*, in: Dreyer/Braune, *Weimar als Herausforderung* (Anm. 13), S. 259–267.

Das sicherlich ambitionierteste, zum großen Teil aus öffentlichen Mitteln finanzierte Projekt ist jedoch die Gründung eines „Hauses der Weimarer Demokratie. Forum für Demokratie“, das im gegenwärtigen Bauhaus-Museum gleich gegenüber dem Nationaltheater untergebracht ist und 2019 eröffnet wird. Entstehen soll ein Zwitter aus Museum und Bildungseinrichtung: Die Beschäftigung mit der Geschichte Weimars und die Auseinandersetzung mit der Gegenwart der Demokratie sollen miteinander verschränkt werden. Dabei soll es nicht um Wissenstransfer gehen, sondern darum, „dass die Auseinandersetzung mit dem Kosmos der Weimarer Republik in einen übergeordneten gesellschaftspolitischen Diskurs um demokratische Werte gestellt wird“.¹⁵ Aus Weimar lernen, kann eben, so lässt sich das verstehen, auch Demokratie-Lernen heißen.

Programmatische Aussagen wie die hier zitierten, die sich im Kontext nicht nur des regionalen Demokratiegedenkens zahlreich finden, deuten darauf hin, dass die Weimarer Republik nun auch – vielleicht vor allem – als positive Vorgeschichte der bundesdeutschen Demokratie und deren Scheitern als nur vorläufige Niederlage betrachtet werden sollen. Weimar brauche, so Michael Dreyer bereits anlässlich des neunzigsten Gründungsgedenkens 2009, „einen besseren Leumund“: Das Augenmerk solle nicht nur darauf gerichtet werden, „was 1933–1945 zerstört wurde“, sondern auf das, „was von Weimars Erbe nach 1945 wie Phönix aus der Asche“ auferstanden sei – politische Traditionen ebenso wie beispielsweise die wortwörtlich aus der Weimarer Reichsverfassung übernommenen Grundgesetzartikel, die das Verhältnis von Staat und Kirche regeln.¹⁶ Das „übermächtige“ Narrativ „Bonn ist nicht Weimar“ habe verdeckt, „in welchem Ausmaß die Kontinuität zwischen beiden demokratischen Verfassungsordnungen tatsächlich bestand und besteht“.¹⁷ Mit der Kritik an der negativen Kontinuitäts Erzählung geht die Stiftung einer positiven Traditionslinie einher.

Dass die Geschichte der Nationalversammlung in Weimar selbst – anders als die deutsche Klas-

sik, das Bauhaus und Buchenwald – kaum erinnert worden sei, so Alf Rößner, sei „zunehmend als Manko empfunden“ worden: „Mit der politischen Wende in Ostdeutschland 1989 und der anschließenden Wiedervereinigung wuchs die Erkenntnis der positiven Bedeutung der Nationalversammlung für unsere Demokratiegeschichte stetig.“¹⁸ Der hier gestiftete Zusammenhang zwischen der friedlichen Revolution 1989 und einem positiven Demokratiegedenken ist mit einer revidierten Demokratieerziehung verbunden. Sie setzt nicht mehr auf das als schwarze Nationalpädagogik verstandene repetitive Einbläuen der Gründe und Folgen der gescheiterten Demokratie. Auch jenseits dessen lässt sich der Trend feststellen, einen gleichsam positiv motivierenden Demokratiebogen von der ersten zur zweiten Demokratie und über den Nationalsozialismus hinweg zu schlagen. Der Effekt dieses Demokratiebogens ist die Normalisierung der deutschen Verhältnisse vor 1933 – im Gegensatz zur Behauptung eines „deutschen Sonderwegs“. Teleologisch argumentiert dieser Chancendiskurs aber auch: Sein Fluchtpunkt ist die bundesdeutsche Nachkriegsdemokratie.¹⁹

WEIMAR IST WEIMAR

All dies ist nicht neu, sondern in den weiteren Kontext einer Kritik am deutschen Sonderweg zu platzieren, die bereits seit Anfang der 1980er Jahre jene negativen Teleologien herausforderte, die die deutsche Geschichte stets auf den Fluchtpunkt der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 orientiert hatten. Die genaueren Umstände und die weitere Entwicklung dieser wissenschaftlich wie gesellschaftlich virulenten Kritik an der Sonderwegdeutung, die sich zunächst vor allem der Revision der preußischen, aber auch der Geschichte des Kaiserreichs widmete, lassen sich an dieser Stelle nicht nachzeichnen.²⁰ Seit sie vor

15 Weimarer Republik e. V. (Hrsg.), 100 Jahre Weimarer Republik. Deutschlands erste Demokratie, Weimar 2017, S. 18 f.

16 Michael Dreyer, Was bleibt? Fragen an die Nachgeschichte einer Republik, in: Ulbricht (Anm. 13), S. 47–54, hier S. 49. Vgl. auch Alf Rößner, „Weimar“ in Weimar, in: Dreyer/Braune, Weimar als Herausforderung (Anm. 13), S. 211–228, hier S. 213.

17 Michael Dreyer, Weimar und die Bundesrepublik Deutschland, in: ebd., S. 295–307, hier S. 300.

18 Rößner (Anm. 16), S. 211. So auch schon der damalige Chef der Friedrich-Ebert-Stiftung in Thüringen, Michael Schultheiß, Vorwort, in: ders./Julia Roßberg (Hrsg.), Weimar und die Republik, Weimar 2009, S. 9–13, hier S. 10 f.

19 Wie etwa von Tim B. Müller, Die Ordnung der Krise, in: Zeitschrift für Ideengeschichte 8/2014, S. 119–126, hier S. 123: Vielen Autoren entgehe, „dass die Menschen in der Zwischenkriegszeit in einem westeuropäisch-transatlantischen Demokratiebogen die gedanklichen und institutionellen Grundlagen legten, auf denen Schritt um Schritt die westliche, liberale und soziale Demokratie errichtet wurde“.

20 Vgl. hier nur die klassische Kritik von David Blackbourn/Geoff Eley, Mythen deutscher Geschichtsschreibung, Frankfurt/M.–Berlin–Wien 1980; zusammenfassend Helga Grebing/Doris von der

rund vierzig Jahren einsetzte, wird die deutsche Geschichte vor 1933 neu durchmustert, produktiv differenziert und oft auf dem Wege des transnationalen Vergleichs in die gewissermaßen normalnationalstaatliche Geschichte des „Westens“ eingeordnet. Die Kritik am Diskurs des Scheiterns von Weimar ist so nur die epochenspezifische Variante einer weit umfassenderen Geschichtsrevision, die zudem längst nicht mehr innovativ, sondern in der Mitte der Geschichtswissenschaft wie der Gesellschaft angekommen ist. Neueren Datums ist indes die Tendenz, deren Ergebnisse, wie hier am lokalen Beispiel gezeigt, in eine routinisierte Gedenkkultur zu überführen und zu institutionalisieren.

Seine Zweckdienlichkeit also unterscheidet dieses Demokratiegedenken von der produktiven, differenzierenden, Ambivalenzen und Komplexitäten herausstellenden antiteleologischen Forschung seit Anfang der 2000er Jahre. Ihre Autoren und Autorinnen betonten die Offenheit der Weimarer Geschichte und kritisierten die geschlossene Kontinuitätserzählung mit dem Fluchtpunkt 1933. Damit forderten sie auf innovative Weise die zuvor geläufigen konventionellen Deutungen heraus – manchmal schon im Titel, wie der 2000 von dem Verfassungsrechtler Christoph Gusy herausgegebene Sammelband „Demokratisches Denken in der Weimarer Republik“ zeigt, der den Titel der klassischen, 1961 erschienenen Studie des Politikwissenschaftlers Kurt Sontheimer („Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik“) umkehrt. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang auch an die Bochumer Habilitationsschrift von Thomas Mergel, der am Beispiel der politischen und sozialen Praxis der Arbeit im Reichstag nachvollzog, wie demokratisches Bewusstsein und Handeln *in the making*, auf dem Wege alltäglicher parlamentarischer Zusammenarbeit und aufgrund der Notwendigkeit zum stetigen Kompromiss entstehen konnte.²¹ In diesen Studien wurde

Brelie-Lewien/Hans-Joachim Franzen, *Der „deutsche Sonderweg“ in Europa 1806–1945: Eine Kritik*, Stuttgart u. a. 1986. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an die große Preußenausstellung in Westberlin 1981 und die in diesem Rahmen entstandenen Publikationen; die Preußenrenaissance erfasste zeitgleich auch die DDR. Während zur Geschichte der Sonderwegdeutung bereits (wenige) Studien vorliegen, ist die Geschichte der Kritik an ihr noch gänzlich unerforscht.

²¹ Vgl. Mergel (Anm. 6). Dass die Arbeit gerade wegen ihrer „antifinalistischen“ Perspektive als innovativ und erkenntnisreich betrachtet wurde, macht die Rezeption des Buches deutlich. Vgl. etwa die Rezension von Rüdiger Graf, 9. 1. 2003, www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-1955.

die Weimarer Republik zunächst einmal nach eigenem Recht verstanden. „Weimar was Weimar“, überschrieb deswegen der Historiker Benjamin Ziemann 2010 einen Forschungsbericht.²²

SPERRGÜRTEL UM DIE HOFFNUNG

Die Autoren des hier vorgestellten Chancendiskurses beziehen sich gerne auf Aussagen aus den programmatischen Reden der Nationalversammlung. Oft taucht in diesem Zusammenhang der tautologische und gerade deswegen so eingängige Superlativ des Präsidenten der Nationalversammlung Eduard David (SPD) auf, der in der 71. Sitzung am 31. Juli 1919, an deren Ende die Weimarer Verfassung angenommen wurde, von Weimar als der „demokratischsten Demokratie“ sprach.²³ Eine Woche vorher hatte der Übergangskanzler Gustav Bauer (SPD) die neue Verfassung als „rein[e] Demokratie“ bezeichnet.²⁴ Hinter diesen superlativischen Charakterisierungen, die in der Abgeschlossenheit der Weimarer Nationalversammlung, die Mergel so treffend als „Parlament in Klausur“ bezeichnet hat, auf der Theaterbühne dargeboten wurden, stand indes noch keinerlei demokratische Erfahrung: Was sich hier Ausdruck verschaffte, waren die nach Krieg und Revolution unendlich hochgeschraubten Erwartungen an die parlamentarische Demokratie, denen gerade deswegen die Enttäuschung schon eingeschrieben war.²⁵

Daneben handelte es sich aber auch um strategische Rhetorik, darauf ausgelegt, die ehemaligen alliierten Kriegsgegner, die den deutsch-preußischen Militarismus während des Kriegs propagandistisch geißelt hatten, von den besseren Potenzialen eines trotzdem überlegenen „deutschen Geistes“ zu

²² Vgl. Benjamin Ziemann, *Weimar Was Weimar: Politics, Culture and the Emplotment of the German Republic*, in: *German History* 4/2010, S. 542–571.

²³ Verhandlungen des Deutschen Reichstags, 71. Sitzung, 31. 7. 1919, S. 2195: „Nirgends in der Welt ist die Demokratie konsequenter durchgeführt als in der neuen deutschen Verfassung. Die deutsche Republik ist fortan die demokratischste Demokratie der Welt.“

²⁴ Verhandlungen des Deutschen Reichstags, 64. Sitzung, 23. 7. 1919, S. 1844.

²⁵ Vgl. die Zwischenüberschrift bei Mergel (Anm. 6), S. 41. Vgl. Peukert (Anm. 5), S. 36, der das „erhöht[e] Erwartungspotential“ aus „den enttäuschten Hoffnungen von 1914 und aus der Forderung“ erklärt, „die ungeheuren Opfer des Krieges müßten sich doch wenigstens durch eine grundlegend bessere Nachkriegsordnung lohnen“.

überzeugen – den „Geist von Weimar“ also gegen den „Geist von Potsdam“ ins Feld zu führen. Die Einrichtung einer demokratischen Ordnung war von Anfang an nicht nur heftig umstritten, sondern fundamental umkämpft: Als Friedrich Ebert in seiner Eröffnungsrede am 6. Februar 1919 formulierte, dass sich „das deutsche Volk gegen eine veraltete, zusammenbrechende Gewaltherrschaft“ erhoben habe, erntete er „lebhaft[e] Widerspruch von rechts“, und als er eben jenen „Geist von Weimar“ programmatisch gegen den „Geist von Potsdam“ beschwor, war nur „lebhafter Beifall links“ zu hören: Ein „Warnzeichen“, meint der Politikwissenschaftler Detlef Lehnert, „die Bereitschaft zum Neubeginn nicht zu überschätzen“.²⁶

Spätestens aber als die Parlamentarier und Parlamentarierinnen das Weimarer Nationaltheater verließen, wurden sie auf die uneindeutigen Konstellationen verwiesen, in denen die Weimarer Demokratie entstand. Nicht nur flaggte die konservativ-bürgerliche Bevölkerung Weimars, das (noch) wie eine Insel im roten Thüringen lag, häufig die Farben der Monarchie: schwarz-weiß-rot statt schwarz-rot-gold.²⁷ Die Sitzungen wurden zudem durch nach Weimar beorderte Berliner Polizeieinheiten gesichert, und nach Weimar hinein kam man nur mit speziellen Pässen. Die Nationalversammlung war von einem zehn Kilometer tiefen Sperrgürtel umgeben: Das Freikorps Maerker schirmte die Nationalversammlung zwar ab und hielt gegen Weimar ziehende Spartakisten „auf halber Strecke in Großkorbetha“ auf, nutzte aber zugleich die Gelegenheit, um Flugblätter gegen die Ratifizierung des Versailler Vertrags inklusive Putschdrohung zu verteilen.²⁸

Zwar argumentiert der Verfassungshistoriker Heiko Holste in einer gerade erschienenen Arbeit, dass die Wahl des Ortes nicht, wie oft kol-

portiert, in erster Linie eine Flucht gewesen sei vor den bürgerkriegsähnlichen Zuständen in Berlin; wichtiger sei die nicht nur symbolisch, sondern auch räumlich vollzogene Abkehr von Preußen gewesen.²⁹ Dennoch verdeutlicht die Weimarer Konstellation den Kontext der „revolutionären Nachkriegskrise“: Die demokratischen Hoffnungen gediehen im Ungewissen der Nachkriegszeit und einer gewaltgeladenen Situation – der Geschichtswissenschaftler Mark Jones spricht mit Blick auf das Handeln der Regierung gar von „Gründungsgewalt“ –, die im Chancendiskurs nur selten thematisiert wird.³⁰

„DEMOKRATISCHSTE DEMOKRATIE“ IN UNGEWISSER ZEIT

Diese fundamentale Ungewissheit der historischen Situation müsste auch das gegenwärtige Gedenken spiegeln. Die (deutsche) Geschichte als offene zu verstehen und mit den Augen der Zeitgenossen und Zeitgenossinnen auf das Geschehen zu schauen, ihre Erwartungshorizonte und Zukunftshoffnungen ernst zu nehmen – all dies heißt ja nicht nur, das Positive aufzuspüren: die Hoffnungsgeschichte eines demokratischen Experiments. Zu Ende gedacht, impliziert das Plädoyer für eine offene Geschichte den riskanten Versuch, sich der fundamentalen Ungewissheit der Zeit neuerlich auszusetzen, die Implikationen politischer Gestaltungsoffenheit zu verstehen, die die historischen Akteure eben in die eine wie in die andere Richtung nutzen konnten. Eine solche Geschichtsaufklärung müsste sich trauen, das Ungewisse zu denken und die Risiken einer offenen Zukunft begreifbar zu machen. Lehrsätze für die Gegenwart – gleich welcher Art – lassen sich daraus nicht ableiten. Aus der Ungewissheit der Zukunft lässt sich höchstens ein diagnostisches Gespür für die Gegenwart gewinnen: Wohin wird die Reise gehen? Eine positive Normierung der deutschen Geschichte kommt jedenfalls nur denjenigen entgegen, die den „Schuldskult“ lieber heute als morgen gegen eine sichernde, positive Nationalgeschichte eintauschen möchten.

FRANKA MAUBACH

ist promovierte Historikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena.
franka.maubach@uni-jena.de

26 Verhandlungen des Deutschen Reichstags, 1. Sitzung, 6.2.1919, S. 1, S. 3; Detlef Lehnert, „Weimars“ Chancen und Möglichkeiten, Strukturen und Normen – eine Problemskizze, in: Dreyer/Braune, Weimar als Herausforderung (Anm. 13), S. 103–121, hier S. 103.

27 Vgl. Peter Merseburger, *Mythos Weimar. Zwischen Geist und Macht*, München 2000, S. 291. Vgl. für die weitere Entwicklung Thüringens, das das erste Land war, in dem die Nationalsozialisten mitregierten, Jürgen John, „Land im Aufbruch“, in: Ulbricht (Anm. 13), S. 17–46.

28 Merseburger (Anm. 27), S. 293.

29 Vgl. Heiko Holste, *Warum Weimar? Wie Deutschlands erste Republik zu ihrem Geburtsort kam*, Köln–Weimar–Wien 2018.

30 Vgl. Mark Jones, *Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik*, Berlin 2017.



SPACE IS THE PLACE

APUZ - FORUM
AFROFUTURISMUS

AUF DEM PODIUM SITZEN

INKE ARNS HARTWARE, MEDIENKUNSTVEREIN

PEGGY PIESCHE GENERATION ADEFRA

CHRISTIAN WERTHSCHULTE STÄDTREVUE

MODERATION: **THOMAS KRÜGER** BPB

08.05.18 / 20 H

ACEPHALE
LUXEMBURGER STR. 46
50674 KÖLN

bpb:
Bundeszentrale für
politische Bildung

PREKÄRE SELBSTVERSICHERUNG

Die Weimarer Republik als Metapher und geschichtspolitisches Argument

Jörn Leonhard

Jedem Vergleich ist eine besondere Suggestionskraft eigen. Aus geschichtswissenschaftlicher Sicht erkannte Hans-Ulrich Wehler im scharfen „Säurebad des Vergleichs“ den einzigen und unübertrefflichen Ersatz „für das naturwissenschaftliche Experiment“, über das Historiker verfügten, um wie in einer Laborsituation das relative Gewicht von Faktoren für historische Prozesse zu bestimmen.⁰¹

Die Vielfalt möglicher Vergleiche lässt sich anhand von zwei Kategorien ordnen: Kontrastierende Analysen fragen nach Divergenzen, generalisierende Analysen nach Konvergenzen zwischen Vergleichsfällen.⁰² Beide Positionen gehören zu den grundlegenden Kategorien komparativen Vorgehens.⁰³ Der Historiker Otto Hintze beschrieb sie 1929: „Man kann vergleichen, um ein Allgemeines zu finden, das dem Vergleichenen zugrunde liegt; man kann vergleichen, um den einen der möglichen Gegenstände in seiner Individualität schärfer zu erfassen und von dem anderen abzuheben.“⁰⁴

Damit sprach Hintze eine besondere Funktion des Vergleichs an, nämlich die Abgrenzung von spezifischen Kennzeichen eines Falls in der historischen Entwicklung eines Staates oder einer Gesellschaft. Diese „Instrumentalisierung des Fremden“ dient einer geschärften Erkenntnis, so wie der Soziologe Max Weber mit Blick auf die asiatischen Hochkulturen die Charakteristika der okzidentalen Kultur in ihrer rational-modernen Ausprägung analysiert und zugleich dokumentiert hat, wie sehr solche asymmetrischen Vergleiche häufig mit Verzerrungen einhergehen.⁰⁵ Letztlich folgt auch die Auseinandersetzung mit impliziten oder expliziten historischen Sonderwegerzählungen einem solchen asymmetrischen Vorgehen, aus dem selten ergebnisoffene Analysen hervorgehen. Vielmehr sind die Ergebnisse des Vergleichs häufig vorstrukturiert, indem nur solche Aspekte ausgewählt werden, die die vermeintliche Sonderentwicklung belegen.

„Weimar“ ist für die deutsche Auseinandersetzung mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts eine Chiffre für eine solche Art asymmetrischer Vergleiche geworden, bei denen das Ergebnis häufig bereits durch die Ausgangsfrage oder den Fokus vorstrukturiert war. Als eine suggestive Ortsmetapher steht der Begriff weniger für eine komparative Gegenüberstellung von Staaten und Gesellschaften, sondern in erster Linie für einen diachronen Vergleich zwischen Epochen der deutschen Geschichte, die mit den Begriffen der Weimarer, der Bonner und der Berliner Republik die tektonischen Umbrüche zwischen 1918 und der Gegenwart in eine Beziehung zueinander setzen.⁰⁶

Dabei entwickelte der Vergleich der politischen und sozialen Ordnungen nach 1945 mit der Weimarer Republik, der über Analogien und historische Parallelisierung funktionierte und im Kern immer wieder um die Frage nach den Bedingungen stabiler Demokratie in Deutschland kreiste, seine eigene geschichtspolitische Dimension. Der Vergleich mit der ersten deutschen Demokratie, ihrer schwierigen Geburt aus dem Kontext von Niederlage und Revolution 1918, ihrer prekären Stabilisierung nach 1923, der Hinweis auf Krise und Untergang ab 1928, sind bis heute ein fest verankerter Teil des politisch-historischen Vokabulars und des geschichtspolitischen Argumentationsreservoirs.⁰⁷

Ob in der Selbstversicherung „Bonn ist nicht Weimar“ oder der Warnung vor „Weimarer Verhältnissen“: In der Abgrenzung oder im warnenden Appell wird bis in die Gegenwart ein besonderer Modus sichtbar, mit dem man sich in Deutschland auf die Weimarer Republik bezieht und sich die erste demokratische Republik aneignet. Die historische Linie der Weimar-Vergleiche spiegelt daher wie eine Fieberkurve die Suche nach Selbstvergewisserung und die Rhythmen kollektiver Erregung der deutschen Gesellschaft

nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wider. Daher verraten Weimar-Vergleiche wenig über die Weimarer Republik selbst – und umso mehr über Suchbewegungen, Selbstbilder und Standortbestimmungen der Deutschen nach zwei Weltkriegen, vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs und der Konkurrenz zwischen Bundesrepublik und DDR und schließlich angesichts der Neudefinition der Berliner Republik nach 1989/90.

NACHKRIEGSALARMISMUS

In der unmittelbaren Nachkriegszeit war die Erinnerung an die Weimarer Republik schon durch die biografische Verankerung vieler Politiker in den 1920er Jahren besonders prägend.⁰⁸ Zunächst dominierte der historisch-didaktische Versuch, aus dem Scheitern der Republik konkrete politische und zumal verfassungsrechtliche Lehren zu ziehen, die in die Ausarbeitung des Grundgesetzes für den westdeutschen Teilstaat einfließen und für die langfristige Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik an der sozialstaatlichen und föderalen Akzentuierung

der Weimarer Reichsverfassung fest, standen die Fünfprozenthürde, die Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht, das konstruktive Misstrauensvotum und die Abdrängung plebiszitärer Elemente für eine kritische Absetzung gegenüber der ersten Republik und ihrer Unfähigkeit, stabile Mehrheiten zu produzieren.⁰⁹

In der Zeitschrift „Die Gegenwart“ formulierte der Schriftsteller und Journalist Robert Haerdter im März 1949 die Leitfrage der deutschen Nachkriegsgesellschaft: „Tatsächlich führt jede Überlegung immer wieder auf die Frage nach den Ursachen der deutschen Niederlage zurück, und diese konfrontiert uns unausweichlich immer wieder mit der Frage nach der Struktur der Weimarer Republik oder – weniger konstitutionell als politisch formuliert – mit der Gewissensfrage nach den Gründen, weshalb die Deutschen vor 1933 die Chance der Freiheit, die ihnen doch einmal gegeben war, so miserabel vertan und es dazu haben kommen lassen, dass die Misshandlung und endlich die Ausrottung der Freiheit selbst beinahe ihre bare Existenz als Volk aufs Spiel gesetzt hat.“¹⁰

01 Hans-Ulrich Wehler, „Deutscher Sonderweg“ oder allgemeine Probleme des westlichen Kapitalismus?, in: ders., Politik in der Geschichte. Essays, München 1998, S. 78–92, hier S. 91. Vgl. Jürgen Kocka, Probleme einer europäischen Geschichte in komparativer Absicht (1988), in: ders., Geschichte und Aufklärung. Aufsätze, Göttingen 1989, S. 21–28; Johannes Paulmann, Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer. Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, in: Historische Zeitschrift 267/1998, S. 649–685.

02 Vgl. Heinz-Gerhard Haupt/Jürgen Kocka, Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme. Eine Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt/M. 1996, S. 9–45, hier S. 11.

03 Dies gilt seit der Unterscheidung zwischen einer „method of difference“ und einer „method of agreement“ durch den Philosophen Stuart Mill und bis hin zu jener zwischen „contrasting type“ und „universalizing type“ durch den Historiker Charles Tully. Vgl. John Stuart Mill, Philosophy of Scientific Method, New York 1881, S. 211 ff.; Charles Tully, Big Structures, Large Processes, Huge Comparisons, New York 1984, S. 80.

04 Otto Hintze, Soziologische und geschichtliche Staatsauffassung (1929), in: ders., Soziologie und Geschichte. Gesammelte Abhandlungen, Bd. 2, Göttingen 1964, S. 251.

05 Haupt/Kocka (Anm. 2), S. 15 f. Vgl. Stephan Kalberg, Max Weber's Comparative-Historical Sociology, Cambridge 1994.

06 Vgl. Heinrich August Winkler (Hrsg.), Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland, München 2002; Dirk A. Moses, The „Weimar Syndrome“ in the Federal Republic of Germany. The Carl Schmitt Reception by the Forty-Fiver Generation of Intellectuals, in: Stephan Loos/Holger Zabrowski (Hrsg.), Leben, Tod, Entscheidung. Studien zur Geistesgeschichte der Weimarer Republik, Berlin 2003, S. 187–207;

Sebastian Ullrich, Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959, Göttingen 2009; ders., Der lange Schatten der ersten deutschen Demokratie. Weimarer Prägungen der frühen Bundesrepublik, in: Alexander Gallus (Hrsg.), Rückblickend in die Zukunft: Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und um 1930, Göttingen 2011, S. 35–50.

07 Vgl. Karl Dietrich Bracher, Die Weimarer Erfahrung, in: ders., Wendezeiten der Geschichte. Historisch-politische Essays 1987–1992, Stuttgart 1992, S. 11–16; Marie-Luise Recker, „Bonn ist nicht Weimar.“ Zu Struktur und Charakter des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 5/1993, S. 287–307; Frank Bärenbrinker/Christoph Jakobowski, „Bonn ist nicht Weimar.“ Historisch-politische Überlegungen zum Demokratiebild in Deutschland, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 5/1996, S. 436–446; Christoph Gusy (Hrsg.), Weimars lange Schatten. „Weimar“ als Argument nach 1945, Baden-Baden 2003, S. 215–237.

08 Vgl. Jürgen Falter, Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn, in: Politische Vierteljahresschrift 3/1981, S. 236–263.

09 Vgl. Dietmar Schirmer, Ist Bonn Weimar ist Berlin? Die Weimarer Republik als symbolisches Dispositiv der deutschen Nachkriegsdemokratien, in: Friedrich Balke/Benno Wagner (Hrsg.), Vom Nutzen und Nachteil historischer Vergleiche. Der Fall Bonn – Weimar, Frankfurt/M. 1997, S. 125–146, hier S. 131 f.

10 Robert Haerdter, Courage, Furcht und Konventionen, in: Die Gegenwart 5/1949, S. 5 f., hier S. 5, zit. nach Sebastian Ullrich, Im Schatten einer gescheiterten Demokratie. Die Weimarer Republik und der demokratische Neubeginn in den Westzonen 1945–1949, in: Heinrich August Winkler (Hrsg.), Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland, Göttingen 2004, S. 185–208, hier S. 185.

Die Schlussfolgerungen aus diesen Überlegungen mündeten in eine westdeutsche Kanzlerdemokratie, mit der man hoffte, eine Wiederholung des Katastrophenjahres 1933 unter allen Umständen zu verhindern, und diesem Ziel diente die Arbeit der Verfassungsväter und -mütter an der Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems, etwa durch die reduzierten Machtbefugnisse des Bundespräsidenten, der keine Sondervollmachten wie der Reichspräsident mit seiner plebiszitär abgesicherten „Reserveverfassung“ mehr haben sollte.¹¹ Auch die Neubegründung oder Neuentstehung milieuübergreifender Volksparteien wie der SPD oder der CDU und die Entwicklung einer demokratischen Grundüberzeugung der im Parlament vertretenen Parteien standen nach 1949 zunächst im Zeichen eines teils schrillen Alarmismus. Immer wurde daran erinnert, dass die Politiker der Bonner Republik eine Wiederholung des Weimarer „Wertrelativismus“ verhindern müssten.¹²

Vor diesem Hintergrund erwiesen sich Versuche, nach 1945 direkt an die Entwicklung zwischen 1918 und 1933 anzuknüpfen, als kontraproduktiv. Im Parteiprogramm der wiedergegründeten Zentrumsparterie vom Oktober 1945 war der Bezug auf die Weimarer Republik überdeutlich. Das Zentrum verwehre „seine Reihen all jenen, die aus Abneigung gegen Demokratie und sozialen Fortschritt den Untergang der ersten deutschen Republik bewirkt und dem Nationalsozialismus die Steigbügel gehalten haben (...) und reicht seine Hand all jenen, die mit ihm die zerstörte Weimarer Republik geehrt und gehütet haben“.¹³ Damit stellte sich die Partei als Verteidigerin der ersten deutschen Republik dar, während die neugegründete CDU dem Zentrum gerade wegen des Scheiterns der Republik Versagen vorwarf.

Das nachträgliche Bekenntnis des Zentrums half der Partei jedenfalls nicht, im Gegenteil. Für die neugegründeten Parteien der CDU und

der Liberalen bildete die Abkehr von Weimar, die ausgesprochene Distanz zu den Parteien vor 1933, eine entscheidende Leitlinie. Die unterstellte oder selbst herausgestellte Nähe zur Weimarer Republik wirkte in den ersten Jahren nach 1945 auf die meisten Deutschen jedenfalls zutiefst abschreckend.

Für die SPD bestand nach 1945 die wichtigste Lehre aus dem Scheitern der Weimarer Republik vor allem in der nicht gelösten sozialen Frage, die im Grundgesetz nicht die Aufmerksamkeit erhielt, die die meisten Sozialdemokraten angestrebt hatten, um die Wiederholung einer Katastrophe wie 1933 zu verhindern. Der SPD-Abgeordnete Georg Diederichs betonte entsprechend Anfang 1949 vor dem Parlamentarischen Rat in Bonn: „Letzten Endes – das darf ich zum Schluss zu all den Argumenten sagen, die hinsichtlich des Versagens der Weimarer Republik angeführt worden sind – ist es die Nichteinlösung der sozialen Frage gewesen, die entscheidend zum Scheitern von Weimar beigetragen hat (...). Wir wissen ganz genau, dass all diese sozialen Probleme in unserem heutigen Grundgesetz nicht verankert sind.“ Die historische Perspektive erlaubte es, die Aufgaben des neuen Parlaments mit einer besonderen Bedeutung zu versehen.¹⁴

Die Omnipräsenz des Weimar-Vergleichs, die dauernde Bezugnahme auf die erste Republik und ihre Hypothesen, mochte historische Orientierung vermitteln, doch sie belastete die deutsche Nachkriegsgesellschaft auch. Die zum Teil einseitige Fixierung darauf, sich von Weimar abzugrenzen und die Gefährdungen einer Demokratie und des parlamentarischen Verfassungsstaates zu betonen, verstellte vielen Deutschen den Blick auf die nach 1945 grundlegend veränderten politischen und sozialen Bedingungen. Die Gefahr einer negativen Kontinuität oder gar einer Wiederholung, die sich mit der Präsenz Weimars in der neu entstehenden politischen Kultur Westdeutschlands verband, provozierte bei vielen Deutschen heftige Abwehrreaktionen und vertiefte das Misstrauen gegenüber der neuen Demokratie der Bundesrepublik. Die Weimarer Republik war aus dieser Perspektive keine abgeschlossene Geschichte, sondern reichte unmittelbar

11 Vgl. Friedrich Karl Fromme, *Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz. Die verfassungspolitischen Folgerungen des Parlamentarischen Rates aus Weimarer Republik und nationalsozialistischer Diktatur*, Tübingen 1960; Peter Unruh, *Weimarer Staatsrechtslehre und Grundgesetz. Ein verfassungstheoretischer Vergleich*, Berlin 2004.

12 Vgl. Ullrich (Anm. 10), S. 206.

13 Zit. nach Ossip Flechtheim (Hrsg.), *Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945*, Bd. 2, Berlin 1963, S. 244.

14 *Deutscher Bundestag/Bundesarchiv (Hrsg.), Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle*, Bd. 9: Plenum, München 1996, S. 368.

bar in die Gegenwart hinein. Zugleich fehlten in der Bundesrepublik zunächst positive Erfahrungen mit der neuen Demokratie, die den alarmistischen Blick auf die Kontinuität der Gefährdungen hätten eindämmen oder gar durchbrechen können.

Als der Historiker Karl Dietrich Bracher 1955 seine Studie über die „Auflösung der Weimarer Republik“ publizierte, konstatierte er kritisch, dass es „kaum eine Maßnahme“ gebe, „kaum eine Diskussion, kaum ein Werturteil im Bereich der gegenwärtigen Politik, die nicht auf das Beispiel der Weimarer Republik hin bezogen und an ihren ‚Lehren‘ gemessen werden“.¹⁵

NEGATIVE KONTRASTFOLIE

Es war kein Zufall, dass das bis heute einflussreiche Gegennarrativ zu diesem skeptischen Interpretationsmodus des Weimar-Vergleichs und der negativen Selbstfixierung von einem ausländischen Beobachter stammte. 1956 legte der Schweizer Journalist Fritz René Allemann eine Analyse des politischen Systems der Bundesrepublik und der auf die Person Konrad Adenauers zugeschnittenen Kanzlerdemokratie vor, mit der er den Deutschen vermitteln wollte, wie sehr sich die Rahmenbedingungen zwischen Weimar und Bonn verändert hatten.

Allemann war davon überzeugt, dass sich die westdeutsche Republik außerordentlich stabil entwickelt hatte. Vor allem sei es gelungen, die elementaren Vorbelastungen des deutschen Parlamentarismus nach 1945 hinter sich zu lassen. Der Bonner Staat habe eine eindruckliche „Leistung der nationalen und politischen Integration“ vollbracht und stehe auf einem weit aus stabileren Fundament als die erste deutsche Republik von Weimar – und das alles trotz der belastenden Vorbedingungen und der nach 1945 zunächst durchaus herrschenden Zweifel am zweiten demokratischen Experiment auf deutschem Boden.

Der „große – und wohl entscheidende – Unterschied gegenüber der Zeit zwischen 1918 und 1933“ lag für Allemann darin, dass es nach 1945 beziehungsweise 1949 „keine lebendigen Ge-

genbilder gegen die Idee des demokratisch und parlamentarisch geordneten Gemeinwesens“ mehr gab, dass „Demokratie und Parlamentarismus, wenn sie nicht als positive Zielsetzungen vom ganzen Volke angenommen (...) doch jedenfalls als Gegebenheiten hingenommen“ worden waren.¹⁶

Allemann schrieb seine Analyse 1963 fort und sah sich durch die Entwicklungen seit 1956 bestätigt. Er kam sogar zu dem Schluss, dass der junge Staat der Bundesrepublik „nach außen und innen besser konsolidiert“ sei, als man dies 1956 habe abschätzen können. Trotz des Endes der Ära Adenauer und damit des Auslaufens eines auf Person und Stil des ersten Kanzlers hin orientierten Regierungssystems, eben einer speziellen bundesdeutschen Kanzlerdemokratie, vertraute Allemann der Stabilität der Bonner Republik, die 1963 fast so lange existierte wie die erste deutsche Republik; sie sei auch für anstehende Veränderungen und mögliche Krisen in der Innen- und Außenpolitik gut gerüstet.¹⁷

Mit der von vielen Deutschen seit den 1950er Jahren konkret erfahrenen Stabilität der Kanzlerdemokratie, dem Wechselspiel von demokratischer Regierung und Opposition im Bonner Parlament, der wirtschaftlichen Dynamik in der Variante der sozialen Marktwirtschaft und der Verankerung der Bundesrepublik in das westeuropäisch-transatlantische Wertesystem, das zugleich Sicherheit im Kalten Krieg versprach, wuchs die Distanz vieler Deutscher zur Weimarer Republik.

An die Stelle des nach 1945 zunächst noch dominierenden Alarmismus, der im Rekurs auf Weimar das Misstrauen in den demokratischen Neuanfang nach dem Zweiten Weltkrieg verstärkt hatte, trat eine immer deutlichere Distanzierung. Erst auf der Grundlage positiver Erfahrungen in Westdeutschland konnte Bonn zum Anti-Weimar werden und emanzipierte sich allmählich von der skeptischen Erwartung der ersten Nachkriegsjahre. Jetzt wurde die Weimarer Republik zur negativen Kontrastfolie, die eine positive Selbstversicherung auf unterschiedlichen Politikfeldern erlaubte.

¹⁶ Fritz René Allemann, *Bonn ist nicht Weimar*, Köln 1956, S. 413, S. 428. Vgl. Recker (Anm. 7), S. 287, S. 291.

¹⁷ Fritz René Allemann, *Zwischen Stabilität und Krise. Etappen der deutschen Politik 1955–1963*, München 1963, S. 9. Vgl. Recker (Anm. 7), S. 287.

¹⁵ Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, Düsseldorf 1984⁵, S. XXI.

Stand „Bonn“ ab Mitte der 1950er Jahre politisch für einen demokratischen Konsens, für Stabilität, Westorientierung und außenpolitische Verlässlichkeit, so repräsentierte „Weimar“ eine instabile Konfliktkultur mit instabilen Regierungen, einer gefährlichen Sonderstellung des Militärs und einem Reichspräsidenten mit weitgehender Ersatzlegitimität sowie eine außenpolitisch schwierige Position zwischen Isolation und fragilen Versuchen des Ausgleichs mit dem Westen.

Vor allem wirtschaftlich wurde der Kontrast zwischen „Bonn“ und „Weimar“ Teil einer Selbstversicherung der bundesrepublikanischen Demokratie gegenüber der gescheiterten ersten Republik. Verbunden die Deutschen mit „Bonn“ Prosperität, Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität, blieb „Weimar“ ein Synonym für hohe Arbeitslosigkeit, Inflation und den Übergang der wirtschaftlich-sozialen Krise in politische Instabilität. Schien „Bonn“ gleichbedeutend mit einer gesellschaftlichen Pazifizierung im Zeichen der sozialen Marktwirtschaft und der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“, hatten soziale Spannungen und Ungleichheit die Weimarer Republik stark belastet.

Allenfalls mit Blick auf die kulturelle Entwicklung fiel der Vergleich zugunsten Weimars aus: Hier stand der Eindruck des Aufbruchs zur Moderne, die Experimentierfreude und die Vielfalt von Kunst und Literatur im Gegensatz zur Wahrnehmung einer kulturellen Stagnation wenn nicht gar Restauration nach 1945.¹⁸

HISTORISIERUNG

Unübersehbar trug die durch die anerkannten Erfolge der Bundesrepublik beglaubigte Distanzierung von den „Weimarer Verhältnissen“ zu einer systematischen und wissenschaftlichen Historisierung der Epoche zwischen 1918 bis 1933 bei. Das Ergebnis war eine neu dezidiert geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Weimarer Republik im Gegensatz zur geschichtspolitischen Instrumentalisierung der Erinnerung an das Scheitern der ersten deutschen Republik. Brachers grundlegender Studie folgten seit Mitte der 1950er Jahre eine Vielzahl von Untersuchungen, die der Unterscheidung zwischen Bonn und Weimar neue Impulse vermittelten.

¹⁸ Vgl. Schirmer (Anm. 9), S. 140.

So argumentierte der Soziologe Mario Rainer Lepsius, dass die bundesrepublikanische Gesellschaft viel homogener strukturiert sei als die der Weimarer Republik, was erhebliche Auswirkungen auf das Parteiensystem und die Entwicklung konsensueller Überzeugungen hatte. Das galt ebenso für das Problem der Elitenkontinuität. Anders als nach 1918, als viele Beamte weiterhin dem Kaiserreich anhängen und der Republik feindselig begegneten, war das Selbstbild der westdeutschen Beamenschaft durch die Erfahrung des Nationalsozialismus nachhaltig erschüttert und erleichterte das Bekenntnis zum neuen demokratischen Staat der Bundesrepublik. Der Zeithistoriker Udo Wengst resümierte, dass es „Weimarer Verhältnisse“ unter den Beamten der Bundesrepublik „nie gegeben“ habe.¹⁹

Doch ging Weimar in der Kontrastfolie zur jeweiligen Gegenwart der Bundesrepublik nicht auf. Denn alle wichtigen Kontroversen zur historischen Interpretation der Weimarer Republik wie die zwischen den Historikern Werner Conze und Karl Dietrich Bracher zu den Gründen für das Scheitern des Parteienstaates wiesen immer über die konkrete historische Situation hinaus. Sie bildeten stets einen Kern für grundsätzliche Debatten über die Bedingungsfaktoren stabiler Demokratien in der Moderne.²⁰ Dafür stellte der deutsche Fall ohne Zweifel einen besonders dramatischen Fall dar, der für jede neue Generation die politische Selbstverortung gegenüber Weimar zur Aufgabe machte. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand und der Historisierung der Weimarer Republik seit den 1970er Jahren konnte man den Vergleich jedoch auch auf die Fragilität von Demokratien außerhalb Deutschlands anwenden.

In der Bundesrepublik wie in der DDR ging es nach 1949 darum, den Schnitt gegenüber 1933 und 1945 besonders hervorzuheben. Die Wie-

¹⁹ Mario Rainer Lepsius, Die Bundesrepublik Deutschland in der Kontinuität und Diskontinuität historischer Entwicklungen: Einige methodische Überlegungen, in: ders./Werner Conze (Hrsg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983, S. 11–19, hier S. 12. Vgl. Udo Wengst, Beamtentum zwischen Reform und Tradition. Beamtengesetzgebung in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland 1948–1953, Düsseldorf 1988, S. 314; Recker (Anm. 7), S. 291.

²⁰ Vgl. Peter Steinbach, Die Weimarer Republik – Kontrastfolie deutscher Demokratiegeschichte und politischer Integration, in: Politische Vierteljahresschrift 4/1994, S. 702–714, hier S. 707 f. Vgl. Schirmer (Anm. 9), S. 130.

derkehr des Nationalsozialismus zu verhindern, führte jedoch in den beiden deutschen Staaten zu ganz unterschiedlichen Antworten und geschichtspolitischen Rekursen auf die Republik von 1918. In der kommunistischen Auslegung stellte sie die allenfalls demokratisch camouflierte Variante einer bürgerlichen Klassenherrschaft dar, die 1933 im Faschismus enden musste. In diesem Sinne wurden die Geschichte Weimars und des Nationalsozialismus unter Berufung auf die negative Trias von Bürgerlichkeit, Imperialismus und Faschismus zusammengezogen und ihr im Zeichen des Antifaschismus das sowjetische Modell, die Aufhebung der bürgerlichen durch eine proletarische Klassenherrschaft, entgegengestellt.

Dagegen hielt man in Westdeutschland nach 1945 im Zeichen der Totalitarismuskritik, die Nationalsozialismus und Kommunismus als ideologische Erfahrungen von Unfreiheit zusammenband, an der Republik als Gehäuse des parlamentarischen Verfassungsstaates fest und konzentrierte sich auf die historischen Mängel ihrer Selbstbehauptung in der Krise, die schließlich 1933 in den Untergang geführt hatten.²¹

VERÄNDERTE VORZEICHEN

Die vielfältigen Umbrüche von 1989 bis 1991, vom Ende der deutsch-deutschen Teilung bis zum Auslaufen des Kalten Kriegs und dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums, markierten für Rekurse auf die Weimarer Republik einen Einschnitt. Die am Ende der 1980er Jahre relativ gesicherte Kontinuität der geschichtspolitischen Selbstversicherung, die die Bonner Republik als Anti-Weimar erscheinen ließ, lief aus und warf spätestens mit dem symbolisch wichtigen Umzug der Regierung nach Berlin und der Gestaltung der Gedenkstätten in der Hauptstadt die Frage nach einem neuen Selbstverständnis der Berliner Republik auf.

²¹ Vgl. ebd., S. 130f.; Heinrich August Winkler, *Aus Weimar lernen? Über Deutschlands noch immer gesplante Geschichtskultur*, in: Hans Wilderrotter/Michael Dormann (Hrsg.), *Wege nach Weimar. Auf der Suche nach der Einheit von Kunst und Politik*, Berlin 1999, S. 291–295; ders., *Kein Bruch mit Lenin. Die Weimarer Republik im Geschichtsbild von SED und PDS*, in: ders., *Streitfragen der deutschen Geschichte. Essays zum 19. und 20. Jahrhundert*, München 1997, S. 107–122.

Dabei behauptete sich der Rekurs auf Weimar, und bis in die Gegenwart bleibt der implizite oder explizite Vergleich zur ersten demokratischen Republik ein suggestives Mittel der politischen Kommunikation. Wie zuvor wirken dabei zwei Varianten des Weimar-Vergleichs: entweder als Versuch, die Furcht vor einer abermals gefährdeten Demokratie in Deutschland einzudämmen, als Erweis also, dass „Berlin“ so wenig wie „Bonn“ in der Gefahr ist, „Weimar“ zu werden; oder als warnender Appell, solche Verhältnisse nicht eintreten zu lassen und die Adressaten des Weimar-Vergleichs für die Gefährdung der Demokratie zu sensibilisieren, um die demokratische Ordnung gerade dadurch wehrhaft zu machen.²²

Wenn der historische Rekurs weiterhin mit ähnlichen Mechanismen funktioniert, so haben sich seit 1989 entscheidende Rahmenbedingungen verändert und zu neuen Akzenten geführt.²³ Bemerkenswert war bereits der Stellenwert des Weimar-Vergleichs in der Aufarbeitung der DDR-Geschichte nach 1990.²⁴ So wurden aus ostdeutscher Perspektive die politische Revolution und nationale Wende von 1989/90 in die Kontinuität von Konflikten der Weimarer Republik gestellt, erschienen „Weimarer Verhältnisse“ für das Ende der DDR konstitutiv. Mitglieder der SED/PDS bemühten sich, die Bürgerrechtsbewegungen in die Tradition der Räte von 1918 zu stellen.

Auf einer von der „Alternativen Enquetekommission Deutsche Zeitgeschichte“ organisierten Diskussion über die „drei deutschen Republiken 1918 und 1949“ unterstrich der Philosoph Peter Ruben die Kontinuität der Konfliktlinien: „Zwischen 1945 und 1949 haben sich die Bürgerkriegsparteien von 1918/19, die Reichstagsmehrheit einerseits und die revolutionäre Linke andererseits, erneut einander entgegengestellt. Sie haben sich im Bündnis mit ihren Alliierten staatlich organisiert und die Fragestellung von 1918 ‚Räterepublik oder Nationalversammlung‘ reproduziert.“ Die Verklärung der Räte war genauso bemerkenswert wie die dop-

²² Vgl. Bärenbrinker/Jakubowski (Anm. 7), S. 436.

²³ Vgl. Hans Mommsen, *Die Weimarer Republik und die Bundesrepublik nach der Wende*, in: Balke/Wagner (Anm. 9), S. 111–124.

²⁴ Vgl. Wolfgang Bialas, *Weimar in der DDR. Von der Faszination des historischen Traumas*, in: ebd., S. 147–168.

pelte Kritik an der Verantwortung der Kommunisten für den Untergang Weimars und das Ende der DDR: „Ich bin auch der Meinung, dass Weimar wie die DDR an der Unfähigkeit der Kommunisten scheiterten, die Aussichtslosigkeit des Räteprinzips im ökonomischen Sinne zu begreifen und die Demokratie als zivile Demokratie, als Form der Konstituierung der Nation zu akzeptieren. Die Kommunisten sind einer Illusion aufgesessen, als sie glaubten, es könne eine politische Konstitution der Arbeiterschaft als Klasse geben.“²⁵

Neben der Funktion des Weimar-Vergleichs als Mittel der Aufarbeitung der DDR-Geschichte stimulierten neue Krisensymptome seit den 1990er Jahren den Hinweis auf die 1920er Jahre. So fragte der israelische Publizist Uri Avnery Ende 1992 angesichts der rechtsextremen Gewaltwelle und der Zunahme nationalistischer Strömungen in der gesamtdeutschen Gesellschaft: „Ist das eine Wiederholung der Weimarer Geschichte?“²⁶ Seither haben sich die Krisenzeichen eher vervielfältigt. Dazu zählen die rechtsextremistische Gewalt, überhaupt eine zunehmende Gewaltbereitschaft von links und rechts, der Niedergang der Volksparteien, die wahrgenommene Zersplitterung des Parteiengefüges, das Aufkommen populistischer Bewegungen in vielen europäischen Gesellschaften und darüber hinaus.

Der Hinweis auf „Weimarer Verhältnisse“ in der Berliner Republik weist aber noch eine weitere Dimension auf, denn die Debatten um die Selbstpositionierung des neuvereinigten Deutschland drehen sich nicht erst seit dem Aufkommen der „Alternative für Deutschland“ um den Stellenwert des Nationalen, der Nation und des Nationalstaates als Antwort auf Globalisierungserfahrungen und die Krise der europäischen Integration.²⁷ Das wurde auch vor 1989 zwar immer wieder thematisiert, etwa in der erbitterten Diskussion um die angebliche „Normalisierung“ der deutschen Geschichte im Zuge des Historikerstreits um die Historisierbarkeit des Nationalsozialismus, doch seit den 1990er

Jahren hat diese Diskussion erheblich an Schärfe gewonnen. Diese Symptome lassen die Gegenwart als eine Bewährungsprobe der Demokratie im 21. Jahrhundert erscheinen und akzentuieren die Frage nach der „Wiederholung“ oder „Wiederholbarkeit“ der Geschichte neu.

ZEITLOSE CHIFFRE

Hier wird ein Grundproblem historischer Sinnstiftung erkennbar, nämlich das Verhältnis von Einmaligkeit und Wiederholbarkeit vergangener Konstellationen, das den von dem Staatsrechtler Carl Schmitt unterschiedenen drei Sinnschichten historischer Kontinuität – „Prognose, Diagnose und historische Parallele“ – zugrunde liegt.²⁸ Jeder Rekurs auf „Weimar“ setzt ein bestimmtes Deutungswissen des Publikums voraus. Ohne diese Wissensspeicher lassen sich Analogien und Metaphern nicht glaubwürdig kommunizieren. Damit aber wird die Vergangenheit zwischen 1918 und 1933 zu einer Vergangenheit, die sich einem „Vorher“ und „Nachher“ entzieht. Eher erscheint die Geschichte als eine komplexe Struktur sich überlagernder Zeitschichten, in denen im Späteren das Frühere stets erkennbar und abrufbar bleibt.

Die Metapher der Zeitschicht verweist auf den Bereich der Geologie, auf sedimentierte Formationen, die sich im Laufe der Erdgeschichte mit verschiedenen Geschwindigkeiten verändert und voneinander abgehoben haben. Historische Zeiten sind in diesem Sinne weniger als diachrone Abfolge zu verstehen, sondern als ein Phänomen der Mehrschichtigkeit, der polyvalenten Semantiken und der Gleichzeitigkeit von historisch ungleichzeitigen Bedeutungsebenen.²⁹

Wendet man diese Überlegung auf das Sprechen über „Weimar“ an, also auf den Einsatz der Weimar-Vergleiche in der politisch-historischen Argumentation, dann wird die besondere Spannung zwischen der Einmaligkeit historischer Ereignisse einerseits und einer Wiederholungsstruktur, der Wiederkehr und Wiedererkennbarkeit

²⁵ Auszüge aus einer Podiumsdiskussion der „Alternativen Enquetekommission Deutsche Zeitgeschichte“, in: Neues Deutschland, 27./28. November 1993.

²⁶ Uri Avnery, *Wiederholung der Geschichte?*, in: Der Spiegel 49/1992, S. 30 ff.

²⁷ Vgl. Schirmer (Anm. 9), S. 140 f.

²⁸ Carl Schmitt, Donoso Cortés in gesamteuropäischer Interpretation. Vier Aufsätze, Köln 1950, S. 87. Vgl. Reinhard Mehring, Carl Schmitt. Aufstieg und Fall. Eine Biographie, München 2009, S. 435.

²⁹ Vgl. Reinhart Koselleck, *Zeitschichten* (1995), in: ders., *Zeitschichten. Studien zur Historik*, Frankfurt/M. 2000, S. 19–26.

durch strukturelle Analogien, andererseits sichtbar. So wie auch das Sprechen auf die Wiedererkennbarkeit von Lexik und Grammatiken in der Sprache oder die Forderung der wiederholt anwendbaren Gesetze auf die Forderung nach Gerechtigkeit zurückverweist, so setzt jeder Bezug auf die Weimarer Republik ein Minimum an Rekurrenz, an Analogiebildung, an historischer Wiederholungsstruktur und Wiedererkennbarkeit voraus, um überhaupt verstanden und vermittelt werden zu können.

Hermeneutisch lässt sich dies mit dem von dem Philosophen Hans Blumenberg entwickelten Begriff der Präfiguration verknüpfen. Mit ihm verwies er auf die Eigenmächtigkeit eines bestimmten historischen Vorrats an Bedeutungen, auf die in einer bestimmten Situation zurückgegriffen wird. Der unter Umständen nahezu zwanghafte Akt der Wiederholung des Präfigurats kann für die Handelnden eine besondere Wirkung entfalten, weil sich mit der Wiederholung „die Erwartung der Herstellung des identischen Effekts“ verbindet.³⁰

In diesem Sinne wirkte und wirkt die Chiffre „Weimar“ für die geschichtspolitische Selbstvergewisserung als Präfigurats. Seine Virulenz erinnert uns daran, dass die Zeitschichten viel dichter aufeinander ruhen, als es die gängige Selbstversicherung von hundert Jahren Abstand, von drei oder vier Generationen, nahelegt. Der Erste Weltkrieg, die deutsche Revolution 1918, der Kampf um den Frieden und die Möglichkeiten einer politischen und sozialen Demokratie entziehen sich aus dieser Perspektive dem Diktum der Vorvergangenheit, die gerade aus deutscher Perspektive immer wieder bemüht wird, um das Zeitalter der Extreme bis 1945 zu kategorisieren: als seien 1914 und 1918/19 nur Etappen auf dem Weg in die noch größere, noch schlimmere Katastrophe nach 1933, als könne man die Phase zwischen August 1914 und Mai 1945 als „zweiten dreißigjährigen Krieg“ epochal bündeln, als enthalte das Ende des Ersten Weltkriegs und der Beginn der ersten deutschen Republik bereits den Keim zum Zweiten Weltkrieg, als sei es 1933 oder 1939 nur so gekommen, wie es nach 1918 habe

kommen müssen. Demgegenüber bei aller Belastung die Offenheit des historischen Moments von 1918/19 zu betonen, bedeutet auch, dem Vergleich der Gegenwart mit der Vergangenheit seinen deterministischen Grundzug und zynischen Fatalismus zu nehmen.

Aufklärend im besten Sinne wirkt ein Vergleich immer dann, wenn er produktiv verfremdet und dazu zwingt, die eigene Perspektive und die einfache Analogie zu hinterfragen. Denn Geschichte bietet keine einfachen Handlungsanleitungen für die Gegenwart – die Auseinandersetzung mit ihr lässt uns in der Gegenwart aber mehr erkennen.

JÖRN LEONHARD

ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Seminar der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. 2014 veröffentlichte er „Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs“, im Herbst 2018 wird „Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923“ erscheinen.

joern.leonhard@geschichte.uni-freiburg.de

³⁰ Hans Blumenberg, Präfiguration. Arbeit am politischen Mythos, Berlin 2014, S. 9. Vgl. Reinhart Koselleck, Geschichte, Geschichten und formale Zeitstrukturen (1973), in: ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt/M. 1989, S. 130–143.

AUSGEFORSCHT?

Die Weimarer Republik als Gegenstand historischer Forschung

Ursula Büttner

Die Forschung über die Weimarer Republik hat längst einen eindrucksvollen, fast schon furchteinflößenden Umfang erreicht: über 7200 Titel verzeichnet die Deutsche Nationalbibliothek. Neben unzähligen Studien zu einzelnen Themenkomplexen gibt es große oder kompakte Gesamtdarstellungen, in denen der erreichte Forschungsstand aufbereitet wird.⁰¹ Lesern und Leserinnen, die mit den theoretischen Voraussetzungen und Methoden der Geschichtswissenschaft nicht vertraut sind, drängt sich angesichts dieser Fülle die Frage auf, ob inzwischen nicht alles untersucht sei, ob nicht endlich einmal ein gesichertes, definitives Bild der Weimarer Republik erreicht werde.

Das kann jedoch nicht geschehen. Das bedeutet nicht, dass historische Forschungsergebnisse beliebig sind; sie müssen vom Ansatz her und in der Durchführung – durch plausible Fragestellung, umfassende Erörterung aller erreichbaren Quellen und der bereits vorliegenden Literatur sowie überzeugende Schlussfolgerungen – der Überprüfung der Fachwelt standhalten. Aber Historiker und Historikerinnen rekonstruieren Geschichte als Ausschnitt aus der unendlichen Fülle vergangenen Geschehens. Sie sind dabei Kinder ihrer Zeit und werden bei der Auswahl und dem Zuschnitt der Themen, bei ihren Deutungen und Urteilen unausweichlich von ihren soziokulturellen Prägungen, ihren Erfahrungen und den politischen und gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Gegenwart mitbestimmt.

Die Geschichtswissenschaft ist also in der glücklichen Lage, dass ihre Arbeit niemals endet, weil jede Zeit neue Fragen stellt, andere Themen ins Zentrum rückt und die Perspektive verändert, sodass sich auch bei gesicherten Fakten die Interpretation wandeln kann. Diese Interdependenz von „Zeitgeist“ und Forschungsentwicklung tritt bei der Weimarer Republik besonders klar zutage.⁰²

URSACHEN FÜR DAS SCHEITERN

Die erste deutsche Demokratie hatte nach dem Zweiten Weltkrieg in beiden deutschen Staaten keinen guten Ruf: Nach der offiziellen Deutung der DDR blieb sie, weil eine echte sozialistische Revolution versäumt worden war, ein ungerechter bürgerlich-liberaler Klassenstaat. Auch in der Bundesrepublik wurde sie nicht als positives Vorbild gewürdigt, sondern galt hauptsächlich als warnendes Beispiel für Versäumnisse und Fehler, die sich nicht wiederholen durften, wenn die zweite deutsche Demokratie Erfolg haben sollte. Die Abgrenzung stand im Vordergrund: „Bonn ist nicht Weimar.“ Die Revolution von 1918/19 oder die Unterzeichnung der Weimarer Verfassung am 11. August 1919 gehörten deshalb nicht zu den gefeierten Jubiläen, genau wie Weimar als Erinnerungsort der Demokratie bisher in der Öffentlichkeit und in der politischen Bildung wenig Beachtung fand.⁰³

Auch die historische Erforschung der Weimarer Republik war lange von der Erinnerung an ihren Untergang nach nur 14 Jahren und die fürchterlichen Schrecken der nachfolgenden Diktatur überschattet. Schon in den ersten im Exil oder in der inneren Emigration entstandenen Studien von ehemaligen Weimarer Politikern (Frauen waren nicht unter diesen Autoren) stand die Frage nach den Gründen für ihr Scheitern im Zentrum. In den ersten rein wissenschaftlichen historischen oder politologischen Untersuchungen ging es ab Mitte der 1950er Jahre ebenfalls vor allem um die Ursachen für den Aufstieg des Nationalsozialismus und die Zerstörung der Demokratie.

Bezeichnenderweise bezog sich die erste große zeitgeschichtliche Kontroverse zwischen den Historikern Werner Conze und Karl Dietrich Bracher auf die Funktionsfähigkeit des Parteien-

staates und die Rolle des Reichskanzlers Heinrich Brüning beim Übergang von der parlamentarischen Regierungsweise zum ganz und gar von den Notrechten des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg abhängigen Regime der Jahre 1930 bis 1932.⁰⁴ Brachers voluminös abgesicherte Feststellung, dass grundlegende Strukturfehler und eine gezielte antidemokratische Politik konservativer Eliten wesentlich zur „Auflösung“ der Republik beigetragen hatten, setzte sich gegen Conzes Schluss durch, dass die weitgehende Entmachtung des Reichstags die notwendige Reaktion auf die Selbstlähmung des Parteienstaates gewesen war.

VERSÄUMNISSE IN DER REVOLUTION?

Brachers Erklärung lenkte den Blick auf mögliche Versäumnisse während der Revolution. Die intensive Forschung über die Umbruchphase, die sich ab Beginn der 1960er Jahre entwickelte, stand damit von vornherein unter dem negativen Vorzeichen, verhängnisvolle Defizite zu entdecken, statt auch die positiven Neuansätze zu betonen. Die zuvor fast unbestritten herrschende

01 Vgl. etwa Ursula Büttner, *Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur*, Stuttgart 2008, insb. die umfangreiche Bibliografie auf S. 672–771; Eberhard Kolb/Dirk Schumann, *Die Weimarer Republik*, München 2013²; Detlev J.K. Peukert, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne*, Frankfurt/M. 1987; Andreas Wirsching, *Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft*, München 2008².

02 Am Beispiel der Revolution von 1918/19 sorgsam herausgearbeitet von Wolfgang Niess, *Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung*, Berlin–Boston 2013. Diesen Befund bestätigt Sebastian Ullrich, *Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959*, Göttingen 2009.

03 Vgl. Alexander Gallus, Einleitung und ders., *Die vergessene Revolution von 1918/19 – Erinnerung und Deutung im Wandel*, in: ders. (Hrsg.), *Die vergessene Revolution von 1918/19*, Göttingen 2010, S. 7f., S. 14–38, insb. S. 37f.; Michael Dreyer/Andreas Braune, *Weimar als Herausforderung. Zum Umgang mit einer schwierigen Republik*, in: dies. (Hrsg.), *Weimar als Herausforderung. Die Weimarer Republik und die Demokratie im 21. Jahrhundert*, Stuttgart 2016, S. Xlf. Mit Blick auf das bevorstehende hundertste Gründungsjubiläum der Weimarer Republik siehe auch den Beitrag von Franka Maubach in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

04 Vgl. Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik*, Villingen 1955; Werner Conze, *Die Krise des Parteienstaates in Deutschland*, in: *Historische Zeitschrift* 178/1954, S. 47–83.

These, dass es im Winter 1918/19 nur die Wahl zwischen einer Räterediktatur nach russisch-bolschewistischem Vorbild oder der Errichtung und Sicherung einer parlamentarischen Demokratie durch ein Zweckbündnis von Sozialdemokraten und konservativen Kräften gegeben habe,⁰⁵ wurde durch große empirische Untersuchungen und Quelleneditionen über die Arbeiter- und Soldatenräte revidiert, die deren demokratisches Potenzial und pragmatischen Reformwillen herausstellten.⁰⁶ Ob die Räte ausreichende Rückendeckung für eine entschlossene Demokratisierungspolitik bieten konnten, wird inzwischen allerdings wieder skeptischer eingeschätzt. Damit relativiert sich auch die harte Kritik an der SPD-Führung, deren Legalismus und mangelnder Machtwille als Hauptursache für den Verzicht auf radikale Strukturveränderungen gegolten hatten. Das Argument des Politikwissenschaftlers Richard Löwenthal, dass der in klassischen Revolutionsmodellen geforderte Elitenaustausch in modernen, hocharbeitsteiligen Gesellschaften nicht mehr möglich sei, erhielt stärkeres Gewicht.⁰⁷ Anders als in einer Agrargesellschaft konnte die Masse der Menschen ihren Nahrungs- und Energiebedarf nicht mehr mit eigenen Erzeugnissen decken. Die Bedenken der sozialdemokratischen Spitzenpolitiker, dass ein Zusammenbruch des Staats- und Wirtschaftsapparats die elementare Versorgung und Sicherheit der Bevölkerung gefährden würde, waren deshalb sehr berechtigt. Ihre Furcht vor dem „Chaos“ oder auch vor dem „Bolschewismus“, das wird heute aus kulturgeschichtlicher Perspektive betont, war außerdem, ob real begründet oder nicht, ein historisches Faktum.

Die zur Macht gelangten Sozialdemokraten waren bei den schwierigen Tagesaufgaben auf die Kompetenz der Fachleute angewiesen, aber die

05 Der entschiedenste Vertreter dieser These war Karl Dietrich Erdmann. Vgl. u. a. die Überschrift von §20 seiner Darstellung der Weimarer Republik in der 8. Aufl. des „Gebhardt“: *Karl Dietrich Erdmann, Räterestaat oder parlamentarische Demokratie?*, in: ders. (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Geschichte*, Bd. 4: *Das Zeitalter der Weltkriege*, Stuttgart 1959.

06 Aus der umfangreichen Literatur seien exemplarisch genannt Eberhard Kolb, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918 bis 1919*, Frankfurt/M. u. a. 1978²; Ulrich Kluge, *Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19*, Göttingen 1975.

07 Vgl. z. B. Richard Löwenthal, *Vom Ausbleiben der Revolution in der Industriegesellschaft*, in: *Historische Zeitschrift* 232/1981, S. 1–24.

Fachleute brauchten auch die Arbeiter- und Soldatenräte und die SPD. Nach dem Bankrott des alten Staates, der im Krieg durch seine rücksichtslose Überforderung der militärischen, wirtschaftlichen, physischen und psychischen Kräfte des deutschen Volkes allen Kredit verloren hatte, besaßen nur die Räte noch genügend Autorität, um Anordnungen durchzusetzen. Diese gegenseitige Abhängigkeit von Unternehmern und Gewerkschaften, Behörden und Räten war der Grund für ihre pragmatische Zusammenarbeit in den Tagen des Umbruchs; sogar beim Militär fand sie regional und auf Reichsebene statt.⁰⁸ Möglicherweise enthielt diese Situation die Chance für größere Veränderungen der gesellschaftlichen Machtstrukturen; zweifellos hätte das der Weimarer Republik das Überleben erleichtert. Aber die Grenzen des Machbaren sind trotz der umfangreichen Revolutionsforschung nicht klar.

Auch die Frage, wieviel Widerstand eine weniger auf Ausgleich und Integration bedachte Politik im Bürgertum und bei der Landbevölkerung hervorgerufen hätte, ist weiterhin offen. Der Historiker Conan Fischer hat der vorsichtigen Politik der SPD in der Revolution ein gutes Zeugnis ausgestellt, weil ihm zufolge nur so die Stabilisierung der Republik gelingen konnte.⁰⁹ Gab es für die erforderliche Demokratisierung der gesellschaftlichen Strukturen wirklich nur in den ersten Revolutionswochen ein kleines Zeitfenster? Ansätze für eine Republikanisierung der Reichswehr im ersten Jahr des Neuaufbaus und der allmähliche Ersatz hoher Beamter durch eindeutig republiktreue Kollegen deuten auf längere Spielräume hin.¹⁰

KRIEGSERFAHRUNGEN UND GEWALT

Unentschiedene Forschungskontroversen gibt es auch in Bezug auf die zweite, Ende Dezember

1918 beginnende Phase der Revolution. Ihre Signatur war die Eskalation gewalttätiger politischer Konflikte zum regionalen Bürgerkrieg; soweit herrscht Einigkeit. Aber für ihr Ende werden unterschiedliche Termine zwischen Anfang Mai 1919 und März 1921 oder sogar November 1923 diskutiert. Das fürchterliche Ausmaß der Gewalt im Innern wird in jüngsten Arbeiten stark hervorgehoben.¹¹ Auch in anderen aufgewählten Zeitabschnitten, so auf dem Höhepunkt der Hyperinflation 1923 und in den letzten beiden Jahren der Republik, spielte Gewalt wieder eine Rolle, wenn auch nicht mehr im gleichen Umfang.

Die Ursache für die Gewalt sehen viele Forscher und einige Forscherinnen im Anschluss an den Historiker George Mosse in der nachwirkenden Brutalisierung der Soldaten durch den Krieg.¹² Besonders bei der Suche nach den Gründen für die vom Nationalsozialismus und seinen militanten SA-Kolonnen ausgehende Faszination erscheint diese Herleitung plausibel.¹³ Andere Autoren halten eher die traumatisierende Erfahrung der Niederlage und die Wut über den Versailler Vertrag oder die Furcht vor einer Ausbreitung des „Bolschewismus“ für ausschlaggebend.¹⁴

Je mehr die Geschichtswissenschaft den mentalen und kulturellen Auswirkungen des Ersten Weltkriegs nachspürte, desto umfassender

11 Mit zum Teil fragwürdigen Schlussfolgerungen: Mark Jones, *Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik*, Berlin 2017. Die europäische Dimension betonen Robert Gerwarth/John Horne (Hrsg.), *Krieg im Frieden. Paramilitärische Gewalt in Europa nach dem Ersten Weltkrieg*, Göttingen 2013; Boris Barth, *Europa nach dem Großen Krieg. Die Krise der Demokratie in der Zwischenkriegszeit 1918–1938*, Frankfurt/M. 2016.

12 Vgl. George L. Mosse, *Gefallen für das Vaterland. Nationales Heldentum und namenloses Sterben*, Stuttgart 1993, S. 265–276; Nachweis der umfangreichen Literatur bei Büttner (Anm. 1), S. 566f., Anm. 12; ferner Arndt Weinrich, *Der Weltkrieg als Erzieher. Jugend zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus*, Essen 2013.

13 Repräsentative Beiträge in Gudrun Brockhaus (Hrsg.), *Attraktion der NS-Bewegung*, Essen 2014; Gerd Krumeich, *Wie die Nazis den Ersten Weltkrieg gewannen*, in: ders., *Deutschland, Frankreich und der Krieg. Historische Studien zu Politik, Militär und Kultur*, Essen 2015, S. 302–316; Thomas Rohkrämer, *Die fatale Attraktion des Nationalsozialismus. Zur Popularität eines Unrechtsregimes*, Paderborn u. a. 2013, S. 82–87, S. 218–231.

14 Vgl. Klaus Weinhauer/Anthony McElligott/Kirsten Heinsohn, *Introduction: In Search of the German Revolution*, in: dies. (Hrsg.), *Germany 1916–23. A Revolution in Context*, Bielefeld 2015, S. 23–26.

08 Vor dem Hintergrund einer Reihe von Vereinbarungen zwischen regionalen Kommandeuren und Räten erscheint das „Ebert-Groener-Bündnis“ zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und der Obersten Heeresleitung weniger brisant. Vgl. Peter Keller, *„Die Wehrmacht der Deutschen Republik ist die Reichswehr“. Die deutsche Armee 1918–1921*, Paderborn 2014, S. 33–70.

09 Vgl. Conan Fischer, *„A Very German Revolution“? The Post-1918 Settlement Re-evaluated*, in: *German Historical Institute Bulletin* 2/2006, S. 6–32.

10 Vgl. Keller (Anm. 8), S. 146–160; Anthony McElligott, *Rethinking the Weimar Republic. Authority and Authoritarianism, 1916–1936*, London u. a. 2014, S. 163–167.

stellten sie sich dar, nicht nur in der Gewaltakzeptanz, sondern in der Auffassung der Politik als Kampf, in der Betonung militanter Männlichkeit auf Wahlplakaten, in sprachlichen Vorlieben, in der Modellierung des Sportlers nach dem Vorbild des Soldaten, in der Sehnsucht nach „Volksgemeinschaft“ und klarer Führung, in der Freude an Uniformen und militärähnlichen Aufmärschen, kurz: in einem lagerübergreifenden „bellizistischen“, am Krieg orientierten Grundkonsens (Bergien) oder noch weitergehend: in einer durchgreifenden Militarisierung der gesamten Gesellschaft und politischen Kultur der Weimarer Republik (Fritzsche).¹⁵

Diese Zuspitzung ist allerdings auf entschiedenen Widerspruch gestoßen. Von den rund acht Millionen ehemaligen Soldaten schloss sich nur ein kleiner Teil den paramilitärischen Organisationen an; die meisten zogen ziviles Leben und Denken durchaus vor. Die größten Kriegsgesellschaftsbünde standen der Sozialdemokratie nahe und waren pazifistisch eingestellt. Der Gefallenenkult der Republikaner kam ohne Revanchegeanken aus und unterschied sich inhaltlich deutlich vom Gedenken der Nationalkonservativen und Rechtsradikalen. Der zum Schutz der Republik gegründete Wehrverband „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, mindestens dreimal so groß wie der rechte „Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten“, übernahm von den Konkurrenten zwar die militärische Propagandaform der Parade in Uniform, aber das geschah eher widerwillig, um ihnen nicht die Straße zu überlassen. Der Kampf um den öffentlichen Raum forderte am Ende der Weimarer Republik wieder einige hundert Tote; aber es war kein Bürgerkrieg wie in den Jahren 1919 bis 1921 mit mehreren Tausend Toten.¹⁶

15 Vgl. Rüdiger Bergien, *Die bellizistische Republik. Wehrkonsens und „Wehrhaftmachung“ in Deutschland 1918–1933*, München 2012; Peter Fritzsche, *The Economy of Experience in Weimar Germany*, in: Kathleen Canning/Kerstin Brandt/Kristin McGuire (Hrsg.), *Weimar Publics, Weimar Subjects. Rethinking the Political Culture of Germany in the 1920s*, New York–Oxford 2010, S. 360–382, insb. S. 369. Zur Weimarer Erbschaft des Ersten Weltkriegs siehe auch den Beitrag von Dirk Schumann in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

16 Vgl. Dirk Schumann, *Political Violence, Contested Public Space, and Reasserted Masculinity in Weimar Germany*, in: Canning/Brandt/McGuire (Anm. 15), S. 236–253, insb. S. 239–247; Benjamin Ziemann, *Veteranen der Republik. Kriegserinnerung und demokratische Politik 1918–1933*, Bonn 2014, S. 40–54, S. 63 ff., S. 168–190; Weinrich (Anm. 12), S. 105–124.

WÄHRUNGS- UND WIRTSCHAFTSKRISEN

Zur Forschung gehören die Korrektur von Thesen und für sicher gehaltenen Erkenntnissen wie auch die oft daraus resultierenden Debatten. Zwei wichtige Kontroversen seien noch erwähnt.

Die sich anfangs langsam und dann immer rasanter beschleunigende Inflation der Jahre 1918 bis 1923 wurde von Historikern und Historikerinnen lange zu den fatalen, die Weimarer Republik destabilisierenden Entwicklungen gerechnet. Dagegen betonten Wirtschaftswissenschaftler die günstigen Auswirkungen der Geldentwertung für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nach dem Krieg und ihre Wiedereingliederung in die Weltwirtschaft. Angesichts der verheerenden sozialen, sozialpsychischen und politischen Folgen des Währungschaos fiel es der historischen Zunft schwer, dieses Argument zu akzeptieren. Inzwischen scheint sich eine vermittelnde Sicht durchzusetzen: Bis zum Beginn der Hyperinflation im Juli 1922 überwogen die günstigen Effekte; dann aber brachte das Währungsversagen Wirtschaft, Staat und Gesellschaft an den Rand des Zusammenbruchs.¹⁷

Die andere Kontroverse entwickelte sich in den 1980er Jahren und betraf wieder, wie dreißig Jahre zuvor der Conze/Bracher-Disput, unmittelbar das Scheitern der Weimarer Republik. Von der Geschichtswissenschaft war Brüning harte Spar- und Deflationspolitik zunächst für sachgerecht und mutig gehalten worden; dann aber hatte sie sich die völlig andere Bewertung der keynesianischen Schule der Wirtschaftswissenschaft zu eigen gemacht, dass diese Politik durch ihre verheerenden prozyklischen Wirkungen Deutschland tiefer in die Wirtschaftskrise gestoßen, viele Menschen in Elend, Verzweiflung und politischen Radikalismus getrieben und so zum Untergang der Republik beigetragen habe.

Ein Konsens schien erreicht, bis 1979 ein anderer Wirtschaftshistoriker, Knut Borchardt, widersprach und in den folgenden Jahren zusammen mit seinen Schülern in zahlreichen Arbeiten die These untermauerte: Wegen der schlechten

17 Vgl. die Literaturnachweise bei Büttner (Anm. 1), S. 561–565; ferner Fred Taylor, *Inflation. Der Untergang des Geldes in der Weimarer Republik und die Geburt eines deutschen Traumas*, München 2013.

Finanzlage des Staates, des überhöhten Lohnniveaus, der Beschränkung der geldpolitischen Souveränität durch die Reparationspflichten, wegen wirtschaftstheoretischer Defizite und der verbreiteten Inflationsfurcht der Deutschen sei Brünnings Politik die einzig mögliche gewesen.¹⁸ Diese Argumentation rief viele Einwände hervor, unter anderem den, dass zeitgenössische Wirtschaftsexperten und sogar Brüning selbst seit der Einführung einer strengen Devisenkontrolle im August 1931 Spielraum für eine antizyklische Finanzpolitik sahen.¹⁹ Der Wirtschaftshistoriker Albrecht Ritschl und andere ließen sich nicht überzeugen. Sie räumen ein, dass die extreme Sparpolitik den Sozialstaat ruinierte und die Verzweifelten den Nationalsozialisten in die Arme trieb; unter dem Young-Plan, dem Reparationsvertrag von 1930, sei sie jedoch unvermeidbar gewesen.²⁰ Das läuft auf die alte Behauptung hinaus, dass die Alliierten an Hitlers Machtübernahme schuld waren.

KRISE DER MODERNE?

Die unvereinbaren Meinungen blieben nebeneinander stehen. Auch andere offene Fragen wurden nicht geklärt; es gab und gibt weiterhin große Wissenslücken, einige sind in meinem Buch von 2008 genannt.²¹ Trotzdem ließ das Forschungsinteresse an der Weimarer Republik nach der „Wende“ von 1989/90 für längere Zeit deutlich nach. Die Situation änderte sich wieder mit dem Erfolg der „neuen Kulturgeschichte“, die am Beispiel Weimars viele Aspekte der Moderne untersucht.

Kultur wird dabei im weitesten Sinn als Gesamtheit der kreativen Leistungen einer Gesellschaft verstanden: Neben den Hervorbringun-

gen der „Hochkultur“ und der „Massenkultur“ umfasst sie auch die intellektuelle, mentale und emotionale Verarbeitung von Erfahrungen, ihre sprachliche und bildhafte Präsentation, Werte, Symbole und Mythen, kurz: die subjektive Wahrnehmung und Deutung von Zeit und Umwelt. Die untersuchten Fragen entsprechen zum Teil der im Anschluss an die französische Annales-Schule entwickelten „Mentalitätsgeschichte“ der 1970er und 1980er Jahre, die das politische Verhalten von sozialen Gruppen zu verstehen versuchte. Ihre Ergebnisse werden jedoch wenig rezipiert. Das mag daran liegen, dass die Mentalitätsgeschichte gerne einzelne Regionen exemplarisch untersuchte, während die „neue Kulturgeschichte“ zum großen Überblick tendiert und sogar den transnationalen Vergleich anstrebt.²² Mit elaborierten Methoden behandelt sie viele neue Themen wie Generationen- und Genderfragen, Raum-, Zeit- und Körperwahrnehmung, die symbolische Vermittlung von Politik, Gedenkrituale und politische Mythen, um nur einige Aspekte zu nennen.

Die historische Forschung neigt dazu, auf der Suche nach der Vorgeschichte und den Voraussetzungen von Entwicklungen immer weiter zurückzugehen. Bei der Analyse subjektiver Faktoren ist das in besonderem Maß der Fall. Schon die Annales-Schule hatte Mentalitäten der „longue durée“, den sehr langsamen, über Epochengrenzen hinwegreichenden Wandlungen von „langer Dauer“, zugerechnet. Arbeiten zur „politischen Sozialgeschichte“ von gesellschaftlichen Gruppen in der Weimarer Epoche setzten deshalb bereits oft mit 1914 ein. Auch von der „neuen Kulturgeschichte“ wird aus ähnlichem Grund die zeitliche Eingrenzung der Weimarer Republik sowohl bei Spezialstudien als auch bei Gesamtdarstellungen zunehmend infrage gestellt.

Meistens wird dann 1914 als Ausgangspunkt gewählt.²³ Der Historiker Anthony McElligott macht die zunehmende Herrschaft des Staates über die Gesellschaft zum Maßstab und hält

18 Literaturnachweis bei Büttner (Anm. 1), S. 661 f., Anm. 87. Auslöser der Debatte war Knut Borchardt, Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre. Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes, in: ders., Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1982, S. 165–182.

19 Vgl. Büttner (Anm. 1), S. 451–454.

20 Vgl. Albrecht Ritschl, Deutschlands Krise und Konjunktur 1924–1934. Binnenkonjunktur, Auslandsverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfersperre, Berlin 2002; ders., Schuldenkrise und Austerität. Die Rolle des Reichswirtschaftsministeriums in der Deflationspolitik 1929–1931, in: Carl-Ludwig Hoffmann (Hrsg.), Das Reichswirtschaftsministerium der Weimarer Republik und seine Vorläufer. Strukturen, Akteure, Handlungsfelder, Berlin–Boston 2016, S. 579–636.

21 Vgl. Büttner (wie Anm. 1), S. 15 ff.

22 Vgl. etwa Michael Schäfer, Bürgertum in der Krise. Städtische Mittelklassen in Edinburgh und Leipzig 1890–1930, Göttingen 2003; Moritz Föllmer, Die Verteidigung der bürgerlichen Nation. Industrielle und hohe Beamte in Deutschland und Frankreich 1900–1930, Göttingen 2002; Sonja Levsen, Elite, Männlichkeit und Krieg. Tübinger und Cambridger Studenten 1900–1929, Göttingen 2005.

23 Vgl. etwa Matthew Stibbe, Germany, 1914–1933. Politics, Society and Culture, Harlow u. a. 2010.

1916 und 1936 für wichtigere Einschnitte als 1918 und 1933. Andere Autoren sehen im Hinblick auf die Entwicklung der Moderne die entscheidenden Zäsuren um 1890 oder 1870.²⁴ Diese neuen Grenzmarken verdecken die Bedeutung der Demokratiegründung und lassen die Weimarer Republik in der „Zwischenkriegszeit“ oder im „Katastrophenzeitalter“²⁵ oder in einem neuen „dreißigjährigen Krieg“²⁶ verschwinden. Das widerspricht der Forderung, die sich in der Geschichtswissenschaft seit den 1990er Jahren zumindest theoretisch weitgehend durchgesetzt hat, dass die erste deutsche Demokratie nicht nur vom Ende her unter dem Aspekt des Scheiterns gesehen werden dürfe, sondern als eine Epoche von eigenem Wert behandelt werden müsse.²⁷ So sehr die Auswirkungen des ersten „totalen“, die gesamte Gesellschaft erfassenden Kriegs die Weimarer Republik belasteten, sollte der politische Umbruch von 1918/19 nicht unterschätzt werden.

Die „neue Kulturgeschichte“ bezieht sich bei ihren Weimar-Arbeiten sehr stark auf Detlev Peukerts Synthese von 1987. Er erprobte darin die Methode der „historischen Anthropologie“,²⁸ die auch die „neue Kulturgeschichte“ beeinflusste, und wirkte dadurch besonders anregend. Die Geschichte der Weimarer Republik deutete er als „Krisenjahre der klassischen Moderne“.²⁹ Vor ihm hatten schon andere Historiker wie Thomas Nipperdey vorgeschlagen, den Faschismus als extreme Reaktion auf eine „Mo-

dernisierungskrise“ und eine „Modernitätskrise“ zu erklären, als Protest gegen die Verunsicherung traditioneller Vorstellungen durch die schnelle ökonomisch-technische und soziale Modernisierung, verbunden mit einer grundsätzlichen Aversion gegen die Moderne überhaupt.³⁰ Peukert betonte demgegenüber das „Doppelgesicht der Moderne“, ihre kreativen und destruktiven Potenziale, und gewann dadurch die Möglichkeit, neben den negativen auch die positiven Aspekte der Geschichte Weimars zu beachten. Tatsächlich dominierten in seiner Darstellung jedoch die krisenhaften Züge und der Blick auf das Ende der Republik.

Diese Perspektive wird in vielen kulturgeschichtlichen Detailstudien geteilt. Seit einiger Zeit gibt es aber Widerspruch: Der Haupteinwand richtet sich gegen das Krisen-Narrativ. Damit werde ein in der Zeit allgegenwärtiger Begriff als Leitfrage für die Untersuchung der Weimarer Republik übernommen und übersehen, dass er nicht die Situation selbst, sondern ihre Wahrnehmung und Deutung vor dem Hintergrund eines „enormen Erwartungsüberschusses“ bezeichnete. Außerdem sei „Krise“ zeitgenössisch als eine Problemlage mit offenem Ausgang verstanden worden.³¹

Andere halten deshalb die Beschreibung Weimars als „Laboratorium der Moderne“ für zutreffender.³² Doch diese Metapher passt vor allem für die sozialen und kulturellen Utopien der Gegner, während die Anhänger der Republik keine Experimente im Sinn hatten, sondern die in deutschen Staatsvorstellungen seit Langem vorbereitete liberale Demokratie verwirklichen wollten. Kürzlich hat der Germanist Helmuth Kiesel auch Peukerts Übertragung des Namens „Klassische Moderne“ von der Kunstgeschichte auf die allgemeine Geschichte der Weimarer Republik kritisiert: „Klassisch“ bedeute Höhepunkt, mustergültige Realisierung, und wenn zur „Moderne“ auch die breite Partizipation einer informierten Bevölkerung gehö-

24 Vgl. McElligott (Anm. 10); für die Zäsuren im 19. Jahrhundert z. B. Bergien (Anm. 15); Ulrich Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014.

25 So die Überschrift des ersten Teils über die Jahre 1914–1945 in: Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München u. a. 1997⁵.

26 Jörn Leonhard, *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*, München 2014, S. 10.

27 Diese Erkenntnis spiegelt sich in den Titeln der Gesamtdarstellungen der Weimarer Republik wider, die seit der Mitte der 1990er Jahre auf charakterisierende Ergänzungen wie „unvollendete Demokratie“ (Horst Möller), „improvisierte Demokratie“ (Theodor Eschenburg), „Belagerte Civitas“ (Michael Stürmer) o. Ä. verzichten. Im Titel meines Buches (Anm. 1) wird zwar das Scheitern angedeutet („überforderte Republik“), aber im Untertitel betont, dass es genauso um „Leistung“ wie um „Versagen“ geht.

28 Vgl. Detlev J. K. Peukert, *Neuere Alltagsgeschichte und Historische Anthropologie*, in: Hans Süssmuth (Hrsg.), *Historische Anthropologie. Der Mensch in der Geschichte*, Göttingen 1984, S. 57–72.

29 Vgl. Anm. 1.

30 Thomas Nipperdey, *Probleme der Modernisierung in Deutschland*, in: ders., *Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays*, München 1986 (1979), S. 44–59.

31 Vgl. Moritz Föllmer/Rüdiger Graf/Per Leo, *Die Kultur der Krise in der Weimarer Republik*, in: dies. (Hrsg.), *Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters*, Frankfurt/M. u. a. 2005, S. 9–41, Zitat S. 29.

32 Zuerst Peter Fritzsche, *Did Weimar Fail?*, in: *Journal of Modern History* 3/1996, S. 629–656, insb. S. 631.

re, dann habe sie in der Weimarer Zeit gerade erst begonnen.³³

NEUE POSITIVE DEUTUNGEN

Inzwischen zeigt sich eine Tendenz, die Betrachtung der Weimarer Republik vom Ende her unter dem Aspekt der Krise und des Scheiterns nicht nur theoretisch zu verwerfen, sondern ihre Chancen und gelungenen Anstrengungen durch empirische Arbeiten zu belegen. Die 2016 in Jena errichtete Forschungsstelle Weimarer Republik hat sich in besonderer Weise diesem Bemühen verschrieben.

Nur wenige Ergebnisse können hier erwähnt werden: Die Rede von der „Demokratie ohne Demokraten“ oder „Republik ohne Republikaner“ erweist sich als falsch. Die neue Ordnung wurzelte in einer demokratischen Tradition; es gab 1918/19 eine verbreitete demokratische Aufbruchstimmung,³⁴ die sich bei der Wahl zur Nationalversammlung in einer Dreiviertelmehrheit für die republikanischen Parteien niederschlug, und auch 1930 fand das parlamentarische Regierungssystem noch genügend Unterstützung. Die Republik schuf sich Symbole und Riten der Zustimmung³⁵ sowie wirkungsvolle Instrumente der Gegenwehr gegen ihre inneren Feinde.³⁶ Hinter der im Reichstagsplenarium zur Schau getragenen scharfen Gegnerschaft gab es in Ausschüssen und bei persönlichen Kontakten zeitweise Ansätze zu parteiübergreifender Integration und zur Verwandlung der Deutschnationalen Volkspartei in eine verfassungsloyale konservative Partei.³⁷ Überhaupt nahm der Re-

publikanismus aus Vernunft zu, der nicht für minderwertig gehalten werden sollte.³⁸ Diskursanalysen haben die semantische Offenheit von Begriffen wie „Führer“ und „Volksgemeinschaft“ erwiesen, die keineswegs nur im rechten Lager zu Hause waren.³⁹ Finanz- und wirtschaftspolitische Projekte wie die Erzbergerische Finanzreform waren von dem Ziel geleitet, durch ökonomische Absicherung Freiheit zu ermöglichen und eine soziale Demokratie zu schaffen.⁴⁰

FAZIT UND EINE ERKLÄRUNG FÜR WEIMARS ENDE

Durch die intensive Forschung wird das Bild der Weimarer Republik immer differenzierter. Die widersprüchlichen Entwicklungen in der „gespaltenen Republik“ werden noch deutlicher; aber das stellt sich nicht mehr nur als Schwäche dar, sondern lässt Chancen aufscheinen. Bei jeder neuen Sondierung tauchen auch neue Fragen auf, sodass es wenig Sinn ergibt, Desiderata aufzulisten. Nachdem die Kulturgeschichte eine Zeitlang die Forschung dominiert hat, gibt es Anzeichen, dass sich auch die Politik- und Rechtsgeschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte wieder stärker Weimar zuwenden. Biografien, die zur Zeit der Hegemonie der „Strukturgeschichte“ fast verpönt waren, boomen; prominente und weniger prominente Menschen aus den verschiedensten Bereichen, darunter zunehmend auch Frauen, finden Interesse.

33 Vgl. Helmuth Kiesel, *Geschichte der deutschsprachigen Literatur 1918 bis 1933*, München 2017, S. 88.

34 Vgl. Manuela Achilles, *Reforming the Reich. Democratic Symbols and Rituals in the Weimar Republic*, in: Canning/Brandt/McGuire (Anm. 15), S. 175–190, insb. S. 175f.; Weinhauer/McElligott/Heinsohn (Anm. 14), S. 19.

35 Vgl. Achilles (Anm. 34); Nadine Rossol, *Performing the Nation in Interwar Germany. Sport, Spectacle and Political Symbolism, 1926–36*, Houndmills u.a. 2010; dies., *Weltkrieg und Verfassung als Gründungserzählungen der Republik*, in: APuZ 50/2008, S. 13–18.

36 Vgl. Michael Dreyer, *Weimar als wehrhafte Demokratie – ein unterschätztes Vorbild*, in: Friedrich-Ebert-Stiftung/Landesbüro Thüringen (Hrsg.), *Die Weimarer Verfassung. Wert und Wirkung für die Demokratie*, Erfurt 2009, S. 161–189.

37 Vgl. Thomas Mergel, *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf 2002; Philipp Nielsen, *Verantwor-*

tung und Kompromiss. Die Deutschnationalen auf der Suche nach einer konservativen Demokratie, in: Tim B. Müller/Adam Tooze (Hrsg.), *Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2015, S. 294–314.

38 Vgl. Andreas Wirsching (Hrsg.), *Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Politik, Literatur, Wissenschaft*, Stuttgart 2008.

39 Vgl. Thomas Mergel, *Führer, Volksgemeinschaft und Maschine*, in: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.), *Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939*, Göttingen 2005, S. 91–127, insb. S. 98, S. 106; Michael Wildt, *Die Ungleichheit des Volkes. „Volksgemeinschaft“ in der politischen Kommunikation der Weimarer Republik*, in: ders./Frank Bajohr (Hrsg.), *Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus*, Frankfurt/M. 2009, S. 24–40.

40 Vgl. Tim B. Müller, *Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien*, Hamburg 2014; ders., *Demokratie, Kultur und Wirtschaft in der deutschen Republik*, in: Müller/Tooze (Anm. 37), S. 259–293.

Eine Integration der verschiedenen Forschungsansätze zu einer neuen Gesamtdarstellung ist nicht in Sicht. In politik- und sozialgeschichtlich orientierten Studien wird die „neue Kulturgeschichte“ meistens nur marginal behandelt, und bei Arbeiten dieser Forschungsrichtung kommen Staat, Wirtschaft und Soziales zu kurz.⁴¹

Je stärker die günstigen Entwicklungen und unter äußerst schwierigen Bedingungen vollbrachten Leistungen der Weimarer Demokratie herausgearbeitet werden, desto brisanter wird erneut die Frage, warum sie dennoch nach 14 Jahren unterging. Ein Vergleich der schweren Krisen von 1923 und 1931/32 kann bei der Beantwortung helfen.⁴² Auf dem Höhepunkt der Hyperinflation 1923 war die Lage in Deutschland eher noch gefährlicher als in der Endphase der Republik: Der Zusammenbruch der Währung hatte zu weitgehender wirtschaftlicher Lähmung geführt. Hohe Arbeitslosigkeit, schwere Nachteile für ländliche und städtische Mittelschichten bis zur Existenzvernichtung, krasse Not weiter Bevölkerungskreise, Massenstreiks, Straßenkämpfe, Hungerkrawalle, separatistische Bestrebungen an den Rändern des Reichs waren die Folge. Links- und Rechtsextremisten versuchten den gewaltsamen Staatsumsturz. Aber 1923 beachtete die Reichsregierung die verzweifelte Stimmung und entschloss sich im letzten Augenblick zu einem radikalen Politikwechsel. Der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert sicherte diesen mit seinen Notstandsvollmachten ab; doch er setzte sie nur vorübergehend zur Überwindung der aktuellen Notsituation ein, im Sinne der Verfassung und nicht gegen sie.⁴³

Sein Nachfolger Paul von Hindenburg handelte in der Weltwirtschaftskrise ab 1930 ganz anders: Er nutzte den Artikel 48 der Verfassung, um die stärkste Partei, die SPD, von der Regierung fernzuhalten und einem nur von ihm abhängigen Reichskanzler die Möglichkeit zu geben, ohne Rücksicht auf das Parlament und die wachsende Verelendung und Radikalisierung der Gesellschaft eine rigorose, krisenverschär-

fende Sparpolitik durchzuhalten. Das Ziel war die Revision des Versailler Vertrags und der Weimarer Verfassung.⁴⁴ Es war eine antidemokratische Politik, ein „Staatsstreich auf Raten“.⁴⁵ Strukturprobleme, Belastungen durch Krieg und Niederlage, schwere aktuelle Krisen, mentale Prägungen, das alles trug zur schwierigen Situation am Ende der Weimarer Republik bei. Den letzten Ausschlag, dass die Krise in die Katastrophe mündete, gaben aber konkrete politische Entscheidungen.

41 Ein Beispiel ist Eric Weitz, *Weimar Germany. Promise and Tragedy*, Princeton 2007.

42 Siehe auch schon Gerald D. Feldman, *The Great Disorder. Politics, Economics, and Society in the German Inflation, 1914–1924*, New York–Oxford 1993, S. 698.

43 Walter Mühlhausen, *Friedrich Ebert*, Bonn 2017, S. 119f.

44 Vgl. Büttner (Anm. 1), S. 438, S. 461f.

45 Dreyer (Anm. 36), S. 184.

URSULA BÜTTNER

ist Historikerin und war bis 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg und Professorin an der Universität Hamburg.

ursula-buettner@gmx.de

GUSTAV STRESEMANN UND DIE PERSPEKTIVE DER ANDEREN

Andreas Rödder

„Weimars größter Staatsmann“⁰¹ war lange ein Rätsel. Wie konnte es sein, dass ein glühender Nationalist aus der Zeit vor 1918 zum europäischen Verständigungspolitiker, zur unerfüllten Hoffnung der deutschen Außenpolitik der Zwischenkriegszeit wurde?

Zunächst war Gustav Stresemann, 1878 in Berlin geboren, in vielerlei Hinsicht ein echter Liberaler der wilhelminischen Ära, und zwar sowohl Nationalliberaler als auch linksliberaler Freisinniger.⁰² Als Student trat er 1897 nicht einer der zunehmend antisemitischen traditionellen Burschenschaften bei, sondern der Reformburschenschaft „Neogermania“. Damit waren die Vorzeichen bereits gesetzt, denn die Reformburschenschaften vertraten einerseits eine positive Einstellung gegenüber dem liberalen Erbe von 1848 und bekannten sich andererseits zum nationalen Machtstaat. Als Syndikus des Verbands Sächsischer Industrieller war Stresemann später ein Wirtschaftslobbyist, der zugleich im Sinne Friedrich Naumanns für sozialen Fortschritt ohne Klassenkampf und einen sozialpolitisch orientierten Liberalismus eintrat. Zugrunde lag diesen Verortungen eine grundsätzlich optimistische Weltsicht Stresemanns, die sich mit Kompromissfähigkeit und einer Tendenz zur Mitte verband.

SOZIALLIBERALISMUS, WELTPOLITIK UND ANNEXIONISMUS

1907 zog Stresemann als damals jüngster Parlamentarier für die Nationalliberale Partei in den Deutschen Reichstag ein, wo er bald seine außergewöhnliche rednerische Begabung unter Beweis stellte. Der nationale Liberalismus, den er vertrat, stand für einen Dreiklang aus innenpolitischen Reformen, darunter die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts und eine Parlamentarisierung des politischen Systems, einer weltwirtschaftli-

chen Orientierung und einer deutschen Weltpolitik, die auf eine verstärkte Flotten-, Wehr- und Kolonialpolitik setzte.

1914 war Stresemann wie so viele seiner Landsleute überzeugt, dass Deutschland ein Verteidigungskrieg aufgezwungen worden sei, und im Laufe des Kriegs radikalisierte auch er seine Auffassungen: England galt als der Hauptfeind, und Stresemann plädierte für einen uneingeschränkten U-Boot-Krieg. Bis 1918 forderte er einen deutschen Siegfrieden mit umfangreichen Gebietsgewinnen. Die Kriegsniederlage im November 1918 stellte daher auch für Stresemann eine traumatische Enttäuschung dar. Während weite Teile der deutschen Öffentlichkeit sich jedoch ganz im Habitus des Opfers ergingen und versuchten, Verantwortung abzuwehren – Dolchstoßlegenden, wie sie vor allem Militärs verbreiteten, beschuldigten Parlament und Zivilisten, Sozialisten, Gewerkschaften und Juden, die Kampfkraft der eigentlich siegesgewissen Armee von der Heimat aus untergraben zu haben⁰³ –, erwies sich Stresemann als Realist. Er sei und bleibe Monarchist, erklärte er 1919, aber er akzeptierte die Republik als Status quo, zumal er mit dem parlamentarischen System schon immer sympathisiert hatte. Es gehe nicht mehr um die Unterscheidung „hier theoretische Republikaner, dort theoretische Monarchisten“, sondern um den Gegensatz „Staatsbejahung oder Staatszerstörung“.⁰⁴

Bei den Parteien der Weimarer Koalition – der SPD, der katholischen Zentrumspartei und der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) – war Stresemann allerdings als Annexionist in Verruf. So scheiterte auch die Wiedervereinigung des deutschen Liberalismus, der sich über den preußischen Verfassungskonflikt und Bismarcks Sieg im Deutschen Krieg von 1866 gespalten hatte. Neben der DDP entstand daher in der Nachfolge der Nationalliberalen mit der Deutschen Volkspartei wieder eine rechtsliberale Partei,

die Stresemann unter seiner Führung als „rechte Mittelpartei“ positionierte und die zwischen 1920 und 1930 zu einer tragenden Säule der parlamentarischen Regierungen wurde. Und das galt ab 1923 auch und gerade für Stresemann persönlich.

ARTIKEL 231 UND DER WILLE ZUR REVISION

Die Pariser Friedenskonferenz von 1919/20 war mit einer so großen Fülle von Problemen und unterschiedlichen Vorstellungen konfrontiert, dass ihr Ergebnis nur ein Kompromiss sein konnte. Allerdings begründete der Friede keine für alle Seiten akzeptable und somit tragfähige Ordnung, wie es mit dem Westfälischen Frieden von 1648 oder dem Wiener Kongress 1815 geglückt war.

Das Deutsche Reich wurde territorial, militärisch und ökonomisch erheblich geschwächt. Es verlor knapp ein Siebtel seines Gebietes an Frankreich, Belgien, Dänemark, Polen und Litauen, die Kohlengruben an der Saar wurden Frankreich unterstellt, das Deutsche Reich musste seine Kolonien abgeben, und es wurde militärisch bestenfalls auf den Status einer Mittelmacht gestutzt, indem sein Heer auf 100 000 Mann reduziert – 1918 hatten 4,5 Millionen deutsche Soldaten unter Waffen gestanden –, die Flotte kassiert und eine Luftwaffe verboten wurde. Das Rheinland und die rechtsrheinischen Brückenköpfe wurden auf bis zu 15 Jahre besetzt, und Deutschland wurde verpflichtet, Reparationen für die entstandenen Kriegsschäden zu zahlen. Eine Gesamtsumme wurde in Versailles noch nicht festgesetzt, aber in den mittleren 1920er Jahren bewegten sich die Reparationsverpflichtungen in einer Größenordnung zwischen 10 und 15 Prozent des Reichshaushalts (dieser Anteil entspräche 2018 zwischen 33 und 50 Milliarden Euro) – jährlich, mit unabsehbarem Ende.⁰⁵

01 Jonathan Wright, *Gustav Stresemann. Weimar's Greatest Statesman*, Oxford 2002.

02 Vgl. hier und im Folgenden Eberhard Kolb, *Gustav Stresemann*, München 2003, S. 18–75.

03 Vgl. Boris Barth, *Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914–1933*, Düsseldorf 2003; Gerd Krumeich, *Die Dolchstoß-Legende*, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hrsg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, Bd. 1, München 2001, S. 585–599.

04 Zit. nach Kolb (Anm. 2), S. 73, das folgende Zitat S. 71.

05 Vgl. Statistisches Reichsamt (Hrsg.), *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich* 45 (1926), S. 411 und 50 (1931), S. 448.

Zugleich blieben jedoch nicht nur das Deutsche Reich an sich, sondern auch seine ökonomischen, technologischen und geopolitischen Machtpotenziale grundsätzlich erhalten. Zudem war der „eiserne Ring“ um Deutschland, den die wilhelminische Reichsleitung so sehr gefürchtet hatte und den sie in der Julikrise 1914 hatte sprengen wollen, durch die Revolution in Russland tatsächlich zerbrochen. Frankreich war durch den Krieg geschwächt, die USA zogen sich aus Europa zurück, und in Ostmittel- und Südosteuropa tat sich ein Raum neuer deutscher Einflussmöglichkeiten auf. Alles in allem hatte Deutschland „aktuell seine Großmachtposition verloren, sie potentiell aber behalten“ – und mehr noch: Nie zuvor hatte, jedenfalls lässt sich dies aus der Rückschau in der Vogelperspektive erkennen, „eine größere Chance bestanden (...), ein von der deutschen Großmacht geführtes ‚Mitteleuropa‘ zu schaffen“.⁰⁶

Die Lage war für Deutschland besser, als die Zeitgenossinnen und Zeitgenossen sie sahen. Doch in großer Breite konnten und wollten sich die Deutschen mit der Niederlage nicht abfinden; der einzige grundsätzliche Konsens innerhalb der Weimarer Republik lag im Willen zur Revision des demütigenden „Diktatfriedens“ und seines „Schmachparagrafen“, des Artikels 231, der Deutschland die Schuld am Kriege auferlegte.

Die Frage war nur, wie dies geschehen solle. Und da begann schon wieder der Dissens: Sollte Deutschland die Bedingungen erfüllen und auf dieser Grundlage schrittweise eine friedliche Revision anstreben, oder sollte es auf eine Politik der Konfrontation setzen? Dahinter stand ein strukturelles Problem: Die Pariser Friedensordnung hatte den europäischen Kontinent, wie es der britische Staatssekretär Robert Vansittart formulierte, in „haves“ und „have-nots“ geteilt,⁰⁷ in Status-quo- und Revisionsmächte. Und die grundlegende Frage war, was Deutschland betraf, ob die Revision der Friedensbedingungen von Versailles und ein Wiederaufstieg

06 Andreas Hillgruber, „Revisionismus“ – Kontinuität und Wandel in der Außenpolitik der Weimarer Republik, in: *Historische Zeitschrift* 237/1983, S. 597–621, hier S. 600.

07 Robert Vansittart, *An Aspect in International Relations in 1930*, 1.5. 1930, *Documents on British Foreign Politics, Series IA*, Bd. 7, S. 834–852, hier S. 850, S. 835.

Deutschlands zu einer gleichberechtigten europäischen Großmacht möglich sein würden, ohne die Ordnung von Paris zu zerstören. Das zentrale Problem lag darin, dass die Schwächung Deutschlands durch den Versailler Vertrag für Frankreich die Garantie der eigenen Sicherheit darstellte, für Deutschland hingegen das Objekt der Revision.

Aus ebendiesem Grunde wurde sogar Frankreich selbst bald nach 1919 zu einer Revisionsmacht, freilich in ganz anderer Richtung als Deutschland. Auf französischer Seite war die Niederlage von 1870/71 gegen Preußen-Deutschland ein Trauma. Denn der Nachbar im Osten, den man bis dahin eher für rückständig und in jeder Hinsicht unterlegen gehalten hatte, erwies sich plötzlich als militärisch überlegen. Und dann stieg Deutschland im späten 19. Jahrhundert auch noch zum ökonomischen und technologischen *powerhouse* in Europa auf, dessen Bevölkerung – welch ein Unterschied zum 21. Jahrhundert – rapide wuchs, während die französische beinahe stagnierte.

Sicherheit vor Deutschland wurde daher zur obersten Maxime Frankreichs, vor allem nach dem Ersten Weltkrieg, den Frankreich ohne seine Alliierten ebenfalls verloren hätte. Daher zielten die französischen Nachkriegsplanungen auf eine substantielle Schwächung Deutschlands, vor allem seiner Schwerindustrie. Bald nach der Unterzeichnung des Vertrags von Versailles musste Frankreich allerdings erkennen, dass diese Sicherheit nicht hinreichend gewährleistet war, zumal der Senat der USA die Ratifizierung des Vertrags verweigerte. Frankreich war, so die bedrohliche Perspektive, wieder allein mit einem Deutschland, dessen Krallen eben nicht ein für alle Mal beschnitten waren, wie es der Journalist und Historiker Jacques Bainville gefordert hatte.⁰⁸

ZWEITE DEUTSCHE KAPITULATION

Anfang der 1920er Jahre, zugespitzt im Jahr 1922, gewannen die Pariser Verantwortlichen vielmehr den Eindruck, dass sich das Deutsche Reich seinen Verpflichtungen entzog. Die Reichsregierung erklärte, sie könne auf Jahre hin keine Reparatio-

nen zahlen.⁰⁹ Vor diesem Hintergrund entschied der französische Ministerpräsident und Außenminister Raymond Poincaré, auf eigene Faust zu handeln. Deutsche Lieferrückstände für Reparationsleistungen dienten als Rechtfertigung, um am 11. Januar 1923 mit französischen und belgischen Truppen das Ruhrgebiet, die Herzkammer der deutschen Schwerindustrie, zu besetzen.

Der Krieg flammte wieder auf, diesmal auf deutschem Territorium. Die deutsche Seite reagierte mit dem sogenannten passiven Widerstand, die französische mit harten Gegenmaßnahmen. Über Monate herrschte ein erbittertes Patt, doch Deutschland saß am kürzeren Hebel. Am 12. August 1923 musste Reichskanzler Wilhelm Cuno zurücktreten, der einem Kabinett von parteilosen Experten vorgestanden hatte. Tags darauf wurde Gustav Stresemann zu seinem Nachfolger ernannt – für ein politisches Himmelfahrtskommando. Da die französische Regierung jegliche Verhandlungen verweigerte, solange der passive Widerstand andauerte, blieb Stresemann nichts anderes übrig, als am 26. September 1923 dessen Abbruch und damit die zweite deutsche Kapitulation vor Frankreich innerhalb von fünf Jahren zu erklären.

Poincaré sah sich kurz vor dem Ziel – und machte einen folgenreichen Fehler: Als die Reichsregierung am 24. Oktober 1923 bei der alliierten Reparationskommission den Antrag stellte, die deutsche Zahlungsfähigkeit zu überprüfen, stellte Poincaré sich eine große internationale Konferenz über alle ungelösten Probleme vor, auf der Frankreich aus der Position des Stärkeren heraus seine Vorstellungen durchsetzen könne. Deutschland hatte aber mit der Einstellung des passiven Widerstands nach britischer und US-amerikanischer Auffassung seine Bringschuld erbracht, während die französische Unnachgiebigkeit einen Umschwung der Sympathien zu deutschen Gunsten herbeiführte:¹⁰ Der Dawes-Plan, der 1924 aus dem Antrag der Reichsregierung hervorging, war der erste internationale Versuch, den Versailler Vertrag so zu gestalten, dass er für Deutschland tragbar wurde. Eine amerikanische Anleihe schob einen wirtschaftlichen Auf-

⁰⁸ Vgl. Jacques Bainville, *Geschichten zweier Völker*, Bremen 1985, S. 54f.

⁰⁹ Hermann J. Rupieper, *The Cuno Government and Reparations 1922–1923*, Den Haag 1979, S. 24.

¹⁰ Vgl. Thomas Witteck, *Auf ewig Feind? Das Deutschlandbild in den britischen Massenmedien nach dem Ersten Weltkrieg*, München 2005, S. 272f.

schwung an; wenn es so etwas wie die „goldenen Zwanziger“ gab, dann in den Jahren nach 1924. Jedenfalls hatte Deutschland Mitte der 1920er Jahre seine politische Position in Europa substantiell verbessert.

Mit den Verträgen von Locarno, die auf Initiative Gustav Stresemanns als mittlerweile Außenminister ausgehandelt wurden, garantierten sich Deutschland und Frankreich (und Belgien) im Oktober 1925 gegenseitig den Status quo am Rhein. In der Sache änderte Locarno nichts und schrieb vielmehr Bestimmungen von Versailles sogar noch einmal freiwillig fest. Dafür verzichtete Frankreich aber auf die Möglichkeit militärischer Strafaktionen wie die der Ruhrbesetzung von 1923. Als vertrauensbildende Maßnahme war Locarno vor allem eine Investition in *soft power*, deren Ertrag in Form von weiteren Revisionen erwartet wurde. Als Deutschland 1926 in den Völkerbund aufgenommen wurde, gehörte es zu den drei großen europäischen Mächten. Im selben Jahr erhielt Stresemann gemeinsam mit seinem französischen Amtskollegen Aristide Briand den Friedensnobelpreis – jener Gustav Stresemann, der im Ersten Weltkrieg als Anhänger eines extremen Annexionsfriedens aufgetreten war. So drängt sich die Frage auf: Wie stand es um das Verhältnis von Revisionismus und Verständigung?

ZWISCHEN REVISIONISMUS UND VERSTÄNDIGUNG

Stresemanns Revisionsagenda umfasste eine Lösung der Reparationsfrage, die Überwindung der einseitigen deutschen Abrüstung sowie die Interessenvertretung für zehn bis zwölf Millionen Deutsche, die nach 1919 außerhalb des Deutschen Reichs lebten. Hinzu kam, anders als im Falle Elsass-Lothringens, das Ziel einer friedlichen Revision („nur eine solche kommt für uns in Betracht“) der Ostgrenzen. Dabei ging es Stresemann nicht darum, den Status quo von 1914 wiederherzustellen, sondern die deutschsprachigen Gebiete in Pommern, also den sogenannten Korridor, in Posen und Oberschlesien wiederzugewinnen. Die überwiegend polnischsprachigen Teile, die 1919 abgetreten worden waren, vor allem in der Provinz Posen, insgesamt wohl etwas weniger als die Hälfte der nach dem Krieg abgetretenen Gebiete, sollten bei Polen verbleiben. Als Fernziele kamen schließlich

der Anschluss Österreichs und der Rückgewinn der Kolonien hinzu.¹¹

Diese Zielstellung war für Weimarer Verhältnisse nichts Besonderes.¹² Die Besonderheit Stresemanns machte etwas anderes aus: Er ging nicht ausschließlich von den deutschen Ansprüchen aus, sondern er bezog die Perspektive der Anderen ein. Frankreich war für ihn nicht nur der übelwollende Erzfeind – auch wenn er einmal vom „Würger“ sprach, den man „vom Halse haben“ müsse¹³ –, sondern ein Nachbar mit einem überragenden Bedürfnis nach Sicherheit gegenüber dem potenziell immer noch (oder bald schon wieder) übermächtigen Deutschland. Das unterschied ihn von jener „rücksichtslosen Missachtung“ der Anderen, die der britische Diplomat Eyre Crowe in einem langen Memorandum 1907 analysiert hatte,¹⁴ und von jener Kultur der Unbedingtheit, die in Deutschland gang und gäbe war und die Stresemann selbst beklagte: „Ich habe die Empfindung, daß wir Deutsche zu wenig oder kein Verständnis haben für das, was der Franzose die schöne Geste nennt. Das ist uns überhaupt nicht eigen, und das schadet uns außenpolitisch ganz ungemein. Wir können nicht höflich und lebenswürdig sein, ohne im eigenen Volk sofort angegrobt zu werden. Wir können nicht Weltpolitik treiben mit der Idee: es soll sich keiner mit den Kerlen irgendwie zusammensetzen.“¹⁵

Stresemann bemühte sich stattdessen, das Ziel der Revision von Versailles mit einer „großzügigen Politik“ der „vernünftigen Verständigung“¹⁶ zu er-

11 Vgl. Gustav Stresemann an die deutsche Botschaft in London, 19.4.1926, Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP), Serie B, Bd. 2, 1, Dok. 150, S. 363–376, Zitat S. 363 sowie die Karte im Anhang zu diesem Band; Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dirksen vom 29.12.1925, ADAP Serie B, Bd. 2, 1, Dok. 21, S. 72f.; siehe auch Hillgruber (Anm. 6), S. 604, S. 609; Wright (Anm. 1), S. 324–329.

12 Vgl. z.B. Oberst von Stülpnagel an den Vortragenden Legationsrat von Bülow, 6.3.1926, ADAP Serie B, Bd. 1, 1, Dok. 144, S. 343.

13 Gustav Stresemann an Kronprinz Wilhelm, 7.9.1925, in: Henry Bernhard, Gustav Stresemann. Vermächtnis, Bd. 2: Locarno und Genf, Berlin 1932, S. 553ff., hier S. 555.

14 Eyre Crowe, Memorandum on the Present State of British Relations with France and Germany, 1.1.1907, British Documents on the Origins of War 1898–1914, Bd. 3, S. 402–406.

15 Gustav Stresemann, Rede vor dem Zentralvorstand der DVP, 22.11.1925, in: Wolfgang Elz (Bearb.), Stresemann-Reden 1925, www.geschichte.uni-mainz.de/neuestegegeschichte/Dateien/Text_1925.pdf, S. 399.

16 Ders., Rede vor Studenten in Dresden, 31.1.1926, in: Wolfgang Elz (Bearb.), Stresemann-Reden 1926, www.geschichte.uni-mainz.de/neuestegegeschichte/Dateien/Text_1926.pdf, S. 25 (erstes Zitat); Rede auf dem Parteitag der DVP in Köln, 2.10.1926, in: ebd., S. 319 (zweites Zitat).

reichen, die deutsche Interessen mit europäischen Rücksichten in Einklang zu bringen versuchte. Allerdings blieb dieses Verhältnis ungleichgewichtig. Denn die Konzilianz gegenüber Frankreich galt in dieser Form nicht gegenüber Polen. Zu einem Ost-Locarno war Stresemann nicht bereit, wobei die Verhältnisse dort auch deutlich komplizierter lagen, zumal die Verantwortlichen des neu gegründeten polnischen Staates ihrerseits alles andere als kompromissbereit auftraten. Die Revision der deutsch-polnischen Grenze, deren „Ungerechtigkeit und Unhaltbarkeit“ für Stresemann außer Frage stand, ließ sich nach seiner Auffassung nur mit wirtschaftlichem Druck erreichen.¹⁷

„GESAMTLÖSUNG ALLER FRAGEN“?

Die strategischen Möglichkeiten, aber auch die kurzfristigen Grenzen der Verständigungspolitik offenbarten sich am 17. September 1926 im französisch-schweizerischen Grenzort Thoiry. Dort trafen Stresemann und Briand am Rande der Genfer Tagung des Völkerbundes, auf der Deutschland in den Völkerbund aufgenommen wurde, in einem kleinen Landgasthof zusammen. Und worüber sie sprachen, drei Jahre nach der Kapitulation im Ruhrkampf, war eine Sensation: eine „Gesamtlösung aller Fragen, die zwischen Deutschland und Frankreich ständen“, wie Stresemann noch am selben Abend unmittelbar nach der Besprechung notierte.¹⁸

Keine Teillösungen, sondern die Rückgabe des Saargebietes und die „Aufhebung der gesamten Rheinlandbesetzung“, das war Briands Angebot. Dafür erwartete er wirtschaftliche Unterstützung von deutscher Seite, denn 1926 war Frankreich in eine tiefe Krise geraten, und die Kräfteverhältnisse drehten sich wieder um. Stresemann und Briand überlegten, wie das Deutsche Reich Reparationszahlungen auf Vorschuss leisten könne, und sie erwogen, dass Deutschland die Kohlegruben an der Saar vorzeitig von Frankreich zurückkaufen könne.

Aber die beiden hatten die Rechnung im Gasthaus von Thoiry ohne die Wirte gemacht. Die finanztechnischen Modalitäten waren nicht praktikabel, Vorbehalte kamen aus Washington und London und vor allem aus Berlin und Paris. Öffentlich desavouierte Ministerpräsident Poincaré die Versuche Briands, Vertrauen gegenüber Deutschland zu bilden, indem er abermals „die Verantwortung der Reichsregierung für den Krieg“ und die Notwendigkeit der Entwaffnung des Deutschen Reichs betonte.¹⁹ Vor diesem Hintergrund berichtete Briand der französischen Regierung über das Gespräch von Thoiry – so der Eindruck des deutschen Botschafters in Paris – „sagen wir, nur mit größter Vorsicht“.²⁰

So verlief der Plan einer friedlichen, auf gegenseitiger Großzügigkeit beruhenden Gesamtlösung ergebnislos im Sande. Thoiry war „zuerst eine Sensation, dann eine Hoffnung und zum Schluss eine Enttäuschung“.²¹ Auf beiden Seiten fehlte die Basis in der politischen Kultur. Stresemann wiederum hatte sein Konzept, mit wirtschaftlicher Macht – „dem Einzigem“, wie er einmal formuliert hatte, „womit wir noch Großmacht sind“²² – Politik zu treiben und Deutschland im Einvernehmen mit den anderen Mächten wieder zu einer europäischen Großmacht zu machen, nicht zum Erfolg bringen können.

Stattdessen machte sich in der deutschen politischen Öffentlichkeit Enttäuschung darüber breit, dass weitere Revisionserfolge ausblieben, obwohl Deutschland innerhalb von weniger als zehn Jahren ungleich mehr erreicht hatte, als bei Unterzeichnung des Versailler Vertrags zu erwarten gewesen wäre. Aber offenbar hatte auch Stresemann selbst diese Möglichkeiten überschätzt. Hinzu kam Ende der 1920er Jahre eine zunehmende Krise des politischen Systems. Stresemann hatte sich als in der Wolle gefärbter Parlamentarier und mit seiner Kompromissbereitschaft zum Garanten der parlamentarischen Regierungen der

17 Ders. an die deutsche Botschaft in London, 19.4.1926, ADAP Serie B, Bd. 2, 1, Dok. 150, S. 363, S. 369 (Zitat) S. 374.

18 Gustav Stresemann, Was in Thoiry besprochen wurde, 20.9.1926, in: Henry Bernhard (Hrsg.), Gustav Stresemann. Vermächtnis, Bd. 3: Von Thoiry bis zum Ausklang, Berlin 1933, S. 15–24, hier S. 16. Zum Gespräch von Thoiry vgl. vor allem Christian Baechler, Gustave Stresemann (1878–1929). De l'impérialisme à la sécurité collective, Straßburg 1996, S. 687–695.

19 Georges Suarez, Briand. Sa vie, son œuvre avec son journal et des nombreux documents inédits, Bd. 6: L'artisan de la paix, Paris 1952, S. 228.

20 Leopold von Hoesch an den Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Schubert, 5.11.1926, ADAP, Serie B, Bd. 1, 2, Dok. 182, S. 426–433, hier S. 431.

21 Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, Bd. 2, Erlenbach-Zürich-Stuttgart 1956, S. 100.

22 Stresemann (Anm. 15), S. 423.

Weimarer Republik entwickelt, auch wenn sie allzu häufig wechselten. Seine Reichskanzlerschaft hatte im Herbst 1923 zwar gerade einmal hundert Tage Bestand gehabt, aber danach hatte er ununterbrochen als Außenminister amtiert und war zum starken Mann der Regierungen geworden.

1929 beklagte jedoch auch er eine „Krise des Parlamentarismus“:²³ Die Funktionsschwäche des parlamentarischen Systems verhindere stabile Regierungen, und vor allem erwiesen sich die Parteien als destruktiv, weil sie sich permanent als Opposition zu den von ihnen selbst gestellten Regierungen verhielten, statt Verantwortung zu übernehmen. Als im Mai 1930 die Große Koalition zerbrach, kamen tatsächlich keine parlamentarisch getragenen Regierungen mehr zustande. Ohne Stresemann wurde die Weimarer Republik zu einer „Republik ohne Republikaner“, die in der großen Staatskrise der 1930er Jahre unterging.

STRESEMANN'S ERBE

Am 3. Oktober 1929 erlag Gustav Stresemann, der zeit lebens unter einer anfälligen Gesundheit gelitten hatte, im Alter von 51 Jahren einem Schlaganfall. Im August 1929 hatte er den letzten großen Erfolg seines Verständigungsrevisionismus errungen: Im Gegenzug zum Young-Plan, der eine langfristige Regelung der Reparationen sicherstellen sollte, sagte Frankreich eine vorzeitige Räumung des besetzten Rheinlands zum 30. Juni 1930 zu.

Stresemann erlebte nicht mehr, wie das, was zu einem Akt der Annäherung und zum Ausdruck des gegenseitigen guten Willens hätte werden können, in beiderseitiger Verstimmung endete.²⁴ Dass die französische Seite penibel auf der Einhaltung von Entmilitarisierungsvorschriften, auch auf dem Abriss zivil genutzter Gebäude beharrte, hielt Stresemanns Nachfolger Julius Curtius für schikanöse Bürokratie. Dafür verweigerte Berlin den Franzosen nicht nur, wie Briand vorgeschlagen hatte, „irgendeinen gemeinsamen

Akt“, sondern jede öffentliche Geste der Anerkennung. „Während wir die Rheinlandräumung als einen unter schweren Opfern erkauften und viel zu spät gewährten Akt der Gerechtigkeit ansehen“, so schrieb der deutsche Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt in Berlin, „stellt sich für die Franzosen die Preisgabe des linken Rheinufers dar als eine gewaltige, fast unbegreifliche Tat des Entgegenkommens“.²⁵

Das Problem war wieder da, das Stresemann als einziger verantwortlicher Politiker der Weimarer Republik konstruktiv zu adressieren vermocht hatte. Stresemann war in der Lage gewesen, die Perspektive der Anderen in seine politischen Überlegungen einzubeziehen, statt nur von den eigenen Ansichten und Anforderungen auszugehen. Eine Einschränkung ist zu machen: Dies galt gegenüber Frankreich sehr viel mehr als gegenüber Polen. Aber es geht um das Prinzip: Der Geist des internationalen Zusammenwirkens, so sagte Stresemann nach dem Abschluss der Verträge von Locarno im November 1925, „wird am besten fundiert sein, wenn Idealismus und reale Interessen sich dazu verbinden, den Weg aus dem europäischen Zusammenbruch gemeinschaftlich zu suchen“.²⁶

Der Versuch, deutschen Revisionismus und französisches Sicherheitsbedürfnis, nationale Interessen und die Perspektive der Anderen, Realismus und Ideen, deutsche Stärke und europäische Ordnung miteinander zu vereinbaren – diese Lösung der deutschen Frage blieb Stresemanns unerfülltes Vermächtnis. Sie ist zugleich ein historisches Erbe von unverminderter Bedeutung.

ANDREAS RÖDDER

ist Professor für Neueste Geschichte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. 2015 veröffentlichte er „21.0 – Eine kurze Geschichte der Gegenwart“, 2018 erscheint „Wer hat Angst vor Deutschland? Die Geschichte eines europäischen Problems“.

andreas.roedder@uni-mainz.de

²³ Ders. vor dem Zentralvorstand der DVP, 26.2.1929, in: Bernhard (Anm. 18), S. 428–433.

²⁴ Vgl. dazu Andreas Rödder, *Stresemanns Erbe. Julius Curtius und die deutsche Außenpolitik 1929–1931*, Paderborn 1996, S. 104–113.

²⁵ Leopold von Hoesch an das Auswärtige Amt, 25.7.1930, ADAF, Reihe B, Bd. 15, Dok. 160, S. 385.

²⁶ Gustav Stresemann, Rede vor dem Deutschen Reichstag, 24.11.1925, in: Elz (Anm. 15), S. 461.

NACHKRIEGSGESELLSCHAFT

Erbschaften des Ersten Weltkriegs in der Weimarer Republik

Dirk Schumann

Die Geschichte der Weimarer Republik ist Nachgeschichte. Nachgeschichte eines Kriegs, dessen Zerstörungskraft ohne Beispiel war und der in fast jeder Familie seine Spuren hinterließ. Nachgeschichte aber auch jener Umwälzungen der Moderne, die an der Wende zum 20. Jahrhundert die heutige großstädtisch-massenkulturelle Lebenswelt in ihren Grundzügen schufen. Technik und Industrie, die Vielfalt neuer Sinneseindrücke und sozialer Erfahrungen prägten in Deutschland jetzt das Lebensgefühl mehr als die überschaubare ländliche Welt. Der Erste Weltkrieg verstärkte diese Entwicklung mit seiner umfassenden Mobilisierung der personellen und wirtschaftlichen Ressourcen.⁰¹

Für die Zeitgenossinnen und Zeitgenossen, je nachdem, wie alt sie waren, bildete der Krieg somit nicht den einzigen Umbruch ihres Lebens. Wer in den 1870er Jahren, dem Jahrzehnt der Reichsgründung, geboren war – und dazu gehörten viele Angehörige der Funktionseliten der Weimarer Republik –, hatte den epochalen Wandel vom Agrar- zum Industriestaat in seiner Jugend selbst miterlebt. Für die zwanzig Jahre später geborenen Männer bildete dagegen der Dienst als Soldat im Krieg die zentrale Erfahrung beim Eintritt ins Erwachsenenalter. Frauen dieser Jahrgänge erlebten den Krieg ebenfalls als Einschnitt. Wurden sie erwerbstätig, geschah dies jetzt gerade in der Rüstungsindustrie, auf zuvor von Männern besetzten Arbeitsplätzen. Wie die älteren Frauen auch, mussten sie bei der Organisation des Haushalts Versorgungsengpässe aller Art meistern. Wer nach der Jahrhundertwende geboren war, für den schließlich zeigte sich der Krieg neben der umfassenden Mangelwirtschaft und patriotischen Mobilisierung in der Schule auch in manchen Freiräumen, die sich angesichts zum Militär eingezogener Lehrer und Polizisten eröffneten.⁰²

Die Zeitgenossinnen und Zeitgenossen der Weimarer Republik trugen also sehr unterschiedliche Geschichten mit sich. Diese hingen von ih-

rem Alter und Geschlecht ab und wurden ausgeformt in den politischen Milieus und Lagern, die sich trotz aller massenkulturellen Entwicklungen vor allem bei der Sozialdemokratie und dem politischen Katholizismus erhielten.⁰³ Von einer homogenen Nachgeschichte lässt sich angesichts solcher Unterschiede nicht sprechen. Wenn die folgenden Ausführungen die deutsche Gesellschaft in der Weimarer Republik als Nachkriegsgesellschaft untersuchen, können sie deshalb nur große Linien in der Vielfalt zeitgenössischer Erfahrungsverarbeitung beleuchten.

HERAUSFORDERNDE AUSGANGSLAGE

Am 11. November 1918 endeten für das Deutsche Reich die Kampfhandlungen des Ersten Weltkriegs mit einem Waffenstillstand, den Matthias Erzberger, führender Parlamentarier der katholischen Zentrumsparterie, unterzeichnete. Dass dies ein ziviler Politiker und kein General übernahm, geschah in der Hoffnung auf mildere Bedingungen. Doch diese Hoffnung trog, und so sollte es den Gegnern der neuen Republik leichter fallen, diese und nicht das kaiserliche Militär für den schmachvollen Kriegsausgang verantwortlich zu machen.

Die provisorische Regierung des „Rats der Volksbeauftragten“, die Erzberger entsandte, war zwei Tage zuvor nach dem Sturz der Monarchie aus den beiden sozialdemokratischen Parteien gebildet worden. Sie sah sich sofort mit großen Herausforderungen konfrontiert. Über fünf Millionen Soldaten standen noch im Westen und Osten jenseits der deutschen Grenzen.⁰⁴ Sie mussten zügig zurückgeführt und demobilisiert werden und sollten dann bald wieder einen Arbeitsplatz erhalten.

Andere, weniger kurzfristig zu bewältigende Herausforderungen kamen hinzu. Die Zahl der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen erreichte mit dem Ersten Weltkrieg eine bisher un-

gekannte Dimension. 2,7 Millionen Soldaten kehrten mit dauerhaften Schäden heim und verlangten, gestützt auf neue Organisationen, materielle Hilfe vom Staat. 600 000 Witwen und 1,2 Million Waisen waren zu versorgen.⁰⁵

Weitere solche Herausforderungen stellten sich nach dem Abschluss des Versailler Friedensvertrags im Juni 1919. Die Alliierten verlangten Reparationen, deren Höhe 1921 zunächst auf den schockierenden Betrag von 226 Milliarden Goldmark festgesetzt wurde. Artikel 231 des Vertrags bestimmte, dass Deutschland grundsätzlich für alle von den Alliierten erlittenen Verluste und Schäden verantwortlich war. Ursprünglich sollte diese Klausel gewährleisten, dass Deutschland seinen finanziellen Verpflichtungen tatsächlich nachkam, doch nahm sie in der deutschen Öffentlichkeit eine grundsätzliche Bedeutung an. Außerdem verfügte der Versailler Vertrag Gebietsabtretungen im Westen und Osten. Deutschland wurde überdies für unfähig zu „richtiger“ Kolonialherrschaft erklärt und verlor alle Kolonien. Bis zum Ende der 1920er Jahre musste es zudem die alliierte Besetzung des linken Rheinuferes hinnehmen.

Die finanziellen Kriegsfolgelasten, die enger gezogenen territorialen Grenzen, die Sichtbarkeit der Besatzungssoldaten wie der Kriegsbeschädigten und die nun im ganzen Land errichteten Kriegerdenkmäler führten den Deutschen in den Jahren nach 1918 buchstäblich immer wieder vor

Augen, dass am Anfang der Weimarer Republik die Niederlage eines großen Kriegs stand. Wie diese Niederlage zu erklären, wie der Krieg überhaupt zu deuten war, stellte vielleicht die größte Herausforderung dar. Zwei Millionen deutsche Soldaten waren im Krieg gefallen. Welcher Sinn sollte ihrem Tod gegeben werden, welche Botschaft sollte er vermitteln? War der Krieg vor allem eine grauenhafte Schlächterei gewesen, die zu internationaler Versöhnung und Verständigung demokratisch regierter Staaten drängte? Oder war er als letztlich unvermeidbares Ergebnis internationaler Staatenkonkurrenz zu verstehen und die Niederlage mangelnder Entschlossenheit der Deutschen anzulasten, deren Rückgewinnung in einem autoritär geführten Staat zu erfolgen hatte? Diese beiden Grundpositionen stießen in der politischen Kultur der Weimarer Republik aufeinander und beeinflussten die Kriegserinnerung in materieller und literarischer Form ebenso wie die Diskurse und Rituale, mit denen Veteranenverbände unterschiedlicher politischer Ausrichtung auf den Krieg zurückblickten und öffentliche Präsenz zeigten.

KRIEGSFOLGENBEWÄLTIGUNG

Die Herausforderungen der unmittelbaren Nachkriegszeit vermochte die junge Republik gut zu bewältigen. Unerwartet schnell gelang die Rückführung und Reintegration der Soldaten in das Arbeitsleben. Ende Januar 1919 erreichten die letzten Soldaten aus dem Westen deutschen Boden, zwei Monate später war auch der Rücktransport aus dem Osten abgeschlossen. Dazu trug bei, dass bis Dezember im Westen ein Drittel der dort zum Zeitpunkt des Waffenstillstands stationierten Soldaten ihre Einheiten auf eigene Faust in Richtung Heimat verlassen hatte. Andere Truppenverbände gelangten geordnet bis zur Reichsgrenze oder zum Rhein und lösten sich dann in gleicher Weise auf. Bis zum Waffenstillstand hatten die Soldaten an der Front ihre Stellungen gehalten – jetzt wollten alle rasch nach Hause.⁰⁶

Dort fanden sie tatsächlich bald wieder einen Arbeitsplatz. Nur kurzzeitig schnellten in den ersten Monaten des Jahres 1919 die Arbeitslosenzahlen in die Höhe. Die anhaltende Inflation und der gerade

01 Vgl. Ulrich Herbert, *Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 25–257. Weiterhin erhellend Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 1: *Arbeitswelt und Bürgergeist*, München 1990; Detlev J.K. Peukert, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne*, Frankfurt/M. 1987.

02 Zu den alters- und geschlechtsspezifischen Erfahrungen der Kriegszeit vgl. Ute Daniel, *Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft. Beruf, Familie und Politik im Ersten Weltkrieg*, Göttingen 1989; Andrew Donson, *Youth in the Fatherless Land. War Pedagogy, Nationalism, and Authority in Germany, 1914–1918*, Cambridge, MA 2010. Umfassend zur Erfahrung des Ersten Weltkriegs Jörn Leonhard, *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*, München 2014.

03 Grundlegend dazu weiterhin M. Rainer Lepsius, *Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft*, in: ders., *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze*, Göttingen 1993, S. 25–50; Karl Rohe, *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M. 1992, S. 134–164.

04 Vgl. Richard Bessel, *Germany After the First World War*, Oxford 1993, S. 73.

05 Vgl. Robert Weldon Whalen, *Bitter Wounds. German Victims of the Great War, 1914–1939*, Ithaca 1984, S. 95; Bessel (Anm. 4), S. 225ff.

06 Vgl. Bessel (Anm. 4), S. 69–81; Scott Stephenson, *The Final Battle: Soldiers of the Western Front and the German Revolution of 1918*, Cambridge 2009.

zwischen Unternehmern und Gewerkschaften vereinbarte Achtstundentag erleichterten die Wiedereingliederung der heimgekehrten Männer ebenso wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und eine Ausweitung des Personals von Staatsunternehmen wie Post und Eisenbahn. So konnten die vormaligen Soldaten Krieg und Gewalt hinter sich lassen und in ein Alltagsleben zurückfinden, das ihnen im Inflationsboom der ersten Nachkriegsjahre ein relativ sicheres Einkommen bot und mehr Freizeit als zuvor.⁰⁷

Dem stand auch nicht der punktuelle Bürgerkrieg 1919/20 entgegen, in dem in Berlin, München und anderen Orten neu aufgestellte Truppenverbände und bewaffnete Arbeiter gegeneinander kämpften. Während die Tötungsdelikte in den ersten Nachkriegsjahren zunahmen, dann aber wieder zurückgingen, lag die übrige Gewaltkriminalität deutlich unter dem Niveau von vor 1914 und war nach anfänglichem Anstieg ebenfalls wieder rückläufig. Dass die zurückgekehrten Soldaten durch ihren Kriegseinsatz umfassend und nachhaltig „brutalisiert“ worden wären, lässt sich nicht konstatieren.⁰⁸

Der Reintegrationsprozess forderte freilich seinen Preis. Viele Frauen, die während des Kriegs Arbeitsplätze in der Industrie eingenommen hatten, wurden aus ihnen wieder verdrängt.⁰⁹ Allerdings brachte ihnen die Revolution das Wahlrecht, was ihren Einsatz während des Kriegs würdigte und eine alte Forderung der Frauenbewegung erfüllte. In den folgenden Jahren setzte sich die langfristige Tendenz der Zunahme weiblicher Erwerbstätigkeit überdies wieder fort und öffneten sich ihr bisher verschlossene Berufe.¹⁰ Eine bloße Restauration der Vorkriegsverhältnisse folgte aus der Reintegration der heimkehrenden Männer also nicht.

Die Weimarer Republik, die sich ausdrücklich als Sozialstaat definierte, stellte sich auch der sozialpolitischen Herausforderung zunächst mit Erfolg. Das Reichsversorgungsgesetz von 1920

gewährte Renten für die Kriegsbeschädigten gemäß dem Grad der Behinderung und dem sozialen Status vor dem Krieg sowie Hilfen bei der Ausbildung und Arbeitsplatzsuche. Allerdings hielten die finanziellen Leistungen, auch für Witwen und Waisen, mit der Inflation danach nicht Schritt. Die an sich begrüßenswerte Fokussierung auf die Reintegration in das Arbeitsleben erzeugte zudem eine Diskrepanz zwischen dem Anspruch der Kriegsbeschädigten, wegen ihres Opfers fürs Vaterland herausgehoben behandelt zu werden, und der Sichtweise der übrigen Gesellschaft, die sie zunehmend als ungerechtfertigt Klagende empfand.¹¹

Sich mit den Reparationen auseinanderzusetzen, war eine wirtschaftliche und eine politische Aufgabe. Ob sie ökonomisch tragbar waren, bleibt umstritten und ist zumindest nicht unwahrscheinlich. Der deutschen Seite ging es darum, ihre Reduzierung bis zur gänzlichen Streichung durchzusetzen. Der mit den Siegermächten nach der Hyperinflation vereinbarte Dawes-Plan von 1924 und sein Nachfolger, der Young-Plan von 1929, verbesserten die deutsche Position, bis die Reparationen auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise tatsächlich vollständig gestrichen wurden. Bedeutsam waren sie, abgesehen von ihrer konkreten finanziellen Belastung, aber vor allem symbolisch, denn die lange Diskussion um sie machte immer wieder greifbar, dass Deutschland als Folge des Kriegs nicht autonom über seine Staatsfinanzen entscheiden konnte. Somit boten sie sich entschieden Gegnern der Republik als Zielscheibe für fundamentale Kritik an.¹²

Die deutschen Gebietsverluste erwiesen sich als etwas weniger brisante Frage. Außenminister Gustav Stresemanns Verständigungspolitik führte 1925 zum Locarno-Vertrag mit Frankreich, der den Verlauf der Westgrenze endgültig klärte. Mit Polen kam es dagegen zu keinem solchen Abkommen, die Ostgrenze blieb strittig.¹³ In den

07 Vgl. Bessel (Anm. 4), S. 93–165, S. 240–253; Martin H. Geyer, *Verkehrte Welt: Revolution, Inflation und Moderne: München 1914–1924*, Göttingen 1998, S. 70–75, S. 130–166, S. 267–273.

08 Vgl. Moritz Liepmann, *Krieg und Kriminalität in Deutschland*, Stuttgart 1930, S. 33–40; Dirk Schumann, *Gewalterfahrungen und ihre nicht zwangsläufigen Folgen. Der Erste Weltkrieg in der Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, Mai 2004, www.zeitgeschichte-online.de/thema/gewalterfahrungen-und-ihre-nicht-zwangslaeufigen-folgen.

09 Vgl. Susanne Rouette, *Sozialpolitik als Geschlechterpolitik. Die Regulierung der Frauenarbeit nach dem Ersten Weltkrieg*, Frankfurt/M. 1993.

10 Vgl. den Beitrag von Kirsten Heinsohn in diesem Heft.

11 Vgl. Whalen (Anm. 5), S. 141–153; Deborah Cohen, *The War Come Home. Disabled Veterans in Britain and Germany, 1914–1939*, Berkeley 2001, S. 61–97, S. 149–187.

12 Die Literatur zum Thema der Reparationen ist sehr umfangreich. Einen kompakten Einstieg vermittelt Ursula Büttner, *Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur*, Stuttgart 2008, S. 153–158, S. 350–357.

13 Vgl. Peter Krüger, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt 1985, S. 207 ff. sowie den Beitrag von Andreas Rödder in diesem Heft.

Organisationen, die eine Rückgabe der Kolonien forderten und die koloniale „Schuldfrage“ anprangerten, versammelten sich vor allem Ehemalige in überschaubarem Umfang. Eine große Zahl von Büchern für alle Altersgruppen, darunter die Kriegserinnerungen des populären Generals Paul von Lettow-Vorbeck, regelmäßig veranstaltete „Kolonialbälle“ oder Werbeanzeigen für „Kolonialwaren“ hielten gleichwohl die Kolonien als Imaginationsfläche im öffentlichen Gedächtnis präsent. Sie erschienen als wilder Raum der Bewährung, in dem Männer und Frauen ihr eigentliches Selbst ausbildeten. Dass die französische Besatzungsmacht auch Soldaten aus ihren afrikanischen Kolonien im Gebiet links des Rheins einsetzte und dort die Rollen von Kolonisierern und Kolonisierten gleichsam umkehrte, machte den Verlust dieses Raums umso schmerzlicher und sorgte für parteiübergreifende heftige Proteste gegen diese „schwarze Schmach“.¹⁴

UMKÄMPFTE KRIEGSDEUTUNG

Bitter umkämpft war die Sinngebung des Kriegs und der Niederlage. Die Gegner der Republik auf der Rechten propagierten ab Ende 1918 die „Dolchstoßlegende“. Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff, die seit 1916 an der Spitze der Obersten Heeresleitung gestanden hatten, bekräftigten mit ihrer Aussage vor einem Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung im November 1919 deren Tenor, das deutsche Heer sei nicht vom Feind besiegt, sondern von der Heimat aus seiner Kampfkraft beraubt worden. Dabei kam den Verbreitern der Legende zugute, dass die deutsche Niederlage nicht das Ergebnis einer großen Entscheidungsschlacht, sondern der Erschöpfung aller Ressourcen im Angesicht der alliierten Übermacht gewesen war. Blieben die Schuldigen bei Hindenburg und Ludendorff noch vage, wiesen andere Stimmen sie zumeist der radikalen Linken zu. Ins Visier geriet aber auch die Mehrheitssozialdemokratie. Zudem konnte die Dolchstoßlegende eine antisemitische wie misogynen Färbung annehmen.

¹⁴ Vgl. Sandra Maß, *Weißer Helden, schwarze Krieger. Zur Geschichte kolonialer Männlichkeit in Deutschland, 1918–1964*, Köln 2006, S. 1–216; Dirk van Laak, *Imperiale Infrastruktur. Deutsche Planungen für eine Erschließung Afrikas 1880 bis 1960*, Paderborn 2004, S. 195–217; Britta Schilling, *Postcolonial Germany: Memories of Empire in a Decolonized Nation*, New York 2014, S. 13–67.

So entlastete sie die Eliten des Kaiserreichs von der Verantwortung für den Kriegsausgang und unterminierte die Legitimität der Republik. Außerdem half sie der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), die Kluft zwischen dem radikalen antirepublikanischen und dem moderaten, zur Regierungsmitarbeit bereiten Flügel zu überbrücken. Hier wird aber auch die Grenze ihres Einflusses sichtbar: Als die DNVP 1925 tatsächlich Regierungsverantwortung übernahm, verlor die Dolchstoßlegende in der öffentlichen Diskussion an Bedeutung. Gleichwohl wirkte sie vor allem in völkisch-antisemitischen Kreisen, großen Teilen der Professorenschaft und der protestantischen Geistlichkeit weiter fort.¹⁵

Die Dolchstoßlegende legte eine revanchistische Sinngebung des Ersten Weltkriegs nahe. Während sie im Reichstagswahlkampf Ende 1924 von der DNVP plakativ ins Bild gesetzt wurde,¹⁶ zeigten die Antikriegsdemonstrationen im Sommer des gleichen Jahres, die an den Beginn des Kriegs zehn Jahre zuvor erinnerten, dass auch die gegenteilige Deutung große Resonanz fand. Zwar blieb die Mitgliederzahl pazifistischer Organisationen in Deutschland überschaubar und war die Bewegung von internem Streit zwischen Radikalen und Gemäßigten beeinträchtigt, der sie bis Ende der 1920er Jahre politisch marginalisierte. Doch konnte sie zum Jahrestag des Kriegsbegins bis zur Mitte der 1920er Jahre jeweils mehrere Hunderttausend Menschen bei ihren Kundgebungen mobilisieren.¹⁷

Eine Vielfalt der Formen und Botschaften zeichnete die Kriegerdenkmäler aus, die nach 1918 überall in Deutschland errichtet wurden. Trauer, die sich unterschiedlich nuancieren ließ, stand im Vordergrund. Dem dienten vielfach, schon aus Kostengründen, einfache, bereits im 19. Jahrhundert gebräuchliche Formen wie der Obelisk, die Stele und das christliche Kreuz, die

¹⁵ Vgl. Gerd Krumeich, *Die Dolchstoß-Legende*, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hrsg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, Bd. 1, München 2002⁴, S. 585–599; Boris Barth, *Dolchstoßlegenden und politische Desintegration: Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914–1933*, Düsseldorf 2003.

¹⁶ Vgl. Gerhard Paul, *Der Dolchstoß. Ein Schlüsselbild nationalistischer Erinnerungspolitik*, in: ders. (Hrsg.), *Das Jahrhundert der Bilder*, Bd. 1: 1900 bis 1949, Göttingen 2009, S. 300–307.

¹⁷ Vgl. Reinhold Lütgemeier-Davin, *Basis-Mobilisierung gegen den Krieg. Die Nie-Wieder-Krieg-Bewegung in der Weimarer Republik*, in: Karl Holl/Wolfram Wette (Hrsg.), *Pazifismus in der Weimarer Republik*, Paderborn 1981, S. 47–76; Karl Holl, *Pazifismus in Deutschland*, Frankfurt/M. 1988, S. 138–204.

damit auf keine spezifische Kriegsdeutung festgelegt waren. In den Inschriften war von „Helden“ ebenso wie von „Kameraden“ und Söhnen“ die Rede, was gleichfalls keine eindeutige Botschaft aussandte. Auch figürliche Darstellungen, die sich häufig an antiken Vorbildern orientierten, ließen unterschiedliche Interpretationen zu. Trauer und Schmerz betonten die Darstellungen Gefallener, die das christliche Pietà-Motiv aufnahmen. Eine eindeutig aggressiv-revanchistische Botschaft vermittelten dagegen Denkmale wie das eines Handgranaten werfenden Soldaten an der Technischen Universität Berlin, doch solche blieben selten.¹⁸

Wie strittig die Kriegsdeutung war, erwies die Debatte über ein nationales Gefallenendenkmal. 1924 begann die Reichsregierung mit den Planungen, die letztlich ohne Ergebnis blieben. Gegen einen Standort in der „roten“ Hauptstadt Berlin sprachen sich der „Stahlhelm“ und andere rechte Veteranenverbände aus. Sie lehnten auch das Konzept eines Grabmals des Unbekannten Soldaten, wie es in London und Paris errichtet worden war und vom republikanischen Veteranenverband „Reichsbanner“ befürwortet wurde, wegen der Herkunft von den ehemaligen Feindmächten ab. Stattdessen schlugen sie die Errichtung eines Heiligen Haines vor, der die Erinnerung an die Gefallenen mit dem mythischen Kraftquell des deutschen Waldes verknüpfen sollte. Ein spezifischer Standort drängte sich dafür nicht auf, und entsprechend groß war die Konkurrenz. Dies und Differenzen hinsichtlich der Formgebung ließen die Pläne 1926 ins Stocken geraten.¹⁹

Unter der sozialdemokratisch geführten preußischen Regierung gelang es hingegen, die Neue Wache in Berlin zu einem Gedenkort für die Gefallenen des Kriegs umzugestalten. Ein kreisförmiges Oberlicht erhellte den Innenraum, in dem sich auf dem dunklen Basaltboden ein altarförmiger Granitkubus erhob, versehen mit einem aus Silber und Blattgold bestehenden Eichenlaubkranz. An

der mit Muschelkalk verkleideten Wand war nur die Inschrift „1914/18“ zu lesen. Auch diese Gestaltung war deutungs offen, akzentuierte mit ihrer Abstraktheit und Sakralität an erster Stelle die Trauer um die Gefallenen, schloss eine heroische Lesart ihres Todes aber keineswegs aus. Dies zeigte sich bei den Reden zur Eröffnung im Juni 1931, in denen der preußische Ministerpräsident Otto Braun die Trauer und Reichswehrminister Wilhelm Groener das Heldentum der Gefallenen in den Vordergrund stellten. So kann die Neue Wache als republikanischer Kompromiss in der Gedenkkultur verstanden werden.²⁰

MILITARISIERUNG DER POLITISCHEN KULTUR

Der „Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten“ und das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer“ waren die größten und einflussreichsten Vertreter eines neuen Typs von Verband. Sie versammelten zwar vor allem Kriegsveteranen, verstanden sich in erster Linie aber nicht als Erinnerungsgemeinschaften oder bloße Interessenvertretungen, sondern als politische Kampforganisationen, die sich zu Grundfragen der Weimarer Republik positionierten.

Der im Dezember 1918 in Magdeburg gegründete „Stahlhelm“ fand ab dem Sommer 1919 deutschlandweit Verbreitung und zählte 1925 rund 260 000 Mitglieder. Politisch rückte er zunehmend nach rechts und stand Ende der 1920er Jahre in klarer Gegnerschaft zur Republik. Sein kennzeichnendes Merkmal war jedoch nicht das vage Programm, sondern sein politischer Stil. Der „Stahlhelm“ besetzte den öffentlichen Raum durch Flaggenweihen und Massenkundgebungen, zu denen seine Mitglieder in Uniform und mit militärischem Gepränge aufmarschierten, und scheute auch vor physischer Gewalt in der Auseinandersetzung mit Gegnern nicht zurück. So hielt er den Krieg in sichtbarer Erinnerung und versah ihn mit einer heroisierenden und tendenziell revanchistischen Interpretation, die den Frontkämpfer und die „Frontgemeinschaft“ in den Vordergrund stellte und als vorbildhaft für die Politik prierte.²¹

¹⁸ Vgl. Michaela Stoffels, *Kriegerdenkmale als Kulturobjekte. Trauer- und Nationskonzepte in Monumenten der Weimarer Republik*, Wien u. a. 2011; Christian Saehrendt, *Der Stellungskrieg der Denkmäler. Kriegerdenkmäler im Berlin der Zwischenkriegszeit (1919–1939)*, Bonn 2004.

¹⁹ Vgl. Benjamin Ziemann, *Die deutsche Nation und ihr zentraler Erinnerungsort. Das „Nationaldenkmal für die Gefallenen des Weltkrieges“ und die Idee des Unbekannten Soldaten 1914–1935*, in: Helmut Berding/Klaus Heller/Winfried Speitkamp (Hrsg.), *Krieg und Erinnerung. Fallstudien zum 19. und 20. Jahrhundert*, Göttingen 2000, S. 67–91.

²⁰ Vgl. Stoffels (Anm. 18), S. 224–269.

²¹ Vgl. Volker R. Berghahn, *Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935*, Düsseldorf 1966, S. 5–101; Dirk Schumann, *Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg*, Essen 2001.

Die republikanische Antwort auf den „Stahlhelm“ erfolgte 1924, nachdem die schwere Krise der Hyperinflation von 1923 überstanden war. Mit etwa 600 000 Mitgliedern, von denen die meisten der SPD angehörten, war das „Reichsbanner“ deutlich stärker als sein Gegenpart. Auch seine Mitglieder trugen Uniform und bewegten sich, eine Spur lässiger, in geschlossener Formation, wenn der Verband seine Kundgebungen veranstaltete, vor allem zum Verfassungstag im August. Anders als der deutlich kleinere „Rotfrontkämpferbund“ der Kommunisten ging das „Reichsbanner“ nicht mit offensiver Gewalt gegen seine Gegner auf der Rechten vor, war aber zu robuster Selbstverteidigung bereit. Zusammen mit dem „Reichsbund der Kriegsbeschädigten“ betonte es in seiner Erinnerung an den Krieg dessen Grausamkeit und die Nöte der Soldaten und setzte sich für internationale Verständigung ein.²²

Die Militarisierung der Politik in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre, wie sie der „Stahlhelm“ angestoßen hatte und von seinen republikanischen wie linken Gegnern mit vorangetrieben wurde, zeigte, wie sehr die Weimarer Republik mit der Erbschaft des Ersten Weltkriegs verbunden blieb. Ein weiteres Indiz war die Wahl des seinen Nimbus als Kriegsheld mit Bedacht pflegenden Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten 1925.

Ende der 1920er Jahre erhielt die Kriegserinnerung einen neuen Schub, ohne dass darin eine homogene Botschaft auszumachen war. Neben Erich Maria Remarques sehr erfolgreichem und bald verfilmtem Roman „Im Westen nichts Neues“ von 1929, der sich primär, aber keineswegs ausschließ-

lich als Friedensappell lesen ließ, standen andere Werke, die den Krieg als Bewährungsprobe wahrer Männlichkeit glorifizierten.²³ Jüngeren, erst während des Kriegs Geborenen, die seine Schrecken nicht unmittelbar erfahren hatten, fiel es allerdings leichter, eine Kriegsdeutung anzunehmen, die den Soldaten als pflichtbewusst und opferbereit Handelnden und nicht als bloß Leidenden darstellte. Dies bereitete den Boden für den milieübergreifenden „erinnerungskulturellen Minimalkonsens“ einer grundsätzlichen Heroisierung der Kriegsteilnahme.²⁴ Er stand zwar nicht in direktem Widerspruch zur pazifistischen Botschaft des „Reichsbanners“ und anderer republikanischer Kräfte, erschwerte aber ihre Verbreitung.

FAZIT

Die Deutschen konnten sich in den Jahren der Weimarer Republik nicht vom Ersten Weltkrieg lösen. Das mag angesichts der nur 14 Jahre, die der Republik gegeben waren, nicht grundsätzlich überraschen. Das sehr drängende Problem der Reintegration der Soldaten wurde jedoch schnell bewältigt, die Versorgung der Hinterbliebenen einigermaßen geregelt. Die Reparationen blieben eine Belastung, allerdings vornehmlich aufgrund der Schärfe ihrer politischen Bewertung, die Gebietsverluste schmerzten. Keine Einigkeit ließ sich darüber herstellen, welcher Sinn dem Krieg zu geben war. Die in den Veteranenverbänden vor allem der Rechten zur Schau gestellte militärische Männlichkeit versprach, mit den vielfältigen Zeitproblemen fertig zu werden, Verlust- und Leidenserfahrungen hinter sich zu lassen. Nicht umsonst stilisierte sich der NSDAP-Führer Adolf Hitler, ein ehemaliger Soldat mit allerdings geringer Fronterfahrung, gerne als kraftvoller Mann.²⁵ Doch auch wenn die fragile Normalisierung der mittleren 1920er Jahre durch die Militarisierung der politischen Kultur unterhöhlt wurde, war der Sieg der Nationalsozialisten noch keineswegs garantiert. Die republikanischen Kräfte unterlagen erst, als die Gewalt der Weltwirtschaftskrise den Zerstörern der Republik die Mittel dazu an die Hand gab.

DIRK SCHUMANN

ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Georg-August-Universität Göttingen. Sein Schwerpunkt ist die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts.

dschuma@uni-goettingen.de

22 Vgl. Benjamin Ziemann, *Veteranen der Republik: Kriegserinnerung und demokratische Politik 1918–1933*, Bonn 2014; Karl Rohe, *Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1966; Kurt P. Schuster, *Der Rote Frontkämpferbund 1924–1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes*, Düsseldorf 1975.

23 Vgl. Matthias Schöning, *Versprengte Gemeinschaft. Kriegsroman und intellektuelle Mobilisierung in Deutschland 1914–1933*, Göttingen 2009; Bernadette Kester, *Film Front Weimar. Representations of the First World War in German Films from the Weimar Period (1919–1933)*, Amsterdam 2002.

24 Vgl. Arndt Weinrich, *Der Weltkrieg als Erzieher. Jugend zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus*, Essen 2011, S. 65–124, hier S. 121.

25 Vgl. Martina Kessel, *Demokratie als Grenzverletzung. Geschlecht als symbolisches System in der Weimarer Republik*, in: Gabriele Metzler/Dirk Schumann (Hrsg.), *Geschlechter(un)ordnung und Politik in der Weimarer Republik*, Bonn 2016, S. 81–108, hier S. 102; Thomas Weber, *Hitlers erster Krieg: Der Gefreite Hitler im Krieg – Mythos und Wahrheit*, Berlin 2011.

„GRUNDSÄTZLICH“ GLEICHBERECHTIGT

Die Weimarer Republik in frauenhistorischer Perspektive

Kirsten Heinsohn

Die erste demokratische Republik in Deutschland existierte nur knappe 15 Jahre. Ihr Werdegang verlief zwar kurz, dafür aber dramatisch: Politische Systembrüche 1918 und 1933, wirtschaftliche Krisen am Anfang und am Ende, politische Instabilität und mehrere Regierungswechsel kennzeichneten den jungen Staat. Entsprechend ist die Geschichte der Weimarer Republik in der Regel von ihrem Ende, ihrem Anfang oder von ihren Krisen ausgehend geschrieben worden. Die traditionelle Einteilung in drei Phasen – unruhige Anfangszeit bis 1924, Konsolidierung 1924 bis 1928 und Krisenjahre 1928/30 bis 1933 – spiegelt diese politikhistorische Herangehensweise wider.⁰¹ In einer längeren Perspektive verschwindet aber auch diese kurze Geschichte der Republik in Begriffen wie „Zwischenkriegszeit“ oder „Katastrophenzeitalter“.⁰²

Zweifellos gibt es gute Gründe für all diese Bezeichnungen und Phasen, denn sie bringen den politischen Wandel sowie die Besonderheit des Jahrhunderts („Zeitalter der Extreme“) eindrücklich auf einen Begriff. Und doch gehen dabei Erkenntnisse über weitere oder andere Formen sozialen Wandels verloren, gerade jener, die weniger dramatisch waren.

Die Geschichte der Weimarer Republik (auch) aus frauenhistorischer Sicht zu betrachten, ist eine solche Perspektive. Sie kann und soll die politikhistorische Sichtweise nicht ersetzen, aber doch herausfordern. Ergeben sich vergleichbare historische Phasen und Zäsuren, wenn die Geschichte der Frauen in der Weimarer Republik in den Blick genommen wird? Haben sich die weiblichen Lebensverhältnisse in dieser Zeit gewandelt? Gab es neue Handlungsoptionen für Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft? Und wie haben Frauen selbst diese Zeit erlebt, interpretiert? Diese klassischen Fragen der Frauenge-

schichte zielen darauf, zunächst genau zu analysieren, wie die soziale und gesellschaftliche Lage von Frauen aussah und welche Modelle von Weiblichkeit gesellschaftlich anerkannt waren, bevor diese in ein Verhältnis zur männlichen Lebenswelt und den dort herrschenden Männlichkeitsvorstellungen gesetzt werden.⁰³ Statt politische Zäsuren zu untersuchen, stehen in einer solchen Perspektive gesellschaftliche Modernisierungsprozesse im Zentrum, wie etwa in dem 1987 erschienenen Standardwerk des Historikers Detlev Peukert.

Er interpretiert die erste deutsche Republik als „Krisenjahre der klassischen Moderne“. Die Emanzipationsbestrebungen von Frauen sind aus seiner Sicht ebenso zentral für die Krisendeutungen der Zeitgenossinnen und Zeitgenossen wie die strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt oder die breit diskutierte Erscheinung der „neuen Frau“, mit der ein moderner, durch Selbstständigkeit und vor allem Selbstbewusstsein gekennzeichneter Typus von Weiblichkeit gemeint war. Der Wandel sei aber insgesamt weniger positiv gewesen, als oft angenommen, die Optionen hatten sich vergrößert, aber es „blieb dabei, daß die traditionelle Doppelbelastung der Frauen nur durch eine Kette weiterer Lasten und Irritationen ergänzt wurde“.⁰⁴

Auch die Historikerin Ute Frevert bewertet diese Entwicklungen in der Weimarer Republik als ambivalent. Die „Entdeckung der modernen Frau“ sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass „die geschlechtsspezifische Begrenzung sozialer, ökonomischer und politischer Handlungsoptionen weitgehend erhalten“ blieb, lautet ihr Fazit.⁰⁵ Ebenso schreibt Helen Boak ihre Frauengeschichte der Republik im Modus des permanenten Wechsels von neuen Optionen und traditionellen Einschränkungen und verweist dabei auch auf die großen Unterschiede zwischen Stadt

und Land: Frauen hatten größere Wahlmöglichkeiten, aber diese standen nicht überall gleichermaßen zur Verfügung.⁰⁶

Auch mit Blick auf die Politik, also dem Bereich, in dem mit der Zulassung von Frauen zum Wahlrecht ein wichtiger Schritt zur Gleichberechtigung der Geschlechter gegangen wurde, sind die Ergebnisse eher nüchtern. Ein nachhaltiger Wandel des Politischen hat in der Weimarer Republik nicht stattgefunden.⁰⁷ Die Faszination, die die „neue Frau“, die „neue Sachlichkeit“ oder auch die Kultur- und Unterhaltungsszene in Berlin, München oder Weimar auslösen, ist verständlich, übersieht aber womöglich die Ambivalenzen des Frauenlebens in der Weimarer Republik.⁰⁸

VERÄNDERTE ROLLENBILDER IN DER NACHKRIEGSGESELLSCHAFT?

Der Erste Weltkrieg markierte in vielerlei Hinsicht einen deutlichen Einschnitt,⁰⁹ auch mit Blick auf die Geschlechterverhältnisse. Wie weit die Veränderungen reichten und wie diese zu deuten seien, war aber schon unter Zeitgenossen eine umstrittene Frage. Der Krieg habe zur Ent-

fremdung zwischen Ehepaaren geführt, Frauen selbstständiger gemacht und dadurch einen erheblichen Emanzipationsschub ausgelöst – so lauteten die Grundannahmen.¹⁰ Für diese Interpretation gab es durchaus Belege, waren doch bereits 1915 etwa neun Millionen Männer eingezogen, die Hälfte von ihnen verheiratet. Der Krieg dauerte länger als gedacht, er forderte mehr als zwei Millionen Tote und Tausende körperlich oder seelisch Verletzte, die nicht mehr erwerbsfähig waren.

Viele Arbeitsplätze von Männern wurden während des Kriegs mit Frauen besetzt, vor allem in der kriegswichtigen Rüstungsindustrie, aber auch in öffentlichen Einrichtungen. Gleichzeitig sank die Zahl der Arbeitsplätze in den Branchen, die traditionell eher Frauen beschäftigten, etwa in der Textilindustrie. Statistisch änderte sich an dem Anteil erwerbstätiger Frauen an der Gesamtbeschäftigtenzahl, der etwa ein Drittel betrug, nicht viel, aber es gab eine strukturelle Verschiebung in Richtung Industrie und Dienstleistung. Diese Entwicklung hatte sich jedoch bereits vor dem Krieg angedeutet und wurde durch die Mobilisierung der Wirtschaft für den Krieg letztlich nur beschleunigt.¹¹ Insofern wirkte der Krieg mit Blick auf die Ökonomie nicht wie eine Zäsur, sondern eher wie ein Katalysator mittel- bis langfristiger Trends, die sich in den nächsten Jahrzehnten weiter fortsetzten.

Viele Zeitgenossen deuteten jedoch die stärkere Sichtbarkeit von Frauen an außerhäuslichen Arbeitsplätzen und in der Verwaltung, zum Beispiel im expandierenden staatlichen Wohlfahrtswesen, in dem auch viele Frauen Arbeit fanden, als einen Bruch der traditionellen Rollenmuster. Bürgerliche Frauenorganisationen beteiligten sich darüber hinaus umfangreich an der gesellschaftlichen Mobilisierung für den Krieg, sowohl ideologisch als auch ganz praktisch in zahlreichen lokalen ehrenamtlichen Initiativen. Die Vertreterinnen der Frauenbewegung hoben immer wieder die gesellschaftliche Bedeutung all dieser Tätigkeiten für den Krieg hervor, sprachen

01 Vgl. Eberhard Kolb/Dirk Schumann, *Die Weimarer Republik*, München 2013⁸. Zur öffentlichen Erinnerung und wissenschaftlichen Erforschung der Weimarer Republik siehe auch die Beiträge von Franka Maubach, Jörn Leonhard und Ursula Büttner in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

02 Vgl. Wolfgang Hardtwig (Hrsg.), *Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939*, Göttingen 2005; Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1997⁵.

03 Vgl. Claudia Opitz, *Um-Ordnungen der Geschlechter. Einführung in die Geschlechtergeschichte*, Tübingen 2005; Kirsten Heinsohn, *Parteien und Politik in Deutschland. Ein Vorschlag zur historischen Periodisierung aus geschlechterhistorischer Sicht*, in: Gabriele Metzler/Dirk Schumann (Hrsg.), *Geschlechter(un)ordnung und Politik in der Weimarer Republik*, Bonn 2016, S. 283–286.

04 Detlev J.K. Peukert, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne*, Frankfurt/M. 1987, S. 106.

05 Ute Frevert, *Frauen-Geschichte. Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit*, Frankfurt/M. 1986, S. 198.

06 Vgl. Helen Boak, *Women in the Weimar Republic*, Manchester–New York 2013, S. 293.

07 Vgl. Metzler/Schumann (*Anm. 3*).

08 Vgl. Katharina von Ankum (Hrsg.), *Frauen in der Großstadt. Herausforderung der Moderne?*, Dortmund 1999; Hanna Vollmer-Heitmann, *Wir sind von Kopf bis Fuß auf Liebe eingestellt. Die zwanziger Jahre*, Hamburg 1993.

09 Siehe auch den Beitrag von Dirk Schumann in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

10 Vgl. Birthe Kundrus, *Geschlechterkriege. Der Erste Weltkrieg und die Deutung der Geschlechterverhältnisse in der Weimarer Republik*, in: Karen Hagemann/Stefanie Schüler-Springorum (Hrsg.), *Heimat-Front. Militär und Geschlechterverhältnisse im Zeitalter der Weltkriege*, Frankfurt/M.–New York 2002, S. 171–187.

11 Vgl. Frevert (*Anm. 5*), S. 150–155; Boak (*Anm. 6*), S. 137–164.

von „Bewährung“ der Frauen an der Heimatfront und erhofften sich dafür Zugeständnisse in Fragen der Gleichstellung, die schon vor dem Krieg artikuliert worden waren: die Zulassung von Frauen zum Wahlrecht sowie eine Berücksichtigung von Fraueninteressen in Rechtsprechung, Politik und Wirtschaft.¹²

Mit dem ersehnten Ende des Kriegs waren Hoffnungen, aber auch Unsicherheiten verbunden. Viele Ehefrauen von Soldaten, insbesondere aus den einkommensschwachen Schichten, litten unter der hohen Arbeitsbelastung im Beruf und in der Familie, die noch durch die schlechte Ernährungslage im Winter 1917 drastisch verschärft wurde. Den Alltag einer Familie zu organisieren, war allein schon harte Arbeit. Unter diesen Bedingungen erschien der Wunsch nur folgerichtig, zur friedlichen Vorkriegszeit und einer klaren geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zurückzukehren. Auch die staatlichen Behörden gingen selbstverständlich davon aus, dass die wirtschaftliche Demobilmachung, die Rückkehr von Frauen ins Haus und von Männern auf ihre Arbeitsplätze, kein Problem darstellen würden.

Mit der militärischen Niederlage und dem Zusammenbruch des Kaiserreichs im November 1918 intensivierten sich nochmals die Gefühle von Verunsicherung und Unordnung, verstärkt in den politisch unruhigen Zeiten im Frühjahr 1919, sowie eine allgemeine Fassungslosigkeit über die Bedingungen des Versailler Vertrags. Im gleichen Zeitraum ergaben sich aber auch neue Handlungsoptionen für Frauen durch ihre politische Gleichberechtigung und ihre Zulassung zum Wahlrecht – damit wurden Frauen erstmals zu Wählerinnen, auf deren Interessen die politischen Parteien eingehen mussten.

Beispielhaft zeigte sich die schwierige Mischung aus traditionellen Rollenerwartungen, Verunsicherungen über die Zukunft und Handlungsoptionen aufseiten der Frauen an der Frage der Demobilmachung:¹³ Gesetzliche Vorschriften des Frauen- und Jugendschutzes, wie zum Beispiel das Verbot der Nachtarbeit, die während des Kriegs gelockert worden waren, wur-

den bereits im November 1918 wieder eingeführt. Zugleich wurden in Preußen Richtlinien erlassen, mit denen der Übergang in die Friedenszeit geregelt werden sollte. Zuerst sollten alle Frauen entlassen werden, die nicht auf ihre Erwerbstätigkeit angewiesen waren, dann Frauen, die auch in anderen Bereichen Arbeit finden könnten und schließlich unverheiratete Frauen aus anderen Orten. In den 1919 erlassenen, reichsweiten Verordnungen zur Regulierung der wirtschaftlichen Demobilmachung wurden diese Vorschriften zum Umgang mit Arbeiterinnen nicht übernommen, aber festgelegt, dass zuerst alle Arbeiter zu entlassen seien, die nicht von ihrem Einkommen abhängig waren. Die geschlechterneutrale Formulierung verschleierte, dass diese Verordnungen vor allem Frauen meinten. Der Anteil von Frauen an der Industriearbeiterschaft sank direkt nach dem Krieg an vielen Orten auf das Niveau von 1913 oder darunter.

Unterstützt wurden all diese Maßnahmen zusätzlich durch öffentliche Forderungen männlicher Arbeitnehmergruppen, etwa dem Deutschen Handlungsgehilfen-Verband, und zwar auch noch über den Abschluss der Demobilmachung im Sommer 1919 hinaus. Die Idee, dass Ehefrauen kein Arbeitsplatz zustehe, da sie ja versorgt seien, wurde nun auch ohne Bezug zur Kriegswirtschaft weitergetragen. Begriffe wie „Doppelverdiener“ tauchten erstmals in diesen Debatten auf und wurden in der Wirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre erneut gegen berufstätige verheiratete Frauen verwendet. Neu war aber auch, dass vonseiten der liberalen und sozialdemokratischen Frauenbewegungen Widerstand gegen diese eindeutige Diskriminierung berufstätiger Frauen formuliert wurde – wenn auch zunächst lediglich dagegen, dass in den örtlichen Demobilmachungskomitees keine Frauen vertreten waren.

FRAUEN ALS WÄHLERINNEN

Frauen als Wählerinnen sowie als Abgeordnete in Parlamenten waren ein Novum in der Weimarer Republik – und entsprechend hoch waren die Erwartungen. Der Rat der Volksbeauftragten hatte am 12. November 1918 das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für beide Geschlechter für alle zu wählenden öf-

12 Angelika Schaser, *Frauenbewegung in Deutschland 1848–1933*, Darmstadt 2006.

13 Vgl. dazu und im Folgenden Susanne Rouette, *Sozialpolitik als Geschlechterpolitik. Die Regulierung der Frauenarbeit nach dem Ersten Weltkrieg*, Frankfurt/M. 1993, S. 92–170.

fentlichen Körperschaften verkündet. Bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 lag die Beteiligung mit über achtzig Prozent sehr hoch; ähnliche Ergebnisse zeigten sich in den Wahlen zu regionalen und lokalen Parlamenten.

Das Wahlrecht war gegenüber dem Kaiserreich dreifach verändert worden: Das Wahlalter war gesenkt worden, erwachsene Frauen durften wählen, und es gab ein Verhältniswahlrecht. Trotz dieser Neuerungen blieben die Ergebnisse der einzelnen Parteilager zu Beginn der 1920er Jahre erstaunlich stabil: Wie schon im letzten Reichstag vor dem Krieg stellten die Sozialdemokraten die stärkste Fraktion, die Linksliberalen konnten ihre Stimmzahl deutlich erhöhen, die Rechtsliberalen verloren etwas, und auch der Anteil des katholischen Zentrums änderte sich nur unwesentlich. Die Konservativen verloren dagegen nicht so stark wie befürchtet; im Gegenteil konnte die neue Deutschnationale Volkspartei ihren Stimmenanteil bis 1928 weiter ausbauen.

Paradoxerweise konnte die SPD nicht nachhaltig vom Frauenstimmrecht profitieren, obwohl sie die einzige Partei war, die diese Forderung schon seit 1891 im Parteiprogramm führte. In einigen Wahlkreisen wurden in den 1920er Jahren die abgegebenen Stimmen getrennt nach Geschlechtern ausgezählt, und dabei zeigte sich ein spezifisches Stimmverhalten von Frauen: Diese wählten im Vergleich zu Männern weniger radikal und stärker religiös beziehungsweise konservativ.¹⁴ Dieses Muster blieb bis zum Ende der Republik erhalten; erst 1932 gelang es den Nationalsozialisten, ihren Stimmenanteil bei den Frauen zu erhöhen.

Der erwartete Linksrutsch durch das Frauenwahlrecht blieb also aus, sodass sich auch die konservativen Kräfte, aus deren Sicht das Frauenstimmrecht sogar einer der zentralen Fehler der demokratischen Kräfte im Übergang zur Republik gewesen war, mit den neuen Rechten für Frauen arrangieren konnten.¹⁵ Aber auch die Einschätzung, Frauen hätten Hitler an die Macht gebracht, lässt sich aus dem Wahlmuster nicht ableiten – im Gegenteil erhielt die NSDAP

auch in den entscheidenden Wahlen Anfang der 1930er Jahre sehr viel mehr Stimmen von Männern als von Frauen. Sowohl die KPD als auch die NSDAP waren vom Charakter her eher Männer- als Frauenparteien, wenn auch die Kommunisten eine ganz andere Frauenpolitik propagierten als die Nationalsozialisten.¹⁶

SONDERROLLE IN DER POLITIK

Dank des Frauenwahlrechts mussten Frauen von den Parteien als Wählergruppe und als potenzielle Mitglieder adressiert werden. Alle Parteien reagierten darauf mit einer geschlechtsspezifischen Propaganda, in der Frauen die Aufgabe zugesprochen wurde, ihre Stimmen nicht für partikuläre Interessen, sondern wahlweise für die des Volkes (Konservative und Liberale) oder für den Frieden und die Gemeinschaft der Werktätigen (Linke) abzugeben.¹⁷

Auch innerhalb der Parteien wurden Frauen gesondert organisiert, in der Hoffnung, auf diese Weise erfolgreich weibliche Mitglieder gewinnen zu können.¹⁸ Traditionelle Strukturen der Parteien, etwa in der SPD, wurden um „Frausekretärinnen“ ergänzt, doch löste diese Ergänzung nicht das Problem, dass die traditionelle Wahl- und Mitgliederwerbung der Partei, die über den Betrieb lief, für die Agitation von Frauen wenig vorteilhaft war. Auch im sozialdemokratischen Milieu galt die Erwerbstätigkeit der Frau eher als Übergangsphase zur Familiengründung, die zudem aufgrund der Mehrfachbelastungen nur wenig Zeit für politische Abende gestattete.¹⁹

Diese Strukturen hatten ambivalente Folgen: Einerseits erhielten Frauen nach 1918 erstmals in allen politischen Parteien eine anerkannte Vertretung. Andererseits etablierte sich dadurch eine Art „Ghettoisierung“ der weiblichen Mitglie-

¹⁴ Vgl. Boak (Anm. 6), S. 76–82.

¹⁵ Vgl. Walter Graef, *Der Werdegang der Deutschnationalen Volkspartei 1918–1928*, in: Max Weiß (Hrsg.), *Der nationale Wille*, Berlin 1928, S. 20.

¹⁶ Vgl. Klaus-Michael Mallmann, *Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*, Darmstadt 2012, S. 131–141; Hans-Jürgen Arendt/Sabine Hering/Leonie Wagner, *Nationalsozialistische Frauenpolitik vor 1933*. Dokumentation, Frankfurt/M. 1995.

¹⁷ Vgl. Julia Sneeringer, *Winning Women's Votes. Propaganda and Politics in Weimar Germany*, Chapel Hill 2002.

¹⁸ Vgl. zusammenfassend dazu Boak (Anm. 6), S. 82–88.

¹⁹ Vgl. Karen Hagemann, *Frauenalltag und Männerpolitik. Alltagsleben und gesellschaftliches Handeln von Arbeiterfrauen in der Weimarer Republik*, Bonn 1990, S. 552–583.

der und damit ihre permanente Sonderrolle. Zugleich wurden parteiübergreifend die Themen, die in den separaten Frauengruppen behandelt wurden, nur zu Wahlkampfzwecken eingesetzt. Von einer intensiven Auseinandersetzung der Parteien mit Fragen der Umsetzung des Gleichheitsgrundsatzes der Weimarer Verfassung, der Reform weiblicher Arbeitsverhältnisse oder der Ehe- und Familiengesetzgebung kann keine Rede sein.

Die geschlechtsbezogene Organisationsstruktur der Parteien wurde sogar noch durch eine inhaltliche Arbeitsteilung unterstützt. In der Weimarer Republik bildete sich nämlich ein langfristig wirkendes Muster aus: Das Soziale, die Sittlichkeit, die Mädchen- und Frauenbildung waren die zentralen Inhalte der frauenpolitischen Parteiarbeit. Dies war auch eine Folge der Personalpolitik, denn alle Parteien nahmen bekannte Vertreterinnen aus den unterschiedlichen Frauenbewegungen auf ihre Wahllisten, um überhaupt professionelle Kandidatinnen präsentieren zu können. Für die neuen weiblichen Abgeordneten in Stadt und Land war diese Berufung wiederum eine wichtige Erweiterung ihrer Handlungsmöglichkeiten; sie erhofften sich, dass viele ihrer Anliegen aus dem Kaiserreich nun durch fleißige Mitarbeit in Parteien und Parlament endlich Gehör finden würden. Wohlfahrt und Jugendarbeit, aber auch der Schutz von Sittlichkeit sowie „berufsständische“ Fragen, etwa für Arbeiterinnen aber auch Hausfrauen, zählten zu den zentralen Themen der parlamentarischen Frauenarbeit.²⁰

Alle Frauenpolitikerinnen versuchten, ihre Themen in parlamentarische Beratungen einzubringen, doch blieben sie dabei weitgehend auf sich allein oder die anderen weiblichen Abgeordneten gestellt. Die Relevanzhierarchie in allen Parteien war nämlich sehr eindeutig: Die Themen der Frauenausschüsse galten als „weiblich“, und sie waren damit tendenziell gegenüber den harten, „männlichen“ Themen wie Außen- oder Wirtschaftspolitik abgewertet. Mit der Zulassung von Frauen zu politischen Vereinen (in Preußen 1908) sowie der Einführung des Frauenstimmrechts 1918 hatten sich damit allgemeine Strukturmerkmale der politischen

Partizipation von Frauen in Parteien ausgebildet, die erst in den 1980er Jahren verändert werden sollten.²¹

Sehr viele Politikerinnen äußerten sich bereits ab 1924 enttäuscht über die geringe Reichweite ihrer Stimmen und ihrer Anliegen. Manche wandten sich von den Parteien ab und schlugen als Alternativen „Frauenlisten“ vor. Auch sank die Anzahl der weiblichen Abgeordneten absolut wie relativ seit der ersten Wahl zur Nationalversammlung und pendelte sich bei rund sieben Prozent ein. Im weiteren Verlauf der Republik, vor allem in ihrer dramatischen Endphase, setzte eine erneute Maskulinisierung von Politik und Parteien ein, sodass immer weniger Frauen in den Führungsgremien vertreten waren. Die generelle Entwertung der Parteien als Organisatoren gesellschaftlicher Konsensfindung im parlamentarischen Raum ab 1930 korrespondierte mit der zunehmenden Ausgrenzung von Frauen und ihren Themen aus den politischen Debatten. Die letzte Krise der Weimarer Republik äußerte sich daher auch als Rollback gegenüber der Geschlechterdemokratie.

Der radikale und brutale Aufbau des nationalsozialistischen Regimes ab 1933 führte zu einem Bruch in der kurzen Geschichte der weiblichen Partizipation an Politik. Ab Ende 1933 war nur noch die NSDAP als Staatspartei zugelassen, und diese ließ sich grundsätzlich nicht durch Frauen politisch repräsentieren.²² Allen Frauen wurde damit zugleich das passive Wahlrecht entzogen – diese Maßnahme brachte die Maskulinisierung der Politik auf ihren symbolischen Höhepunkt und den 1908 und 1918 begonnenen Aufbruch von Frauen in die Parteipolitik zu einem vorläufigen Ende.

ANHALTENDE UNGLEICHHEITEN

Die Einführung des Wahlrechts für Frauen im Zuge der Revolution führte also weder zu einem kurzfristigen Linksrutsch noch zu einem nachhaltigen Wandel des als männlich konnotierten politischen Feldes. Eine Erklärung für diese Kontinuitäten liegt offenbar in der Diskrepanz zwischen der neuen staatsbürgerlichen Gleichbe-

²⁰ Vgl. Heide-Marie Lauterer, *Parlamentarierinnen in Deutschland 1918/19–1949*, Königstein/Ts. 2002, S. 120–151.

²¹ Vgl. Heinsohn (Anm. 3).

²² Vgl. Arendt/Hering/Wagner (Anm. 16), S. 85.

rechtigung und der anhaltenden Ungleichheit im sozialen und privaten Raum.²³

Erstmals wurden Frauen in der Weimarer Verfassung als gleichberechtigte Staatsbürgerinnen anerkannt: „Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“, lautete Paragraph 109. Was zunächst wie eine einfache Formel aussah, entpuppte sich durch die Einschränkung „grundsätzlich“ als problematisch. Denn mit dieser Bestimmung wurde eine grundlegende Revision geschlechterspezifischer Ungleichbehandlung von Frauen etwa im Ehe- und Scheidungsrecht, aber auch in Vermögensfragen, weiterhin blockiert.

Gesellschaftlich war die Auffassung, dass Männer und Frauen „grundsätzlich“ verschieden seien, so tief verankert, dass die wenigen Frauenrechtlerinnen und Politiker, die sich für die Gleichberechtigung ohne Einschränkungen einsetzten, kaum Gehör fanden. Entsprechend gab es nur wenige Initiativen für eine Novellierung von Gesetzen und auch keine politischen Mehrheiten für grundlegende Revisionen im Reichstag. Das Familienrecht von 1900, in dem eine patriarchale Familienstruktur sowie die Verfügungsmacht des Ehemannes über das Vermögen, die Arbeit und den Körper seiner Frau festgelegt wurde, blieb letztlich unangetastet. Damit fehlte den Frauen aber eine wesentliche Voraussetzung für eine tatsächliche Gleichstellung.

Deutlich wurde dies vor allem bei jenen Themen, die traditionell allein von Männern besetzt waren, etwa im Bereich der Rechtsprechung bei der Frage, ob Frauen zum Amt des Schöffen oder Geschworenen zugelassen werden sollten. Dies war bereits zu Zeiten des Kaiserreichs eine der wichtigsten Forderungen der Frauenbewegungen gewesen. Die Vertretung der Länder, der Reichsrat, führte 1924 zu diesem Anliegen aus, dass der Mann „überwiegend eine Abneigung dagegen (habe), sich von Frauen aburteilen zu lassen und sich ihrem Urteil zu unterwerfen“;²⁴ ähnlich argumentierte der Deutsche Richtertag. Die Abgeordneten des Reichstages nahmen des-

halb die Bestimmung in das fragliche Gesetz auf, dass Frauen die Wahl zum Amt ablehnen könnten und mindestens einer der Schöffen ein Mann sein müsse.

Einfacher war es hingegen, Ausnahmegesetze für weibliche verheiratete Beamte zu erhalten, trotz eines in Paragraph 128 der Verfassung klar formulierten Verfassungsauftrages, solche abzuschaffen. Die spezifischen Regelungen, die Kündigung von verheirateten Beamtinnen aufgrund von Defiziten in den öffentlichen Haushalten, wurden nur sehr zögerlich bis 1929 abgeschafft – um 1932 in der Wirtschaftskrise wieder eingeführt zu werden. Auch in der Frage des Scheidungsrechts konnte eine Liberalisierung nicht gegen die Stimmen der Konservativen und des Zentrums durchgesetzt werden.²⁵

SICHTBARE FRAUEN

Also eigentlich nichts Neues für und von Frauen in der Weimarer Republik? Eine solche Schlussfolgerung wäre ebenso falsch wie eine einseitige Betrachtung der 1920er Jahre allein unter dem Stichwort „neue Frau“. Frauen hatten nach dem Krieg mehr und neue Optionen für ihre persönliche Lebensführung, konnten sich teilweise auch in neuen Räumen ausprobieren. Dazu zählte nicht nur der Bereich der Politik, sondern auch der Sport, die Freizeitgestaltung, Berufsausbildungsangebote und überhaupt der öffentliche Raum.²⁶ Inwieweit diese Angebote aber genutzt werden konnten, hing von der sozialen Lage ab und auch vom Wohnort.

Eine beliebte Freizeitbeschäftigung für junge Menschen war der Kinobesuch – doch war ein solcher meistens nur in größeren Städten möglich. Zwar lebten Anfang der 1930er Jahre mehr als dreißig Prozent der Deutschen in Großstädten, aber immer noch ein Drittel auf dem Land, wo es in der Regel weder ein Theater noch eine Tätigkeit als Angestellte im Kontor für junge Frauen gab. Die neuen Arbeitsmöglichkeiten für junge Frauen entstanden in urbanen Zentren und dort auch nur in einigen industriellen Bereichen sowie in Handel und Verwaltung. Die Mehrheit aller Frauen fand weiterhin Beschäftigung als

²³ Vgl. Ute Gerhard, Grenzziehungen und Überschreitungen. Die Rechte der Frauen auf dem Weg in die politische Öffentlichkeit, in: dies. (Hrsg.), Frauen in der Geschichte des Rechts. Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, München 1997, S. 509–546, hier S. 544.

²⁴ Verhandlungen des Reichstages, Bd. 368, Anlagen, Berlin 1924, S. 2534.

²⁵ Vgl. Dirk Blasius, Ehescheidung in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1992.

²⁶ Vgl. Boak (Anm. 6), S. 254–291.

„mithelfende Familienangehörige“ im Geschäft des Mannes oder Vaters in Stadt und Land.

Gegenüber der Vorkriegszeit absolvierten jedoch mehr Mädchen aus dem Arbeitermilieu eine Berufsausbildung, und in wohlhabenden Familien erwarben Mädchen zunehmend nicht nur höhere Bildungsabschlüsse, sondern entschieden sich auch, ein Studium aufzunehmen. Damit waren junge Frauen verstärkt auch in der städtischen Öffentlichkeit sichtbar – allein und auf dem Weg zur Arbeit, zur Universität, ins Kino oder im Café. Auch stieg der Anteil von Frauen in Sportvereinen signifikant, vor allem im Bereich Gymnastik und Leichtathletik.

Der erweiterte Handlungsraum gerade für junge Frauen spiegelte sich in der Mode der Zeit wider, den kürzeren, leichteren Kleidern sowie sportlichen Kurzhaarfrisuren. Und auch die Medien verbreiteten Bilder von erfolgreichen, selbstständigen, aber auch umstrittenen Frauen, seien es bekannte Politikerinnen wie Gertrud Bäumer oder Katharina von Kardorff-Oheimb, Künstlerinnen wie die Tänzerinnen Josephine Baker und Valeska Gert, die Schauspielerin Marlene Dietrich oder die Kabarettistin Claire Waldoff. In den Großstädten, vor allem in Berlin, entwickelten sich erstmals eigene Frauenlokale jenseits des klassischen Clubs der Frauenvereine, in denen sich lesbische Frauen trafen und ganz nach eigenen Wünschen ihre Freizeit gestalteten.²⁷

Doch sollte das medial weitverbreitete Bild der „neuen Frau“ nicht darüber hinwegtäuschen, dass die große Mehrheit der Frauen ihre Individualität nur in den Grenzen der sozialen und geschlechtsspezifischen Möglichkeiten leben konnte. In Ausbildung, Beruf, Familie und auch in der Freizeit waren Frauen weiterhin nur „grundsätzlich“ gleichberechtigt. Aber immer mehr Frauen hofften, in einer Zeit zu leben, die ihnen Selbstverwirklichung und Verantwortung für das eigene Leben ermöglichen würde.²⁸ Eine Zeitgenossin sah genau in dieser Hoffnung das

zentrale Merkmal der „neuen Frau“: „Die Frau von heute ist also keine künstlich gewollte Erscheinung, aus bewußter Ablehnung gegen ein bestehendes System konstruiert, sie ist vielmehr organisch mit der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der letzten Jahrzehnte verwachsen. Ihre Aufgabe ist es, dem Gedanken der Gleichberechtigung der Frau auf allen Lebensgebieten die Wege zu bahnen.“²⁹

27 Vgl. Ilse Kokula, *Freundinnen. Lesbische Frauen in der Weimarer Zeit*, in: Kristine von Soden/Maruta Schmidt (Hrsg.), *Neue Frauen. Die zwanziger Jahre*, Berlin 1988, S. 160–166.

28 Vgl. Moritz Föllmer, *Auf der Suche nach dem eigenen Leben. Junge Frauen und Individualität in der Weimarer Republik*, in: ders./Rüdiger Graf (Hrsg.), *Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters*, Frankfurt/M. 2005, S. 287–318.

29 Elsa Hermann, *So ist die Neue Frau*, Hellerau 1929, S. 43.

KIRSTEN HEINSOHN

ist stellvertretende Direktorin der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg und Privatdozentin am Fachbereich Geschichte der Universität Hamburg. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Frauen- und Geschlechtergeschichte, Jüdische Geschichte sowie Geschichte Hamburgs. heinsohn@zeitgeschichte-hamburg.de

EIN FREUND, EIN GUTER FREUND, DAS WÄR DAS SCHÖNSTE, WAS ES GIBT AUF DER WELT

Jüdisches Filmschaffen in der Weimarer Republik

Philipp Stiasny

Kurz nacheinander feiern am 15. und 16. September 1930 zwei Spielfilme in Berlin Premiere, die für zwei ganz unterschiedliche Formen des jüdischen Filmschaffens in der Weimarer Republik stehen. Der eine davon, „Die Drei von der Tankstelle“, ist zu einem Klassiker geworden und Teil des kulturellen Gedächtnisses. Er war der erfolgreichste Film der Saison 1930/31, und es gab Zeiten, da konnte jeder die Lieder daraus mitsingen. Der andere Film ist heute vergessen und nur schwer zugänglich: „Zwei Welten“, ein Drama, das 1917 in einem jüdischen Städtchen in Galizien spielt, in dem die Juden buchstäblich zwischen die Fronten geraten, misshandelt und diskriminiert werden. „Zwei Welten“ rückt die bedrohte Lebenswelt der osteuropäischen Juden ins Licht und wirbt um Anteilnahme und Verständnis.

Der Kinostart der beiden Filme fällt mit den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 zusammen, die für die deutschen Juden einen so katastrophalen Ausgang nehmen. Unter der Überschrift „6400000 nationalsozialistische Wähler“ kommentiert die „Jüdische Rundschau“, das Organ der deutschen Zionisten, das Ergebnis und seine Auswirkungen: „In Deutschland leben ungefähr 560000 jüdische Seelen. Auf jede jüdische Seele kommen also 11 erwachsene Nichtjuden, die einem radikal-antisemitischen Programm zugestimmt haben und bereit sind, mit allen gesetzlichen und ungesetzlichen Mitteln die Juden zu schädigen. Das ist eine Tatsache, die in krassester Weise die Situation der deutschen Judenheit charakterisiert.“ Obwohl der Wahlerfolg der Nationalsozialisten „eine furchtbare Drohung für die Judenheit in Deutschland“ darstelle, werde dies von den anderen Parteien nur als nachrangiges Problem wahrgenommen, beklagt die Zeitung. Die Juden würden allein gelassen. Der ganze Kampf gegen den Nationalso-

zialismus, insbesondere auch von jüdischer Seite, sei „gegenüber der durch die antisemitische Hetze erzeugten Grundstimmung großer Teile des deutschen Volkes nutzlos verpufft.“ Die zutreffende Prognose der „Jüdischen Rundschau“ lautete: „Wie eine Sintflut bricht eine Welle rücksichtslosester Feindschaft über die deutschen Juden herein.“⁰¹

Während in dieser Situation eines neu entfesselten Judenhasses die Zugehörigkeit von „Zwei Welten“ zum jüdischen Filmschaffen aufgrund des Stoffes und der jüdischen Abstammung des Regisseurs Ewald André Dupont klar auf der Hand liegt, stellt sich bei „Die Drei von der Tankstelle“ doch die Frage, was der Film mit jüdischem Filmschaffen zu tun hat. Unbestreitbar waren für seinen Erfolg – wie auch für den Erfolg und die Weltgeltung des Weimarer Kinos überhaupt – großenteils jüdische Filmschaffende vor und hinter der Kamera verantwortlich. Ob sich aber der Produzent Erich Pommer, der Drehbuchautor Franz Schulz, der auch das Drehbuch von „Zwei Welten“ verfasst hatte, der Regisseur Wilhelm Thiele, der Komponist Werner Richard Heymann und der Librettist Robert Gilbert selbst als jüdische Filmschaffende verstanden haben? Oder wurden sie erst in dem Moment zu jüdischen Filmschaffenden, als ihnen die neuen Machthaber 1933 mit der Begründung, sie seien Juden, die Weiterarbeit in der Filmbranche verboten, ihre Existenzgrundlage zerstörten und sie aus Deutschland vertrieben?

Die Frage nach dem jüdischen Filmschaffen in der Weimarer Republik ist von der Publizistik und der akademischen Forschung lange vernachlässigt worden. Sie spielt auch in den so wichtigen, zuerst 1947 und 1952 erschienenen Pionierstudien der ehemaligen Filmkritiker Siegfried Kracauer und Lotte Eisner, die beide als Juden aus Deutschland emigrieren mussten, keine Rolle.⁰² Neben Untersuchun-

gen zu einzelnen Filmen und Filmschaffenden liegt mittlerweile eine Überblicksdarstellung des Literaturwissenschaftlers Siegbert Praver zum Thema vor, die das Filmkorpus vorstellt und Ansatzpunkte für weitere Recherchen liefert.⁰³ Praver berücksichtigt darin auch den österreichischen Film der 1920er Jahre und kann so zeigen, was es im deutschen Film damals nicht gab – etwa die lustvolle Darstellung der jüdischen Emigranten aus Osteuropa und der von ihnen gepflegten jiddischen Kultur.⁰⁴

Der Frage, was jüdisches Filmschaffen in der Weimarer Republik bedeutet, nähere ich mich im Folgenden von zwei Seiten, wobei mir „Zwei Welten“ und „Die Drei von der Tankstelle“ als Referenzen dienen. Zunächst gilt mein Interesse Filmen, die einen jüdischen Stoff haben und jüdische Figuren ins Zentrum stellen. Zwar waren Juden, gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung Deutschlands, in der Filmbranche überaus stark vertreten. Angesichts einer Produktion von Hunderten Filmen pro Jahr blieb die Zahl deutscher Filme mit jüdischem Stoff dennoch marginal.

Anschließend komme ich auf „Die Drei von der Tankstelle“ zurück. Der Film steht hier exemplarisch für jene Werke, deren Stoff gerade keine offensichtlichen Berührungspunkte mit dem Judentum ihrer Schöpfer aufweist. Dem Historiker Ofer Ashkenazi zufolge nutzten jüdische Filmschaffende solche gewissermaßen unverdächtigen Filme – populäre Komödien, Abenteuerfilme, Melodramen – dazu, Fragen der eigenen deutsch-jüdischen Identität und ihrer Stellung in der Gesellschaft der Weimarer Republik wenn schon nicht offenkundig, so doch auf metaphorischer und symbolischer Ebene zu reflektieren.⁰⁵ Diese These erlaubt es

Ashkenazi, speziell das Weimarer Genrekinos und seine Prägung durch jüdische Filmschaffende einer grundlegenden Revision zu unterziehen. Es erscheint dann als ein Kino, dessen Geschichten von den gleichen Ambitionen und Befürchtungen handelten, die auch ein liberales, in die bürgerliche Gesellschaft integriertes und akkulturiertes urbanes Judentum umgetrieben haben. Zu der in den Filmen geprobt modernen deutsch-jüdischen Identität gehören nicht nur Bedrohungen, Anfeindungen und Angst vor Entdeckung, sondern ebenso ein spielerisch-performativer Umgang mit Identitäten sowie Zukunftsoptimismus und die Chance auf gesellschaftliche Akzeptanz und Teilhabe.⁰⁶

MODERNER RASSENANTISEMITISMUS

In der Geschichte der Juden in Deutschland markiert der Erste Weltkrieg einen tiefen Einschnitt. Bis dahin war diese Geschichte von der Mitte des 19. Jahrhunderts an „im Wesentlichen eine Erfolgsgeschichte“, stellt der Historiker Reinhard Rürup fest. Sie bedeutete „einen der spektakulärsten Sprünge einer Minderheit in die Gesellschaftsgeschichte Europas“.⁰⁷ Während des Ersten Weltkriegs nehmen antisemitische Polemiken dagegen stark zu, auch im Zusammenhang mit der kriegsbedingten Flucht osteuropäischer Juden nach Westen. In der Öffentlichkeit der Kriegs- und Nachkriegsjahre wird die Zahl die-

01 J.R., 6 400 000 nationalsozialistische Wähler. Niederlage der bürgerlichen Demokratie, in: Jüdische Rundschau, 16. 9. 1930.

02 Vgl. Siegfried Kracauer, Von Caligari zu Hitler. Eine psychologische Geschichte des deutschen Films, Frankfurt/M. 1979; Lotte H. Eisner, Die dämonische Leinwand, Frankfurt/M. 1980.

03 Vgl. Siegbert Salomon Praver, *Between Two Worlds. The Jewish Presence in German and Austrian Film, 1910–1933*, New York–Oxford 2005. Siehe auch Irene Stratenwerth/Hermann Simon (Hrsg.), *Pioniere in Celluloid. Juden in der frühen Filmwelt*, Berlin 2004.

04 Vgl. Praver (Anm. 3), S. 63–71; James Hoberman, *Bridge of Light. Yiddish Film Between Two Worlds*, New York 1991. In Österreich entstand 1921 auch eine stolze Filmbiografie von Theodor Herzl, dem Mitbegründer des Zionismus. Vgl. etwa Nicholas Baer, *The Rebirth of a Nation: Cinema, Herzlian Zionism, and Emotion in Jewish History*, in: *Leo Baeck Institute Year Book*, Bd. 59, Oxford 2014, S. 233–248.

05 Vgl. Ofer Ashkenazi, *Weimar Film and Modern Jewish Identity*, New York 2012.

06 Ein prägnantes Beispiel liefert Ernst Lubitsch mit dem zur Zeit der Französischen Revolution spielenden Historienfilm „Madame Dubarry“ (1919), dem ersten Exportschlag des Weimarer Kinos. Lubitsch, der sich während des Ersten Weltkriegs mit deftigen Komödien aus dem jüdischen Milieu einen Namen gemacht hatte, schildert darin den Aufstieg einer jungen Frau aus der Unterschicht zur Mätresse des Königs und mächtigsten Frau des Landes. Diesen Aufstieg bezahlt sie am Ende mit dem Tod auf dem Schafott. Folgt man Richard McCormick, so lässt sich diese Frauenfigur als Alter Ego des Regisseurs verstehen: Die Geschichte wäre dann eine Metapher für die Wonnen und (lebensgefährlichen) Risiken des Aufstiegs eines Juden vom gesellschaftlichen Rand ins Zentrum, wobei der Film mit der Heldin und ihrem Begehren sympathisiert. In der Hinrichtung der Heldin durch die Revolutionäre spiegelt sich für McCormick die reservierte Haltung Lubitschs, der für Liberalität und Toleranz warb, aus der Sicht eines ehemaligen Außenseiters aber der stets manipulierbaren und gewaltbereiten Masse des Volkes misstraute. Vgl. Richard McCormick, *Sex, History, and Upward Mobility: Ernst Lubitsch's „Madame Dubarry/Passion“*, 1919, in: *German Studies Review* 3/2010, S. 603–617.

07 Reinhard Rürup, *Jüdische Geschichte in Deutschland. Von der Emanzipation bis zur nationalsozialistischen Gewaltherrschaft*, in: Dirk Blasius/Dan Diner (Hrsg.), *Zerbrochene Geschichte. Leben und Selbstverständnis der Juden in Deutschland*, Frankfurt/M. 1991, S. 79–102, hier S. 95.

ser sogenannten Ostjuden stark übertrieben, wohl auch, weil sie als „Vertreter einer orthodoxen Ghettokultur an Kleidung und Sprache oft äußerlich erkennbar“ sind.⁰⁸ In der Folge von Kriegsniederlage, Revolution, Republikgründung und Ende der Monarchie ergießt sich eine „antisemitische Sturmflut“ aus Millionen von Flugblättern, Handzetteln und Broschüren über Deutschland.⁰⁹

Die antisemitische Bewegung vollzieht in dieser Zeit den Wandel von einer religiös, wirtschaftlich und sozial motivierten Judenfeindschaft hin zu einer wissenschaftlich aufgemachten Rassenideologie, dem „modernen Rassenantisemitismus“. Völkische und antisemitische Gruppen, Vereine und Verbände verzeichnen einen starken Zulauf. Zum Antisemitismus des geschriebenen oder bei Versammlungen gesprochenen Wortes kommt nun ein Antisemitismus der Aktion in Form von Kampagnen und Angriffen auf jüdische Personen und Einrichtungen hinzu.

Im Zentrum des antisemitischen Diskurses steht damals das Stereotyp des „Ostjuden“. Dieser galt dem Historiker Moshe Zimmermann zufolge als „das genaue Gegenteil des deutschen bzw. des assimilierten Juden: faul und unproduktiv, verschmutzt und Krankheitsüberträger, Verbrecher von Geburt an, Asiat und Revolutionär“.¹⁰ Die Politik reagiert in der „Ostjudenfrage“ mit der Forderung nach Einwanderungsverboten und Ausweisungen, was sich auch gegen die jüdischen Pogromflüchtlinge aus Russland und der Ukraine richtet.¹¹ In mehreren deutschen Städten ereignen sich in den Nachkriegsjahren gewalttätige Ausschreitungen und Übergriffe gegen „Ostjuden“.¹² Unter den liberal-bürgerlichen, orthodoxen und zionistischen deutschen Juden rufen diese Ereignisse und Entwicklungen unterschiedliche Reak-

tionen hervor: Sie reichen von der deutlichen Distanzierung alteingesessener deutscher Juden von den „Ostjuden“, in deren Einwanderung die Ursache für den zunehmenden Antisemitismus gesehen wird, über die Aufforderung zur Assimilation oder Akkulturation bis hin zur Verklärung eines „authentischen Judentums“.

AUFKLÄRUNGSARBEIT IM KINO

Den antisemitischen Anfeindungen begegnen jüdische Verbände, Gemeinden und Einzelpersonen auf vielfältige Weise.¹³ Während die meisten nichtjüdischen Deutschen im Antisemitismus primär das nicht so ernst zu nehmende Problem einer Randgruppe sehen, beteiligen sich jüdische Filmschaffende aktiv am Kampf gegen den Antisemitismus und tragen ihn auch ins Kino.

Exemplarisch steht dafür der Regisseur und Produzent Richard Oswald, der 1920 ein Filmprojekt mit dem Titel „Antisemiten“ ankündigt. „Der Antisemitismus ist – vielleicht im höheren Maße als Kapitalismus oder Kommunismus – das Problem des Tages und der Stunde, die Frage, die dringlichst der Lösung bedarf“, teilt er mit.¹⁴ Oswald hatte zu diesem Zeitpunkt bereits eigene Erfahrungen mit einer antisemitischen Kampagne gemacht: Sein Spielfilm „Anders als die Andern“ von 1919, der für Toleranz gegenüber Homosexuellen eintrat, hatte mit diesem Tabubruch ungeheures Aufsehen erregt und war von konservativen und völkischen Gruppen aufs Heftigste bekämpft worden. Mit Hinweis auf die jüdische Abstammung Oswalds und seines wissenschaftlichen Beraters Magnus Hirschfeld warfen sie dem Film eine „jüdisch-homosexuelle ‚Kontamination‘ von Volk und Rasse“ vor.¹⁵ Der Skandal um „Anders als die Andern“ ist Ausdruck eines aggressiven Antisemitismus, der in die Öffentlichkeit drängt und um Zustimmung buhlt.

Bei seinem Film gegen den Antisemitismus will Oswald mit Persönlichkeiten aus allen politischen Lagern und „Geistesrichtungen“ zusammenar-

08 Werner Bergmann, *Geschichte des Antisemitismus*, München 2002, S. 76. Ich beziehe mich im Folgenden v. a. auf die Ausführungen von Bergmann sowie auf Moshe Zimmermann, *Die deutschen Juden 1914–1945*, München 1997.

09 Bergmann (Anm. 8), S. 74.

10 Zimmermann (Anm. 8), S. 23. Zum Stereotyp des „Ostjuden“ vgl. auch Ludger Heid, *Der Ostjude*, in: Julius H. Schoeps/Joachim Schlör (Hrsg.), *Antisemitismus. Vorurteile und Mythen*, München–Zürich 1995, S. 241–251.

11 Zur Transitwanderung osteuropäischer Juden und den Pogromflüchtlingen vgl. Jochen Oltmer, *Migration und Politik in der Weimarer Republik*, Göttingen 2005, S. 219–261.

12 Vgl. Dirk Walter, *Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik*, Bonn 1999; Cornelia Hecht, *Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik*, Bonn 2003.

13 Zum Abwehrkampf gegen den Antisemitismus vgl. Zimmermann (Anm. 8), S. 44 ff.

14 L.F.K. [Lothar Knud Fredrik], *Antisemiten – das Problem der Stunde. Ein neues Wagnis Richard Oswalds*, in: *Film-Kurier*, 7. 8. 1920. Dort auch die folgenden Zitate.

15 Kai Nowak, *Projektionen der Moral. Filmskandale in der Weimarer Republik*, Göttingen 2015, S. 115. Ausführlicher dazu James Steakley, *„Anders als die Andern“*. Ein Film und seine Geschichte, Hamburg 2007, S. 76–85.

beiten und „objektiv und mit gelassener Kühle“ vorgehen. „Das Auswärtige Amt interessiert sich nach seinen Angaben sehr lebhaft für seinen Plan. Eine Kulturaufgabe, eine Aufklärungsarbeit von größtem Format ist in Angriff genommen worden. Wird sie geleistet werden können?“¹⁶

Die Frage ist schnell beantwortet: Zumindest aus dem geplanten Problem- oder Aufklärungsfilm „Antisemiten“ wird nichts. Zwar spricht Oswald tatsächlich bei Vertretern der Regierung vor und wirbt für seine Idee eines Films, der versöhnen und dabei „keineswegs die Juden verherrlichen“ wolle. Das Auswärtige Amt ist aber nicht interessiert. Im Gegenteil: Oswald bekommt den dringlichen Rat, sein Vorhaben nicht weiter zu verfolgen.¹⁷ An diesen Rat hält er sich.

Die Beschäftigung mit jüdischen Sujets und dem Antisemitismus zieht sich trotzdem wie ein roter Faden durch sein Werk: Sie manifestiert sich etwa 1915 in „Der Schlemihl“, angesiedelt im jüdischen Galizien und mit dem jüdischen Bühnenstar Rudolf Schildkraut in der Hauptrolle, 1918 in der Verfilmung der jüdischen Familiengeschichte „Jettchen Gebert“ von Georg Hermann und 1927 in einem auffallenden Nebenstrang von „Dr. Bessels Verwandlung“, in dem die Diskriminierung von emigrierten osteuropäischen Juden kritisiert wird und der nichtjüdische Held seine Solidarität mit den Verfolgten bekennt. Am deutlichsten nimmt Oswald 1930 in seinem Spielfilm „Dreyfus“ Stellung, der die antisemitisch motivierte Dreyfus-Affäre in Frankreich beleuchtet und im September 1930, als „Zwei Welten“ herauskommt, schon seit Wochen mit großem Erfolg in den Kinos läuft.¹⁸

Mag Oswalds gescheitertes Filmprojekt „Antisemiten“ auch symptomatisch für das Desinteresse einer Behörde sein, so entstehen in den frühen 1920er Jahren doch eine Reihe von Filmen mit jüdischen Sujets, die dem Judenhass entgegenreten. Oswalds Forderung nach „Aufklärungsarbeit größten Stiles“ hält in diesen Werken nach, zu denen auch „Zwei Welten“ zählt.

¹⁶ L.F.K. (Anm. 14).

¹⁷ Zu Oswalds Versuch, Behördenvertreter für seinen Plan zu gewinnen, vgl. die Akten der Filmstelle des Auswärtigen Amtes von August 1920, Bundesarchiv Berlin, R 901/72192, Blatt 1–5.

¹⁸ Zu Oswald vgl. Jürgen Kasten/Armin Loacker (Hrsg.), Richard Oswald. Kino zwischen Spektakel, Aufklärung und Unterhaltung, Wien 2005. Zu „Dr. Bessels Verwandlung“ vgl. auch Philipp Stiasny, „Überall das gleiche, wie bei uns“. Der deutsch-französische Doppelgänger in „Dr. Bessels Verwandlung“ (1927) und die Figur des Heimkehrers im Weimarer Kino, in: Zeitschrift für Germanistik 3/2014, S. 582–596.

VON „POGROM“ (1919) ZU „ZWEI WELTEN“ (1930)

Bereits 1919 kommen drei groß angelegte, heute verschollene Produktionen über das Leben jener „Ostjuden“ ins Kino, die im Fokus der antisemitischen Agitation stehen. Sie handeln von Juden im rückständigen Zarenreich der Vorkriegszeit, ihrer gesellschaftlichen Diskriminierung und dem Leben im Ghetto, dem folgenschweren Verdacht jüdischer Ritualmorde und antijüdischen Pogromen.¹⁹ Erhalten ist nur der thematisch verwandte Film „Die Gezeichneten“ von Carl Theodor Dreyer von 1922, der eindrücklich Zeugnis abgibt von der Entstehung eines Pogroms: Geschildert wird die von wirtschaftlichen Eigeninteressen motivierte Aufwiegelung zum Judenhass, die im Verlauf des Films zu Mord, Totschlag und Vertreibung führt.²⁰

Verschollen sind mehrere Filme aus der unmittelbaren Nachkriegszeit, die jüdische Sujets in der Zeit des Altertums behandeln.²¹ Heute noch bekannt ist aus diesem Zeitraum vor allem „Der Golem, wie er in die Welt kam“ (1920), die Legende vom Rabbi Loew, der die Juden von Prag mithilfe eines künstlichen Wesens, das mit übermenschlicher Kraft ausgestattet ist, vor der Ausweisung aus der Stadt bewahrt.²²

In deutschen Kinos laufen ab Mitte der 1920er Jahre auch amerikanische Spielfilme aus dem Milieu jüdischer Emigranten aus Osteuropa, darunter „His People“ (1925) und „The Jazz Singer“ (1927) mit dem immens populären jüdischen Entertai-

¹⁹ Vgl. „Die Geächteten“ (Der Ritualmord) (D 1919, Regie: Joseph Delmont), „Pogrom“ (D 1919, Regie: Alfred Halm unter seinem Pseudonym H. Fredall), „Der gelbe Tod“ (D 1919, Regie: Carl Wilhelm). Vgl. dazu die zeitgenössischen Rezensionen in Stratenwerth/Simon (Anm. 3), S. 234–237. Zum Ritualmord-Motiv vgl. auch „Kaddisch“ (D 1924, Regie: A. E. Licho).

²⁰ Vgl. Praver (Anm. 3), S. 29–33. Der Film wurde vom Danish Film Institute in Kopenhagen restauriert und liegt auf DVD vor.

²¹ Vgl. „Das Buch Esther“ (D 1919, Regie: Uwe Jens Krafft, Ernst Reicher), „Gerechtigkeit“ (D 1920, Regie: Stefan Lux), „Jeremias“ (D 1922, Regie: Eugen Illés).

²² Ob Wegeners Golem-Film, der in restaurierter Form auf DVD vorliegt, antisemitische Stereotype bestätigt oder Partei für die Verfolgten ergreift, ist umstritten. Vgl. etwa Noah Isenberg, Of Monsters and Magicians: Paul Wegener's „The Golem: How He Came into the World“ (1920), in: ders. (Hrsg.), Weimar Cinema. An Essential Guide to Classic Films of the Era, New York 2009, S. 33–54; Nicholas Baer, Messianic Musclemen. „Homunculus“ (1916) and „Der Golem“ (1920) as Zionist Allegories, in: Martin Blumenthal-Barby (Hrsg.), The Place of Politics in German Film, Bielefeld 2014, S. 35–52; Maya Barzilai, Golem. Modern Wars and Their Monsters, New York 2016, S. 45–68, S. 87–94.

ner Al Jolson.²³ Außerdem produzieren jüdische Organisationen dokumentarische Filme, die Auskunft geben über die jüdische Wohlfahrtspflege und die Aufbauarbeit in Palästina.²⁴

Wer über das Unrecht, das Juden zugefügt wurde, aufklärt und informiert, wer um Verständnis und Sympathie wirbt, muss im ideologisch vergifteten Klima der Weimarer Republik mit heftiger Gegenwehr rechnen. So zetteln die Nationalsozialisten in München 1922/23 wegen der Verfilmung von „Nathan der Weise“ durch den jüdischen Regisseur Manfred Noa einen Skandal an und setzen durch, dass der Film in München nicht im Kino zu sehen ist.²⁵ Hatte die antisemitische Polemik bei „Anders als die Andern“ auf jüdische Beteiligte wie Oswald und Hirschfeld gezielt, so steht „Nathan der Weise“ vor allem wegen seines Eintretens für religiöse Toleranz am Pranger. Für die Nationalsozialisten ist dieses Anliegen eine Provokation: Sie geben sich als Opfer eines philosemitischen Komplotts aus. Gezielter und angekündigter antisemitischer Radau wird danach wiederholt eingesetzt, um das Verbot eines Films oder seine Streichung vom Spielplan zu erreichen.²⁶

Eine gewisse Sonderstellung nimmt Ewald André Duponts Film „Das alte Gesetz“ von 1923 ein, weil hier ein jüdischer Protagonist auftritt, der selbstbewusst, beharrlich und begehrenswert ist. Er wird weder verfolgt noch diskriminiert. „Das alte Gesetz“ erzählt vielmehr eine Erfolgsgeschichte: eine Geschichte der gesellschaftlichen Anerkennung. Sie ist angesiedelt im Österreich des 19. Jahrhunderts, wo ein junger Jude gegen den Widerstand seines Vaters das Schtetl in Galizien verlässt und sich als Schauspieler am Wiener Burgtheater einen Namen macht. Der Film dreht

sich um die konfliktreiche und leidvolle Beziehung zwischen Herkunft und Familie, Assimilation und Suche nach Identität.²⁷

Während „Das alte Gesetz“ im November 1923 auf dem Höhepunkt der Inflation in den Kinos läuft, putscht Hitler in München gegen die Republik. In Berlin ereignet sich ein „Judenpogrom“. Die „Jüdische Rundschau“ spricht danach von der „Schicksalsstunde des deutschen Judentums“ und mahnt: „Das deutsche Judentum muß heute verstehen, daß nur wir Juden uns selbst helfen können. Werden wir uns nicht helfen, wird uns niemand helfen.“²⁸ Als der Film ein paar Monate später auch in Wien herauskommt, schreibt die jüdische „Wiener Morgenzeitung“ voller Anerkennung, dass „jüdische Filme“ oder „Filme, welche die althergebrachten Sitten und Gebräuche der Juden oder judophile Tendenzen zeigen“, jetzt in „Mode“ seien. Besonders gelobt wird, dass „die projüdischen Tendenzen (...) so manchem Nichtjuden, der angesichts der Verhetzungen politischer und religiöser Natur nach Erkenntnis der Wahrheit strebt, die Augen geöffnet [haben] über Dinge, die er früher nie begriffen oder die ihn das Judentum falsch beurteilen ließen“. Verbunden wird damit die Hoffnung, gute „jüdische Filme“ wie „Das alte Gesetz“ seien mehr als nur eine „Mode“; sie sollten im „Kinorepertoire aller zivilisierten Länder (...) viele gute Dienste im Sinne der allgemeinen Volksaufklärung leisten“.²⁹

Als Dupont mit „Zwei Welten“ 1930 erneut einen Film mit jüdischem Stoff herausbringt, erreicht die antisemitische Agitation gerade einen neuen Höhepunkt. In dem Film besiegt ein österreichischer Offizier – wie in einem Entwicklungsroman – mitten im Weltkrieg seine Arroganz und Vorurteile gegen die Juden und ist schließlich sogar bereit, der Liebe zu einer Jüdin seine militärische Laufbahn zu opfern. Doch der orthodoxe Vater der Frau und auch der aus der Aristokratie stammende Vater des Mannes hintertreiben diese Beziehung: Die Väter stehen für die im Titel aufgerufene Vorstellung von

23 Vgl. Kerry Wallach, *Passing Illusions. Jewish Visibility in Weimar Germany*, Ann Arbor 2017, S. 82ff.

24 Vgl. Ronny Loewy, *Bilder vom Aufbau der Jüdischen Heimstätte. Zionistische Propagandafilme*, in: *Filmblatt* 18/2002, S. 12–16; Jeanpaul Goergen/Ronny Loewy, *Filme von und über jüdische Organisationen und die jüdische Besiedlung von Palästina*, in: ebd., S. 17–23; Wallach (Anm. 23), S. 86ff.

25 Vgl. Martin Loiperdinger, „Nathan der Weise“. Faschistische Filmzensur, Antisemitismus und Gewalt anno 1923, in: *Lessing Yearbook*, Bd. 14, Göttingen 1982, S. 61–69. „Nathan der Weise“ liegt in einer vom Filmmuseum München restaurierten Version auf DVD vor.

26 Beispielhaft dafür sind die Vorkommnisse bei der deutschen Erstausführung des österreichischen Films „Die Stadt ohne Juden“ (1924). Vgl. Guntram Geser/Armin Loacker (Hrsg.), *Die Stadt ohne Juden*, Wien 2000. Das Filmarchiv Austria hat „Die Stadt ohne Juden“ jüngst neu restauriert.

27 Vgl. u. a. Prawer (Anm. 3), S. 21–28 und Cynthia Walk, *Romeo with Sidelocks: Jewish-Gentile Romance in E.A. Dupont's „Das alte Gesetz“ (1923) and Other Early Weimar Assimilation Films*, in: Christian Rogowski (Hrsg.), *The Many Faces of Weimar Cinema: Rediscovering Germany's Filmic Legacy*, Rochester 2010, S. 84–101. „Das alte Gesetz“ wurde 2017 von der Deutschen Kinemathek restauriert und liegt nun erstmals auch auf DVD vor.

28 Die Schicksalsstunde des deutschen Judentums, in: *Jüdische Rundschau*, 9.11.1923.

29 Felix Brasch, „Das alte Gesetz“, in: *Wiener Morgenzeitung*, 29.2.1924.

zwei getrennten, sich unversöhnlich gegenüberstehenden Welten, bei deren Überwindung die junge Generation tragisch scheitert. So resignativ der Film endet, beschreibt er doch eine von romantischen und humanistischen Motiven getragene Liebesgeschichte zwischen Juden und Österreichern, die bei allem Anachronismus als Parabel in die Gegenwart von 1930 ausstrahlen soll.

In der Presse bekommt „Zwei Welten“ nach der Premiere fast durchweg schlechte Kritiken. Bemängelt werden eine klischeehafte Darstellung der Figuren und Milieus und eine Neigung zu Kitsch und falscher melodramatischer Zuspitzung; die „Jüdisch-liberale Zeitung“ spricht von einem „demagogischen Experiment, das in der heutigen Zeit unangebrachter denn je“ sei, und wirft dem Film vor, „das alte Märchen von der Unvereinbarkeit der beiden Rassen wieder auf[zuwärmen]“.³⁰

Trotz seiner Unzulänglichkeiten ist „Zwei Welten“ ein Film gegen den Antisemitismus und reiht sich ein in den Kampf gegen den Nationalsozialismus. In Thüringen wird der Film denn auch vom dortigen Innenminister, dem NSDAP-Funktionär Wilhelm Frick, verboten; die Filmprüfstelle gibt seinem Antrag, die Zulassung von „Zwei Welten“ in ganz Deutschland zu widerrufen, allerdings nicht statt. Frick hatte argumentiert, „Zwei Welten“ sei ein „Hetzfilm“, weil er die mit den Deutschen verbündeten österreichischen Offiziere schlecht mache und den Eindruck erwecke, „die Juden seien gegenüber den Offizieren die besseren Menschen“.³¹ Im Fall von „Zwei Welten“ können sich die Nationalsozialisten nicht durchsetzen.

Dies gelingt ihnen aber wenig später im Dezember 1930: Anlässlich der Berliner Aufführung von „All Quiet on the Western Front“, der amerikanischen Verfilmung von Erich Maria Remarques Antikriegsroman „Im Westen nichts Neues“, inszenieren sie erneut einen Skandal und tragen diesen aus dem Kinosaal hinaus auf die Straße. Der Film dient als Vorwand, um den ihnen verhassten demokratischen Staat anzugreifen und ihre Macht lauthals und gewalttätig zu demonstrieren. Am Ende wird der angeblich anti-

deutsche Film verboten. „Damit hat die nationalsozialistische Bewegung den Kampf gegen dieses jüdische Sudelwerk auf der ganzen Linie gewonnen“, triumphiert der Drahtzieher Joseph Goebbels.³²

„WENN DIE GANZE WELT ZUSAMMENFÄLLT“

„Ein Freund, ein guter Freund, das ist das Schönste, was es gibt auf der Welt.“ Gleich zu Beginn von „Die Drei von der Tankstelle“ schmettern Willy Fritsch, Heinz Rühmann und Oskar Karlweis diesen Schlager und beschwören eine Freundschaft, die alle Krisen überdauert. Mit seinen Stars, Liedern und seiner selbstironischen Mischung aus Krisenkomödie und Musical erweist sich „Die Drei von der Tankstelle“ als Idealtyp des Weimarer Kinos insgesamt. Kommerzielle und künstlerische Ansprüche, Genrekinos und Avantgarde bilden darin keinen Widerspruch, sondern eine populäre Einheit.

„Die Drei von der Tankstelle“ enthält in der Handlung, in den Dialogen, in der Ausstattung allenfalls versteckte Hinweise auf die Präsenz von Juden in Deutschland. Kurt, einer der drei Freunde, bezeichnet einmal einen geizigen Kunden als „Nebbich“. Dieser jüdische Ausdruck könnte auf Kurts nie thematisierte jüdische Herkunft hindeuten.³³ Ohne Zweifel waren die Filmemacher Vorurteilen, Belästigungen und Anfeindungen gegen Juden oft genug begegnet – und sei es in der Presse. Da sie aber keinen Aufklärungsfilm, sondern einen leichten Unterhaltungsfilm drehten, dürfte es ihnen ratsam erschienen sein, auf eine weitergehende Charakterisierung von Figuren als Juden zu verzichten.³⁴ Zur gleichen Zeit muss es für sie immer schwieriger, wenn nicht unmöglich gewesen sein, die allgemeine Situation der Juden und die eigene Situation als jüdische Filmschaffende auszublenden.

³² Joseph Goebbels, In die Knie gezwungen, in: Der Angriff, 12. 12. 1930, abgedruckt bei Bärbel Schrader (Hrsg.), Der Fall Remarque. „Im Westen nichts Neues“. Eine Dokumentation, Leipzig 1992, S. 161–165, hier S. 161.

³³ Siehe hierzu und zu anderen Anspielungen die Ausführungen zu „Die Drei von der Tankstelle“ bei Praver (Anm. 3), S. 167–173, insb. S. 168.

³⁴ Ein wichtiger Faktor war dabei auch, dass die Produktionsfirma des Films, die Ufa, zum Hugenberg-Konzern gehörte, an dessen Spitze mit Alfred Hugenberg der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) stand. Die DNVP, die einen starken antisemitischen Flügel hatte, stand zwar in Konkurrenz zu den Nationalsozialisten, hatte aber 1929 auch schon mit ihnen kooperiert.

³⁰ Doris Wittner, „Zwei Welten“, in: Jüdisch-liberale Zeitung, 25. 9. 1930.

³¹ Zit. nach dem Protokoll der Film-Oberprüfstelle Nr. 952 vom 16. 10. 1930, www.difarchiv.deutsches-filminstitut.de/zengut/df2tb702z.pdf. Zu „Zwei Welten“ siehe auch Praver (Anm. 3), S. 141–149.

Als die neue nationalsozialistische Regierung den Juden 1933 die Arbeit in der Filmbranche verbietet, geht ein Großteil von ihnen ins Exil, unter ihnen die Schöpfer von „Die Drei von der Tankstelle“, Pommer, Schulz, Thiele, Heymann und Gilbert, ebenso der Cutter Viktor Gertler und der mit einer Jüdin verheiratete Kameramann Franz Planer. Von den ungefähr 10 000 Beschäftigten der deutschen Filmindustrie wurden 2000 von den Nationalsozialisten vertrieben; die meisten davon waren Juden. Auch die deutsche Filmkarriere von Oskar Karlweis, der den Kurt spielt und so wunderbar mit Lilian Harvey tanzt und steppt und einmal „Nebbich“ sagt, ist 1933 schlagartig beendet, weil er Jude ist. Karlweis überlebt den Holocaust im amerikanischen Exil. Kurt Gerron, der Darsteller des – jüdischen – Rechtsanwalts der drei Freunde, wird dagegen von den Schergen der Nationalsozialisten 1943 in Holland aufgespürt und 1944 in Auschwitz ermordet.

Während „Zwei Welten“ schon mit der Wahl des jüdischen Stoffs eine auch politisch zu verstehende Aussage trifft, geht „Die Drei von der Tankstelle“ einen anderen Weg. Just in dem Moment, als die Nationalsozialisten zur zweitstärksten Kraft im Reichstag werden, inszeniert „Die Drei von der Tankstelle“ eine ganz eigene Utopie – und sei es auch nur auf hintergründige Art und Weise als Flaschenpost: Wenn es möglich ist, dass im beliebtesten Film des Jahres ganz nonchalant und nebenbei auf die jüdische Herkunft einer Figur angespielt werden kann, die obendrein von einem Juden gespielt wird, so heißt das doch nichts anderes, als dass es für die Freundschaft überhaupt keine Rolle spielt, ob einer Jude ist oder nicht. Die jüdische Figur, wenn man sie so nennen will, wird nicht irgendwie „anders“ inszeniert, etwa als Außenseiter oder Mitglied einer Minderheit. Kurt ist gesellschaftlich emanzipiert und vollkommen integriert. In Anlehnung an Überlegungen von Kerry Wallach zum soziologischen Phänomen des „Passing“ könnte man sagen, dass der Jude Kurt, gespielt vom Juden Oskar Karlweis, im Film als Nichtjude „durchgeht“ und er anstelle einer jüdischen Identität seine Identität als verliebter Junggeselle auslebt

35 Vgl. Wallach (Anm. 23). Eine ähnliche Idee vertritt Christian Rogowski, *Strange Bedfellows. The Politics of Sound in Ludwig Berger's „Ich bei Tag und du bei Nacht“* (1932), in: *Colloquia Germanica* 3/2011, S. 331–348.

oder – im Sinne einer „Performance“ – aufführt; als Junggeselle ist er Teil eines Trios von Lebemännern, die in ihrem ganzen Auftreten die weltoffene Liberalität, die Kultiviertheit und den Hedonismus Berlins und der Weimarer Kultur in den „Roaring Twenties“ verkörpern.³⁵

Mit „Zwei Welten“ steht auf der anderen Seite ein Film, der genau das Gegenteil vor Augen führt: Er präsentiert eine von Krieg und Gewalt bedrohte jüdische Minderheit, die von Patriarchen mit überkommenen Wertvorstellungen und Rollenbildern beherrscht wird, deren Angehörige schon aufgrund von Kleidung, Sprache und Habitus „anders“ erscheinen und die im Grunde passiv bleibende Opfer ständiger Gewalterfahrungen sind.

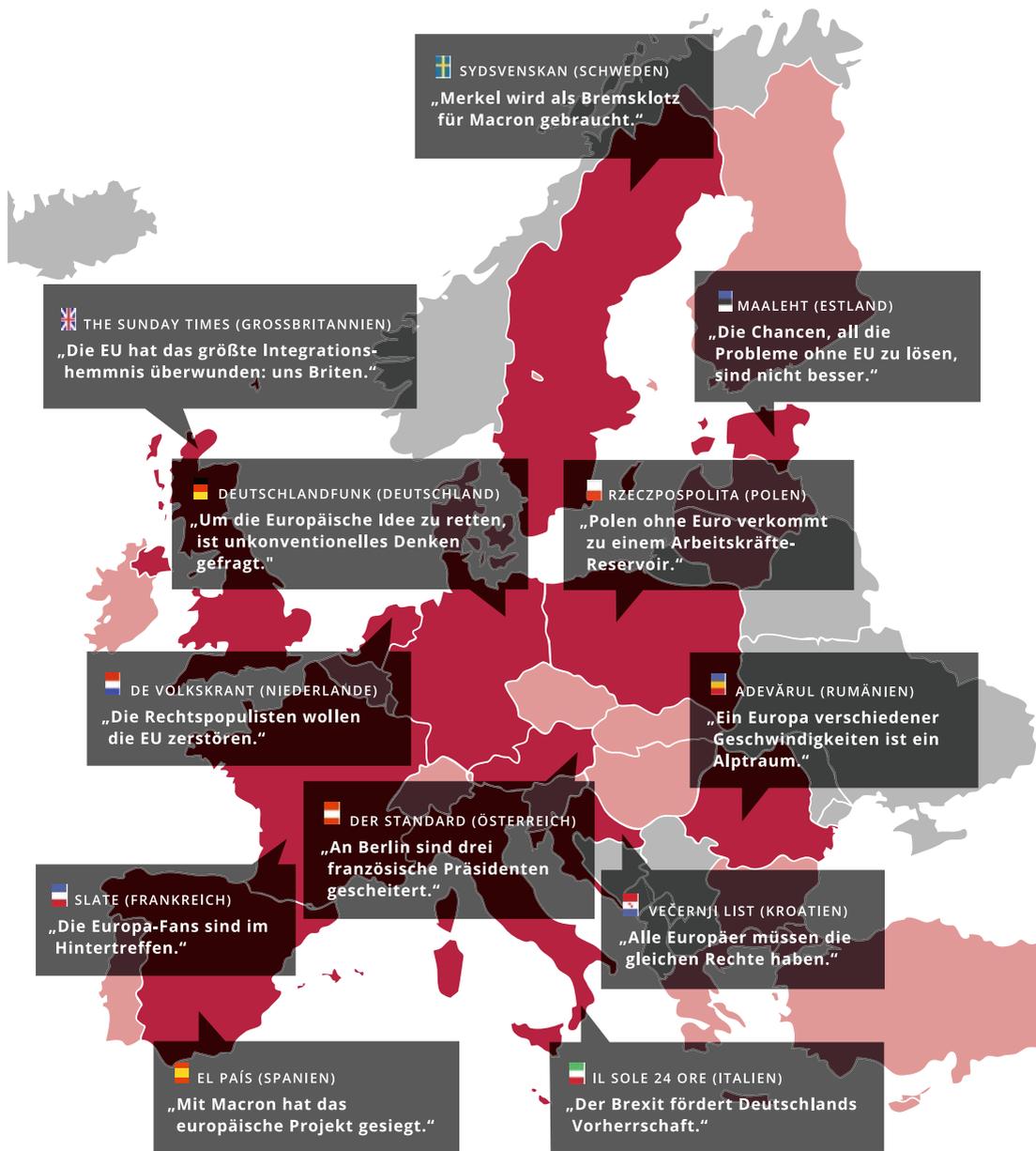
Die Frage, ob und wo es zwischen religiöser und kultureller Abgrenzung, nationaler Eigenständigkeit (wie von den Zionisten postuliert) und Integration in eine mehrheitlich nichtjüdische Gesellschaft einen Freiraum für eine jüdische Identität in der Moderne geben könnte, beantworten „Zwei Welten“ und „Die Drei von der Tankstelle“ mit je eigenen Geschichten. Beide Filme erzählen von Liebe und Freundschaft, der eine beschwörend im Angesicht des Scheiterns, der andere voller hintergründigem Witz. „Ein Freund bleibt immer Freund, auch wenn die ganze Welt zusammenfällt“, heißt es im Lied. Während die Deutschen die Stehaufmännchen von der Tankstelle immer weiterliebten, blieb der gesungene Wunsch des einen, nicht alleingelassen zu werden, unerhört.

Für Hinweise und Korrekturen danke ich sehr herzlich Christian Rogowski (Amherst College).

PHILIPP STIASNY

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Filmmuseum Potsdam, an der Filmuniversität Babelsberg „Konrad Wolf“ und im deutsch-französischen ERC-Projekt „The Healthy Self as Body Capital“ am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin. Er ist Mitglied im Vorstand von CineGraph Babelsberg e. V., Redakteur der Zeitschrift „Filmblatt“ und Autor von „Das Kino und der Krieg. Deutschland 1914–1929“ (2009).

p.stiasny@filmuniversitaet.de



Politisch, aktuell und digital

APuZ – auch im ePub-Format
für Ihren E-Reader. Kostenfrei auf
www.bpb.de/apuz



Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. April 2018

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel (verantwortlich für diese Ausgabe)
Christina Lotter (Volontärin)
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

APuZ
Nächste Ausgabe
21–23/2018, 22. Mai 2018

KLIMA

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
fazit-com@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar;
sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter
einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine
Bearbeitung 3.0 Deutschland.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz